

Die Volkswirtschaft

Plattform für Wirtschaftspolitik

96. Jahrgang | Dezember 2023 | Fr. 12.–

Schwerpunkt

Was hält die Schweiz zusammen?



INTERVIEW

Gilles Marchand, SRG-Generaldirektor, erklärt seinen Auftrag

NACHGEFRAGT

Weshalb ist die Kaufkraft heute ein Politikum?

NOBELPREIS

Die weibliche Perspektive auf den Arbeitsmarkt

INDUSTRIEZÖLLE

Ab 2024 fallen Schweizer Zölle weg



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Was hält die Schweiz zusammen?

Einer für alle,
alle für einen

Gaëtan Bally, Keystone



Was meinen Sie? Ist es unser inoffizieller Wahlspruch «Einer für alle, alle für einen»? Oder sind es der Föderalismus, die Wirtschaft und gar der Service public, die unseren Bundesstaat seit 175 Jahren zusammenhalten? Oder vielleicht eben doch ...? Wir haben nachgefragt.

Jede Nationalgeschichte erzähle die Vergangenheit selektiv und blende Tatsachen aus, antwortet André Holenstein, Historiker der Universität Bern. Er zeichnet unsere Geschichte und damit unseren Zusammenhalt als Verflechtung und Abhängigkeit vom Ausland: Die Schweiz sei eine Willensnation – des Auslands.

Im Zentrum der Antwort von Anja Heidelberger und Sean Müller von den Universitäten Bern und Lausanne stehen die vielen gesellschaftlichen Gräben der Schweiz. Diese würden das Land zusammenhalten. Was auf den ersten Blick paradox klingt, leiten die beiden Politologen auf Seite 22 her.

Ein anderer Erklärungsversuch nennt Kooperation und Vertrauen als Basis für unser friedliches und produktives Zusammenleben. Alois Stutzer und Benjamin Jansen von der Universität Basel zeigen dabei

auf, dass sich die Menschen untereinander in unseren Nachbarländern weniger vertrauten als wir in der Schweiz.

Allerdings, so der Meinungsforscher Michael Hermann, schwinde das Vertrauen in die liberale Wirtschaftsordnung. Die Schweizer Bevölkerung wünsche sich immer mehr staatliche Interventionen. Mitschuldig daran sei die Wirtschaft selbst. Stichworte: Swissair-Grounding, UBS-Rettung und das Ende der Credit Suisse.

Ganz konkret wollen wir es aber im Interview von Gilles Marchand, SRG-Generaldirektor, wissen. Was verbindet die Schweiz mehr: der Gotthardtunnel oder Roger Federer?

Sie sehen: ein Potpourri an Antworten auf eine einzige Frage. Was denken Sie? Was hält die Schweiz zusammen? Schreiben Sie uns. Wir sind gespannt.

Guido Barsuglia und Nicole Tesar
Chefredaktion



Schwerpunkt

Was hält die Schweiz zusammen?

6 Die Schweiz ist eine Willensnation – des Auslands

André Holenstein, Universität Bern

34 Der Föderalismus hält die Schweiz zusammen

Standpunkt von Markus Dieth, KdK

10 Das Bild der Schweiz im Ausland pflegen

Alexandre Edelmann, EDA

35 Wir verbinden die Schweiz

Standpunkt von Christian Plüss, Postauto

14 Mehr Nachahmung dank Föderalismus

Nils Soguel, Universität Lausanne

36 «Ich selber gehöre keiner politischen Partei an»

Interview mit Gilles Marchand, SRG

18 Das Vertrauen in die Wirtschaftsfreiheit schwindet

Michael Hermann, Sotomo

22 Welche Gräben halten die Schweiz zusammen?

Anja Heidelberger, Universität Bern,
Sean Müller, Universität Lausanne

26 Wie Institutionen den sozialen Zusammenhalt fördern

Alois Stutzer, Benjamin Jansen, Universität Basel

30 Die Konkordanzdemokratie in der Polarisierungsspirale

Adrian Vatter, Rahel Freiburghaus, Universität Bern



Themen

Kaufkraft, Nobelpreis und Industriezölle

NACHGEFRAGT

43 Weshalb ist die Kaufkraft heute ein Politikum?

Daniel Kaufmann, Universität Neuenburg

INFOGRAFIK

44 Weihnachten: Wer befördert all die Päckli und Briefe?

NOBELPREIS

46 Die weibliche Perspektive auf den Arbeitsmarkt

Gudrun Sander, Theresa Goop, Universität St. Gallen

INDUSTRIEZÖLLE

50 Wie die Schweiz vom Abbau der Industriezölle profitiert

Thomas A. Zimmermann, Seco

SPAREN

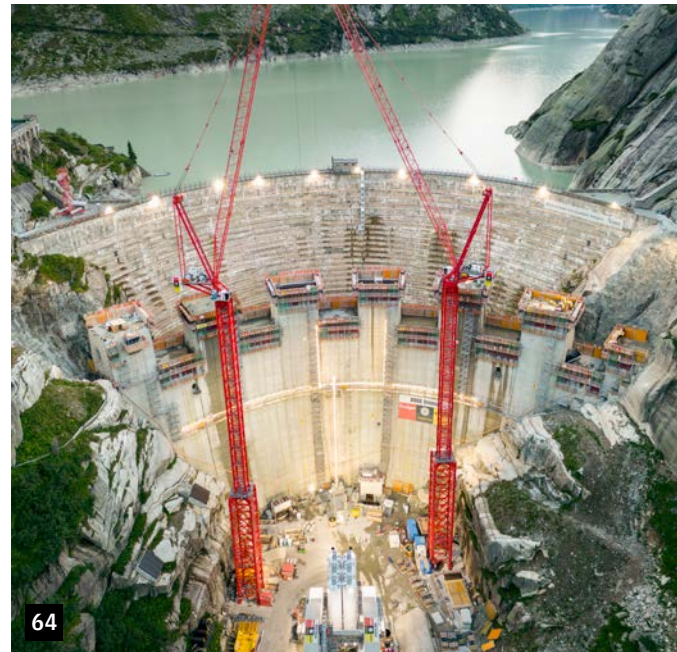
54 Die Schweiz ist eine Sparnation

Selina Lehner, Roland Hofmann, ZHAW

IMMOBILIEN

58 Wohneigentum: Ist der Peak bei den Preisen erreicht?

Donato Scognamiglio, IAZI



TRANSPARENZ

61 Geplantes Transparenzregister: Viele Betroffene, geringe Kosten

Tabea Kaderli, Bass

BEIHILFEN

64 Soll die Schweiz staatliche Beihilfen überwachen?

Roger Gschwend, Philippe Sulger, Seco

68 Meistgelesene Digitalartikel

69 Vorschau/Impressum

Die Schweiz ist eine Willensnation – des Auslands

Die Aussicht auf Arbeitsmöglichkeiten und Karriere im Ausland trieb Schweizer Arbeitskräfte, Händler und Gelehrte einst aus der Schweiz. Die Geschichte der Schweiz ist aber auch sonst wesentlich vom Einfluss ausländischer Mächte geprägt.

André Holenstein, Universität Bern

Ein langer Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität – so oder ähnlich erzählt man sich in der Schweiz gerne die eigene Geschichte. Kriegerische Tapferkeit, kluge Selbstbeschränkung und neutrale Enthaltensamkeit, der Wille zu nationaler Einigkeit oder die Fähigkeit zum Kompromiss hätten die Schweiz möglich gemacht. Solche Geschichten sollen die Bürger und Bürgerinnen stolz auf die Vergangenheit ihres Landes zurückblicken lassen.

Sicher: Jede Nationalgeschichte erzählt die Vergangenheit selektiv und blendet Tatsachen aus, welche die hehre nationale Identitätsvorstellung stören. Doch Schweizer Geschichte lässt sich auch anders erzählen – als eine Geschichte der Verflechtung, der wechselseitigen oder sogar vollständigen Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland.

Zum Handel gezwungen

Wirtschaftlich war die Schweiz nie aus eigener Kraft überlebensfähig. Ausser Holz, Steinen, Wasser und Arbeitskräften besitzt sie keine Rohstoffe. Fast seit je versorgt die Landwirtschaft die Bevölkerung nicht genügend mit Getreide, zumal die Bauern in den Voralpen schon im Spätmittelalter auf Viehzucht und Käseherstellung umstellten. Als mehrere Regionen – insbesondere in der Ostschweiz

– im 17. und 18. Jahrhundert ihre Wirtschaft auf die Tuchherstellung in Heimarbeit ausrichteten und dafür den Landbau aufgaben, wurden auch sie von Getreideimporten abhängig.

Diese frühkapitalistischen Entwicklungen in der Landwirtschaft und im Gewerbe verstärkten die Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland noch in anderer Hinsicht: Viehzucht und Käseherstellung benötigten Unmengen von Salz, das zum grossen Teil ebenfalls importiert werden musste. Die Heimarbeiter fertigten Tuche aus Seide und Baumwolle an. Auch sie mussten von weit her eingeführt werden. Und die Genfer Uhren- und Schmuckindustrie verarbeitete Edelmetalle und Edelsteine aus Indien und Südafrika.

Die schweizerische Textil- und Uhrenindustrie produzierte schon in der frühen Neuzeit vorwiegend für den Export. Denn der Binnenmarkt für den Absatz ihrer Waren war viel zu klein. Im 19. Jahrhundert verstärkten die Industrialisierung und der Eisenbahnbau, welche den Transport revolutionierten, die Verflechtung der Schweiz mit der Weltwirtschaft. Der Aussenhandel mit Nahrungsmitteln wie Käse, Textilien, Maschinen und chemischen Erzeugnissen machte die Schweiz – gemessen an ihrer Bevölkerungszahl – schon vor dem Ersten Weltkrieg zu einer wichtigen Exportnation. Seit dem Ersten Weltkrieg ist sie ein führender Finanzplatz.

Ohne ihn sähe die Schweiz heute vermutlich anders aus: Napoleon Bonaparte verfügte zum Beispiel zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Anschluss von Graubünden an die Schweiz.



Seit Jahrhunderten ist die Schweiz auch über die Arbeitsmigration mit dem Ausland verflochten. Söldner dienten zu Hunderttausenden bei auswärtigen Mächten, beispielsweise in Frankreich, Spanien, Savoyen, den Niederlanden. Bündner Zuckerbäcker gründeten im 18. und 19. Jahrhundert Kaffeehäuser und Konditoreien in ganz Europa.

In den Bündner und Tessiner Tälern verliessen die Männer während Jahrhunderten jedes Jahr ihre Familien, um für mehrere Monate in den Städten Italiens und Österreichs als Transport- und Bauarbeiter, Maronibrater oder Kaminfeger ein Einkommen zu erwerben, das es so zu Hause nicht zu verdienen gab. Aus denselben Tälern stammten die vielen Architekten, Baumeister, Freskomaler, Stuckateure und Maurer, die vom 16. bis zum 19. Jahrhundert den Städten und Residenzen in Italien, Deutschland, Österreich, Polen, Skandinavien und Russland ein barockes und klassizistisches Gepräge verliehen.

Auch Gelehrte wie der Berner Mediziner und Botaniker Albrecht von Haller oder die Mathematiker aus der Basler Familie Bernoulli sowie zahlreiche Hauslehrer und Erzieherinnen zogen ins Ausland, wo sie an Universitäten und Wissenschaftsakademien oder im Dienst fürstlicher Familien als Forscher oder Pädagogen tätig wurden.

Erst in den 1880er-Jahren ist die Schweiz – per saldo – ein Einwanderungsland geworden. Die Einwanderer waren vor allem im Bau- und Gesundheitssektor, im Tourismus sowie an höheren Schulen tätig. So ersetzten sie unter anderem die zahlreichen Arbeitskräfte, die als Auswanderer die Schweiz im 19. Jahrhundert definitiv verlassen hatten.

Ein Produkt des Auslands

Nach ihrem Sieg in den Burgunderkriegen von 1474 bis 1477 gegen das Herzogtum Burgund wurden die Eidgenossen ein militärischer und politischer Faktor in der europäischen Mächtekonkurrenz. Die europäischen Kriegsherren buhlten fortan um deren Freundschaft und den Zugang zum hiesigen Söldnermarkt. Mit ihrer Lage an den Pässen der Zentralalpen und zwischen den rivalisierenden Grossmächten Frankreich und Habsburg wurde die Eidgenossenschaft ein geostrategisch neuralgischer Raum.

In diesen europäischen Konstellationen definierten die eidgenössischen Kleinstaaten ihre Aussenbeziehungen. Sie schlossen Vereinbarungen und Allianzen mit den wichtigen Mächten in der Nachbarschaft. Beispielsweise die sogenannten Erbeinungen mit Habsburg-Österreich 1477 und 1511, welche zur Folge hatten, dass das Haus Habsburg auf seine früheren Besitzungen im nunmehr eidgenössischen Raum verzichtete. Oder die Friedens- und Allianzverträge mit Frankreich von 1516 und 1521. Beides verschaffte den schweizerischen Kleinstaaten mehr Sicherheit in einem kriegerischen Umfeld. Mit der Nachbarschaft zur Freigrafschaft Burgund und zum Herzogtum Mailand wurde die Eidgenossenschaft im 16. Jahrhundert Teil der habsburgisch-spanischen Machtsphäre und damit zwangsläufig auch für den König von Frankreich – den grossen Rivalen Habsburg-Spaniens – zum strategischen Faktor.

Beide Grossmächte wollten die Eidgenossenschaft fortan aus verschiedenen Gründen möglichst eng an sich binden: Zwar griffen die Kantone selber nicht in die Kriege der Grossmächte ein, boten aber den Mächten militärischen Flankenschutz. Sie eröffneten den Mächten gleichzeitig den Zugang zum eidgenössischen Söldnermarkt und gewährten ihren Truppen den Durchmarsch durch das Land. Zudem statteten die eidgenössischen Orte und deren Machteliten die Kriegsherren mit Darlehen aus. Im Kriegsfall wickelte sich über eidgenössisches Gebiet ein lebhafter Zwischenhandel mit Kriegsmaterial ab, um Handelsembargos zu umgehen, wovon Händler und Bauern aus der Eidgenossenschaft profitierten.

Die Existenz einer aussenpolitisch schwachen, ansonsten aber militärisch, sicherheitspolitisch und kommerziell nützlichen Eidgenossenschaft lag ganz im Interesse der Mächte. Deshalb stellten die Allianzen mit den Mächten vom 16. bis zum 18. Jahrhundert faktisch eine Bestandsgarantie für die eidgenössischen Kleinstaaten dar. Auswärtige Mächte haben aber auch jene Strukturreformen durchgesetzt, ohne welche sich die Alte Eidgenossenschaft nicht zum Bundesstaat von 1848 hätte weiterentwickeln können. Denn von sich aus hätten die Orte sich nie auf diese revolutionäre staatliche Transformation einigen können.

Frankreichs militärische Besetzung der Schweiz führte 1798 zur Ausrufung der Helvetischen Republik und ermöglichte die Beseitigung der Untertanenverhältnisse in der Schweiz. 1803 besorgte Napoleon

Bonaparte mit der sogenannten Mediations- und Vermittlungsakte die föderalistische Neuordnung der Schweiz. Nicht nur stattete er die alten Kantone wieder mit jener Souveränität aus, die sie 1798 verloren hatten; vielmehr schuf er mit dem Aargau, St. Gallen, dem Tessin, dem Thurgau und der Waadt auch fünf neue Kantonalstaaten. Zudem band er die Republik der Drei Bünde als Kanton Graubünden an die Schweiz an.

Neutraler Sicherheitspuffer

Am Wiener Kongress 1814/15 schliesslich ordneten die Mächte Österreich, Russland, Frankreich, Vereinigtes Königreich und Preussen die Schweizer

Angelegenheiten neu: Sie anerkannten die Eigenständigkeit der Schweiz und wiesen ihr als neutralem Puffer zwischen Frankreich und Österreich eine zentrale Rolle in Europas neuer Sicherheitsarchitektur zu. Um diese Neutralität künftig selber behaupten zu können, verpflichtete der Kongress die Schweiz zum Aufbau eines Bundesheers und zur Aufnahme der neuen Kantone Wallis, Neuenburg und Genf. Erst so erhielt die Schweiz im Westen eine Landesgrenze, die sie glaubwürdig mit eigenen Mitteln verteidigen konnte.

Kaum ein Land in Europa ist seit Jahrhunderten so eng wie die Schweiz mit dem Kontinent verflochten. Ihre Identität und Eigenständigkeit wurden und werden durch das Ausland geprägt.



André Holenstein

Emeritierter Professor für ältere Schweizer Geschichte und vergleichende Regionalgeschichte, Universität Bern

Das Bild der Schweiz im Ausland pflegen

Die Aussenwahrnehmung eines Landes hat erheblichen Einfluss auf seine Wirtschaft und seinen aussenpolitischen Handlungsspielraum. Die Organisation Präsenz Schweiz ist dafür verantwortlich, das schweizerische Erscheinungsbild im Ausland zu pflegen.

Alexandre Edelman, EDA

Wie wird die Schweiz im Ausland wahrgenommen? Das Bild eines Landes wird durch objektive Faktoren ebenso wie emotionale Aspekte bestimmt. Wenn Ihnen jemand erzählt, aus welchem Land er oder sie kommt, verbinden Sie damit spontan eine Reihe von Bildern: die Küche des Landes, sein politisches System, seine Wahrzeichen, die besonderen Wesenszüge der Bevölkerung, bekannte Unternehmen, das Wetter...

Diese Fakten verschmelzen mit den diffusen, aber dennoch starken Emotionen, die Filme, Artikel, Reportagen oder soziale Medien bei Ihnen ausgelöst haben. Auch unmittelbare Erfahrungen, die privat oder beruflich bei einer Reise oder durch persönliche Kontakte gewonnen wurden, spielen eine wichtige Rolle.

Ebenso verhält es sich, wenn man für die nächste Reise eine Fluggesellschaft wählt. Neben objektiven Kriterien wie der Reisezeit oder dem Ticketpreis ist es oft die Herkunft des Unternehmens, die unsere Entscheidungsfindung beeinflusst – insbesondere wenn uns keine genauen Daten über die Zuverlässigkeit einer Fluggesellschaft vorliegen. Dieses als Country-of-Origin-Effekt bezeichnete Phänomen hat somit auch wirtschaftliche Auswirkungen. Denn die Kundschaft lässt sich oft eher von Klischees als von Fakten leiten – oder zumindest beeinflussen. Daher ist es für ein Land sehr wichtig, dass es eine eigene Politik zur Pflege seines Erscheinungsbildes betreibt.

Genau das ist die Aufgabe von Präsenz Schweiz. Die Bundesagentur ist dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) angegliedert und setzt die Landeskommunikationsstrategie der Schweiz um.¹ Diese Strategie wird vom Bundesrat alle vier Jahre auf der Grundlage des Gesetzes und der Verordnung über die Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland festgelegt. Der Kernauftrag von Präsenz Schweiz besteht darin, die Visibilität des Landes zu erhöhen, die politischen Anliegen und Positionen der Schweiz zu erläutern und ein Netzwerk mit Entscheidungsträgerinnen und Meinungsführern im Ausland aufzubauen.

Insgesamt positive Wahrnehmung

In einer Welt, die sich stetig wandelt, muss diese Strategie ständig angepasst werden. Dabei muss man berücksichtigen, wie sich die Wahrnehmung des Landes im Ausland verändert, welche Schwerpunktbereiche der Bundesrat festgelegt hat und welche Aktivitäten und Interessen andere Länder verfolgen. Präsenz Schweiz überwacht daher das schweizerische Erscheinungsbild im Ausland permanent, um die Kommunikationsmassnahmen den aktuellen Bedürfnissen anzupassen.

Die Analyse des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland beinhaltet drei zentrale Elemente: erstens eine alle zwei Jahre durchgeführte

1 Die aktuelle Strategie Landeskommunikation umfasst den Zeitraum 2021–2024.



**Tradition trifft auf Innovation:
Der Käseroboter des Schweizer
Milchverarbeiters Emmi.**

Befragung zum Image der Schweiz bei der breiten Bevölkerung in etwa 20 Ländern², zweitens ein systematisches Monitoring von über 150 Leitmedien in aller Welt und drittens die Auswertung von Studien spezialisierter Forschungsinstitute oder internationaler Organisationen zur Länderwahrnehmung. Ergänzt wird dies durch eine Beobachtung der Darstellung der Schweiz in den sozialen Netzwerken und von den Analysen, welche die Botschaften vor Ort erstellen.

Alle diese Elemente vermitteln ein relativ genaues Bild davon, wie die Schweiz in denjenigen Ländern wahrgenommen wird, die für sie aus wirtschaftlicher oder politischer Sicht am wichtigsten sind. Das Schweiz-Bild unterscheidet sich jedoch je nachdem, ob man die Sicht der Medien oder die der breiten Öffentlichkeit betrachtet. In den Medien ist die Darstellung allgemein kritischer. Denn diese thematisieren auch kontrovers diskutierte Aspekte wie den Finanzplatz oder die Positionierung der Schweiz hinsichtlich des Krieges in der Ukraine.

Positiv ist das Image der Schweiz dagegen in der breiten Bevölkerung, die das Land mit seinen Berglandschaften oder seiner hohen Lebensqualität assoziiert (siehe Abbildung auf S. 12).

Diese gemischte Wahrnehmung ist nicht nur für die Schweiz typisch. Im Vergleich zu anderen Ländern ähnlicher Grösse oder mit einer vergleichbaren Wirtschaft – etwa den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern – verfügt die Schweiz jedoch insgesamt über ein gutes und starkes Image. Dies, obwohl einige kritischere Aspekte in der Aussenwahrnehmung seit einigen Jahren durch geopolitische Entwicklungen wie die Renaissance des Protektionismus tendenziell verstärkt werden.

Dennoch: Die Marke «Schweiz» geniesst nach wie vor Vertrauen in aller Welt, insbesondere im diplomatischen Bereich, wo die Schweiz dank ihrer Guten Dienste (einem wahren Aushängeschild unseres Landes) als Vermittlerin anerkannt ist. Auch in der Wissenschaft erfreut sich die Schweiz einer besonders hohen internationalen Glaubwürdigkeit.

² Argentinien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Indien, Italien, Japan, Österreich, Marokko, Mexiko, Polen, Südafrika, Südkorea, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate, USA.



Wie in jedem Land kann dieses Image mitunter ein paradoxes Gefühl hervorrufen: Wenn die Medien kritisch berichten oder wenn die breite Bevölkerung in anderen Ländern sich anscheinend nur für Schweizer Berge, Schokolade oder Uhren interessiert, findet sich ein Grossteil der Schweizer Bevölkerung nicht vollständig in diesen Klischees wieder. Viele wünschen sich dann, dass die Vielfalt und die Stärken unseres Landes im Ausland besser wahrgenommen werden. Dabei vergessen sie, dass die überwiegend positiven Klischees und die im Wesentlichen verschmerzbar Kritik eine Chance für unser Land darstellen. Schliesslich gelingt es

nur wenigen kleinen Ländern, ihr Image in aller Welt zu verbreiten, auch wenn dieses gerade in weiter entfernten Ländern zwangsläufig nur ein reduziertes Bild vermittelt.

Klischees als Türöffner

Die Strategie Landeskommunikation des Bundesrates orientiert sich derzeit an fünf zentralen Themen: Innovation, Nachhaltigkeit, Wirtschaft, Finanzplatz und Beziehungen zu europäischen Ländern. Sie alle werden von den internationalen Medien

regelmässig und mehr oder weniger genau oder positiv behandelt. In einem Umfeld, in dem die meisten Länder ihre Kommunikation aufrüsten und der wirtschaftliche und diplomatische Wettbewerb zunimmt, müssen diese Themen auf eine Weise angegangen werden, die den Bedürfnissen der Schweiz, dem potenziellen Interesse an unserem Land im Ausland und unserer Wahrnehmung bei den Zielgruppen Rechnung trägt.

Ein besonders aufschlussreiches Beispiel ist die Innovation. Die Schweiz ist weltweit eines der innovativsten Länder. Das belegen verschiedene Rankings, darunter der Global Innovation Index, wo die Schweiz seit 13 Jahren den ersten Platz belegt. Dennoch ist dieser Aspekt ausserhalb von Fachkreisen nach wie vor kaum bekannt. Die wirtschaftliche und wissenschaftliche Stärke unseres Landes hervorzuheben, kann jedoch ausländische Unternehmen dazu bewegen, in Schweizer Start-ups zu investieren. Denn haben Investorinnen während einer Konferenz nur ein paar Stunden Zeit für eine Begegnung mit Projektträgern, entscheidet oft ihre Wahrnehmung darüber, ob sie den Stand eines bestimmten Landes besuchen oder nicht. Um die Kluft zwischen der Wahrnehmung der Schweiz im Bereich Innovation und der Wirk-

lichkeit zu verringern, wurde daher die Kampagne Swisstech lanciert. Ihr Ziel: Die Teilnahme an Fachveranstaltungen – etwa Konferenzen zum Thema Start-ups oder über die eigens dafür eingerichtete Website [Swiss.tech](https://www.swisstech.ch) – soll Entscheidungsträgerinnen (Investoren, Medien, Hochschulen, Talente, Unternehmen und Start-ups) ansprechen. Denn genau darum geht es bei der Landeskommunikation: Sichtbarkeit erzeugen, um insbesondere wirtschaftliche Chancen zu schaffen.

Letztlich sind es unter anderem die Klischees, die es uns ermöglichen, den anderen über den ersten Eindruck hinaus zu zeigen, wer wir sind: So können etwa Medienschaffende, Investoren oder Ministerinnen bei einem Degustationsabend mit Schweizer Käse und Schokolade unbekannte Aspekte der Schweiz entdecken. In diesem Fall spielt das idyllische Bild der Schweiz eine besondere und bisweilen unterschätzte Rolle. Denn unsere Lebensqualität veranschaulicht unsere Innovationskraft recht gut. Wenn Forschende der ETH Zürich oder Mitarbeitende von Google in ihrer Mittagspause in der Limmat schwimmen, kann dies ihr Innovationspotenzial nur stärken. Innovation braucht Inspiration. Und daran mangelt es in der Schweiz nicht.

**Alexandre Edelmann**

Chef Präsenz Schweiz a. i.,
Eidgenössisches Departement
für auswärtige Angelegenheiten
(EDA), Bern

Mehr Nachahmung dank Föderalismus

Die Vielzahl an Kantonen und Gemeinden ist einer der Erfolgsfaktoren des Schweizer Modells. Die Tendenz, einander nachzuahmen, und der regulierte Wettbewerb zwischen den öffentlichen Körperschaften sorgen unter anderem für mehr Wohlstand und gesündere öffentliche Finanzen.

Nils Soguel, Universität Lausanne

Ein Markt kann nur funktionieren, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu gehört insbesondere die «Atomisierung», das heisst die Präsenz zahlreicher Akteure, welche die Dominanz eines Einzelnen verhindern. Dasselbe gilt für das reibungslose Funktionieren eines institutionellen Systems. Zahlen belegen, dass die politischen Institutionen der Schweiz diese Voraussetzung recht gut erfüllen. Doch sind die positiven Eigenschaften von Effizienz und Wirksamkeit, die man den Marktmechanismen zuschreibt, auch in der öffentlichen Politik zu finden? Mit dieser Frage befasst sich der vorliegende Artikel.

Fragmentiertes Regierungsgeflecht

In einer vertikalen Perspektive stellt man fest, dass zwischen 1990 und 2025 die Staatsquoten aller institutionellen Ebenen (Bund, Kanton oder Gemeinde) mehr oder weniger ähnlich hoch waren (siehe Abbildung 1 auf S. 16). Derzeit betragen die Ausgaben sämtlicher öffentlicher Verwaltungen der Schweiz, einschliesslich der staatlichen Sozialversicherungen, 32 Prozent des BIP. Im Jahr 2020 erreichte dieser Anteil infolge der Corona-Pandemie einen Höchststand (zum Vergleich: Der OECD-Durchschnitt lag 2023 bei 42%). Die Ebene der 26 Kantone machte dabei 13 Prozentpunkte aus, der Bund 11 Punkte und die Ge-

meinden 7 Punkte.¹ Jede Ebene trägt somit in ähnlicher Weise zur Staatsquote in der Wirtschaft bei.

In einer horizontalen Perspektive ist das schweizerische Regierungsgeflecht mit 26 Kantonen recht stark zerstückelt. In den rund 30 anderen Ländern weltweit, die auch als Bundesstaaten gelten, ist die Fragmentierung weniger ausgeprägt: 6 Bundesstaaten in Australien, 6 Gemeinschaften und Regionen in Belgien, 9 Bundesländer in Österreich, 13 Provinzen und Territorien in Kanada und 16 Bundesländer in Deutschland. Innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind nur Mexiko und die USA mit 31 beziehungsweise 50 Einheiten noch zerstückelter. Zur kantonalen Fragmentierung kommt jene auf Gemeindeebene hinzu. Mit etwas mehr als 2000 Kommunen hat die Schweiz 2023 trotz den jüngsten Fusionen im europäischen Vergleich immer noch recht viele Gemeinden.

Natürlich übertrifft der Kanton Zürich mit seiner Einwohnerzahl alle anderen Kantone.² Diese Überlegenheit wird noch erdrückender, wenn man die Staatsquote betrachtet: Zählt man die kantonale und die kommunale Ebene³ zusammen, verkörpern die Ausgaben der öffentlichen Hand in Zürich 3,6 Prozent des nationalen BIP. Sie fallen damit fast doppelt so hoch aus wie jene der Berner Körperschaften und betragen gar das 125-Fache der Kantons- und Gemeindeausgaben in Appenzell Innerrhoden (siehe Abbildung 2 auf S. 16).

1 Anteile nicht korrigiert um Finanztransfers zwischen den Ebenen.

2 Ende 2022 betrug die Wohnbevölkerung des Kantons Zürich 1,6 Mio. Personen. Seine Bevölkerungszahl ist damit 1,5-mal grösser als im Kanton Bern – dem einwohnermässig zweitgrössten Kanton – und 95-mal grösser als im Kanton Appenzell Innerrhoden, dem einwohnerschwächsten Kanton.

3 Die gleichzeitige Betrachtung der beiden Ebenen ermöglicht es, die Differenzen zwischen den Kantonen bei der Aufgabenverteilung zwischen kantonaler und kommunaler Ebene auszublenken.



Landsgemeinde in Appenzell. Die öffentlichen Ausgaben von Kanton und Gemeinden in Appenzell Innerrhoden entsprechen einem 125stel der Ausgaben des Kantons Zürich.

Kein langfristiges Monopol

Zusammen mit dem Prinzip der Subsidiarität und der Souveränität, über die jeder Kanton im Steuerwesen verfügt, fördert eine solche Fragmentierung den Wettbewerb und verringert das Risiko einer institutionellen Blockade. Ein Kanton oder eine Gemeinde können langfristig keine Monopolstellung einnehmen. Horizontale Koalitionen entstehen und vergehen je nach politischer Aktualität, was verhindert, dass die grossen Kantone ihre Anliegen systematisch durchsetzen können. Dies fördert die Effizienz der öffentlichen Verwaltung und die Wirksamkeit der staatlichen Politik. Der Ökonom Charles Tiebout⁴ beschrieb bereits 1956 die Vorteile des Wettbewerbs zwischen dezentralen Körperschaften. Verschiedene Studien versuchten später die Leistungsfähigkeit von föderalistischen Strukturen mit jener von Einheitsstaaten zu vergleichen. Die internationale Literatur liefert dazu widersprüchliche Resultate.⁵ Die Studien zur Schweiz hingegen belegen, dass die Vielfalt der innerstaatlichen Körperschaften und die

direkte Demokratie Vorteile haben: höherer Wohlstand, geringere Steuerlast, solidere öffentliche Finanzen sowie höhere Wirtschaftsleistung.⁶

In einem Markt führt der Wettbewerb zur schöpferischen Zerstörung, wie sie der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter beschrieben hat. Es ist natürlich undenkbar, dass die Konkurrenz zwischen Kantonen oder Gemeinden die weniger leistungsfähigen Körperschaften verschwinden lassen würde. Tatsächlich hat der schweizerische Gesetzgeber dafür gesorgt, dass die dezentralen öffentlichen Körperschaften vor dem Insolvenzrisiko geschützt sind. Denn das Bundesgesetz von 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs schliesst die Kantone und Gemeinden aus seinem Anwendungsbereich aus.⁷ Und auch das Bundesgesetz von 1947 über die Schuldbetreibung gegen Gemeinden schliesst die Möglichkeit eines Konkurses oder eines Arrests aus.⁸

Ein weiteres sinnvolles Instrument ist erst 2008 in Kraft getreten. Es schränkt das Risiko einer Abwärtsspirale ein, die durch den Steuerwettbewerb bei den Leistungen der öffentlichen

4 Siehe Tiebout (1956).

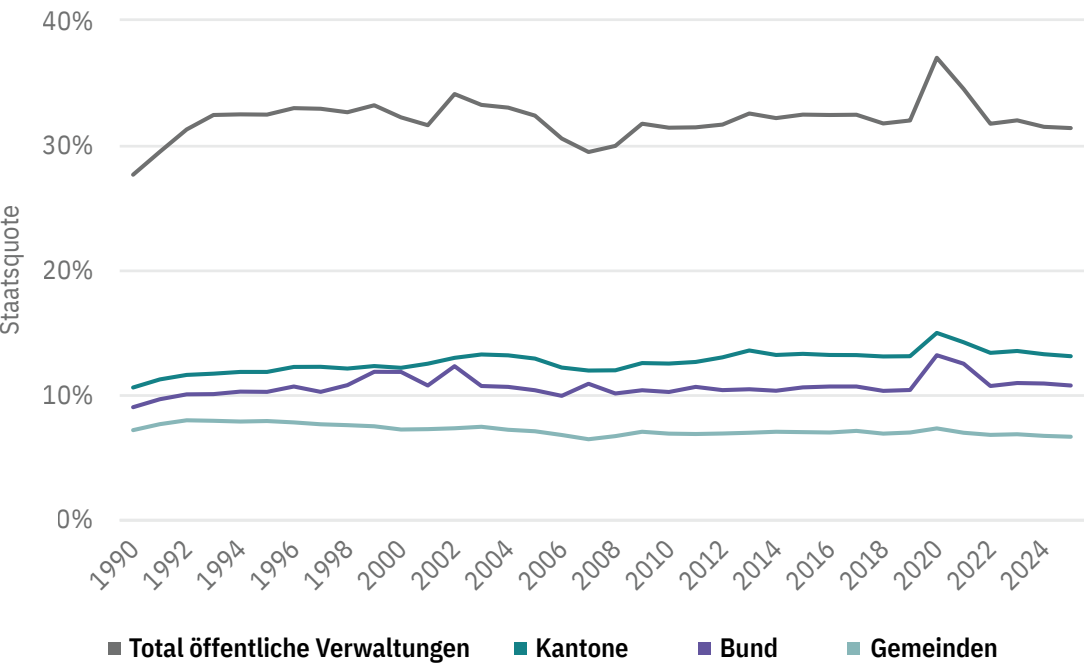
5 Siehe insbesondere die Zusammenfassung von Martínez Vázquez et al. (2017).

6 Siehe insbesondere Feld und Kirchgässner (2001) sowie Brühlhart und Jametti (2019).

7 Siehe Art. 30 Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1).

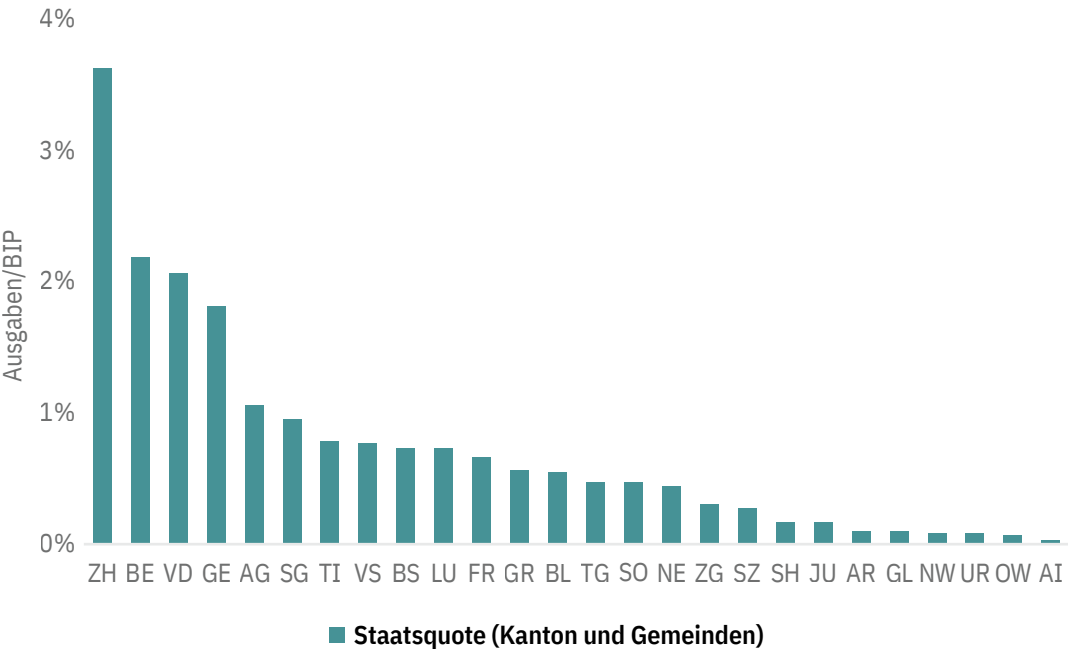
8 Siehe Art. 2 Bundesgesetz über die Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts (SR 282.11).

Abb. 1: Jede institutionelle Ebene trägt ähnlich viel zur Staatsquote bei (1990–2025)



Anmerkungen: Buchhaltungsdaten für die Jahre 1990 bis 2021, Prognosen für die Jahre 2022 bis 2025, Modell GFS.
Quelle: EFV (2023a) / Die Volkswirtschaft

Abb. 2: Die Staatsquote von Kantonen und ihren Gemeinden variiert schweizweit (2021)



Anmerkung: Buchhaltungsdaten, Modell der Finanzstatistik
Quelle: EFV (2023b) / Die Volkswirtschaft

Hand entstehen könnte. Diese Situation kann eintreten, wenn die Körperschaften ihren Steuersatz in der Hoffnung senken, damit neue Steuerzahler anzulocken, und dadurch ihre Steuereinnahmen gefährden. Dank dem Mechanismus des eidgenössischen Finanzausgleichs wird der Wettbewerb teilweise durch die nationale Solidarität ersetzt: Wirtschaftlich starke Kantone und der Bund unterstützen die finanziell schwächeren Kantone oder jene mit soziodemografisch sowie geografisch-topografisch höheren Lasten.

Der Finanzausgleich federt den Wettbewerb zwischen den Kantonen ab. Das Instrument hat sich als so wertvoll erwiesen, dass es auch innerhalb der Kantone zwischen den Gemeinden systematisch angewendet wird. Sicher: Die Funktionsweise ist noch verbesserungsfähig, beispielsweise durch eine noch bessere Ausgewogenheit bei der Berücksichtigung der geotopografischen und der soziodemografischen Lasten.⁹ Doch über die Grundprinzipien des Finanzausgleichs ist man sich einig.

Die Vielfalt der Körperschaften innerhalb der Schweiz und der regulierte Wettbewerb gelten als Gründe für den Erfolg des institutionellen Modells unseres Landes. Das missfällt wohl jenen Personen, die immer wieder den Vorschlag äussern, unsere 26 Kantone zu grossen Regionen zusammenzulegen, die man an einer Hand abzählen könnte. Andere sind der Ansicht, der Föderalismus habe seine Grenzen erreicht. Natürlich kann die föderalistische

Funktionsweise unserer Institutionen und unserer öffentlichen Politik noch weiter verbessert werden, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit. Zudem könnten einige Politiken besser koordiniert werden, hier durch mehr interkantonale Zusammenarbeit, dort durch eine stärkere Zentralisierung. Doch diese Überlegungen müssen spezifische Situationen, spezifische Bereiche betreffen, ohne dass die Schlüsselemente des erfolgreichen Schweizer Modells infrage gestellt werden.

Literatur

Brühlhart, M. und M. Jametti (2019). Does Tax Competition Tame the Leviathan? *Journal of Public Economics*, 177, 104037.

Eidgenössische Finanzverwaltung (2023a). Finanzstatistik. Wichtigste Aggregate und Prognosen (letztmals besucht im November 2023).

Eidgenössische Finanzverwaltung (2023b). Finanzstatistik. Detaillierte Daten FS. Kantone und ihre Gemeinden im Vergleich (letztmals besucht im November 2023).

Feld, L. P. und G. Kirchgässner (2001). The Political Economy of Direct Legislation: Direct Democracy and Local Decision-Making. *Economic Policy*, 16(33), 330–367.

Martínez-Vázquez, J., S. Lago-Peñas und A. Sacchi (2017). The Impact of Fiscal Decentralization: A Survey. *Journal of Economic Surveys*, 31(4), 1095–1129.

Soguel, N. (2019). Intergovernmental Fiscal Transfers and Equalization. In: A. Ladner, N. Soguel, Y. Emery, S. Weerts, & S. Nahrath (Hrsg.), *Swiss Public Administration: Making the State Work Successfully* (S. 291–305). Palgrave MacMillan.

Tiebout, C. M. (1956). A Pure Theory of Local Expenditures. *Journal of Political Economy*, 64(5), 416–424.

⁹ Siehe Soguel (2019).



Nils Soguel

Direktor, Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (Idheap) und Professor für öffentliche Finanzen, Universität Lausanne

Das Vertrauen in die Wirtschaftsfreiheit schwindet

Noch nie fand in der Schweiz eine Volksinitiative zum Rentenausbau eine Mehrheit. Dies könnte sich 2024 ändern. Denn die Hemmschwelle für Staatsinterventionen sinkt in der Bevölkerung.

Michael Hermann, Sotomo

«6 Wochen Ferien für alle» – das versprach 2012 eine Volksinitiative des Gewerkschaftsdachverbands Travailsuisse. Dieses Versprechen sorgte vor allem im Ausland für Aufsehen. Die Vorstellung, dass sich die Bevölkerung eines Landes per Stimm-entscheid, ohne Rücksprache mit der Arbeitgeber-schaft, mehr Ferien geben kann, wirkte spektakulär. In der Schweiz selbst sorgte die Initiative hingegen für wenig Gesprächsstoff. Wer sich in der hiesigen Politik auskannte, wusste, dass die Initiative keine Chancen hatte. Tatsächlich sprach sich am Schluss nur ein Drittel der Stimmenden für die Vorlage aus, und sämtliche Kantone lehnten sie ab.

Der liberale Gemeinsinn schwächelt

Die Abstimmung ebenso wie deren Ablehnung sind Sinnbild für eine Kultur des gegenseitigen Vertrauens, die charakteristisch ist für die Schweiz. Nur hier können die Stimmberechtigten auf nationaler Ebene direkt an den wichtigsten sach- und damit auch wirtschaftspolitischen Weichenstellungen mitwirken. Im Gegenzug durfte sich die Wirtschaft in vielen Bereichen selbst regulieren – so zum Beispiel im Banken- und Finanzsektor. Zu diesem impliziten Schweizer Gesellschaftsvertrag gehört, dass das gegenseitig geschenkte Vertrauen in Form von Mitverantwortung fürs Ganze zurückgezahlt wird: Im

OECD-Vergleich sorgen Schweizer Unternehmen für ein eher ausgeglichenes Lohngefüge, und die Stimmbevölkerung hält sich zurück mit Forderungen wie jener der Ferieninitiative.

Bis jetzt. Denn dieser eigenwillige liberale Gemeinsinn der Schweiz hat an Kraft verloren. 2024 wird eine Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) zur Abstimmung kommen, die eine 13. AHV-Rente für alle fordert. Und anders als die Ferieninitiative von 2012 hat diese Initiative reelle Chancen. In einer aktuellen Umfrage¹ unseres Instituts Sotomo sprechen sich bemerkenswerte 70 Prozent dafür aus, darunter auch eine Mehrheit der FDP- und SVP-Wählenden. Im Verlauf des Abstimmungskampfs sinkt in der Regel die Zustimmung zu wirtschaftspolitischen Volksinitiativen. Doch in diesem Fall sind viele Meinungen schon gemacht.

Eine Zustimmung wäre ein Novum. Keine einzige der neun bisherigen Initiativen zum Ausbau der AHV-Rentenleistungen wurde angenommen. Die bisher höchste Zustimmung erzielte die Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» im Jahr 2000 mit 46 Prozent. Volksinitiativen zu mehr Staatsinterventionismus waren bis vor Kurzem nicht mehrheitsfähig. Doch dann stimmten im Jahr 2020 knapp 51 Prozent für die sogenannte Konzernverantwortungsinitiative. Letztlich scheiterte diese am Ständemehr. Doch

¹ Siehe Sotomo-Umfrage zur «Initiative für eine 13. AHV-Rente» im Auftrag des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds.

CREDIT SUISSE



Das Ende der Credit Suisse hat die Skepsis gegenüber der freien Wirtschaft verstärkt. Ulrich Körner, CEO der Credit Suisse, verlässt an der Generalversammlung im April 2023 die Bühne.

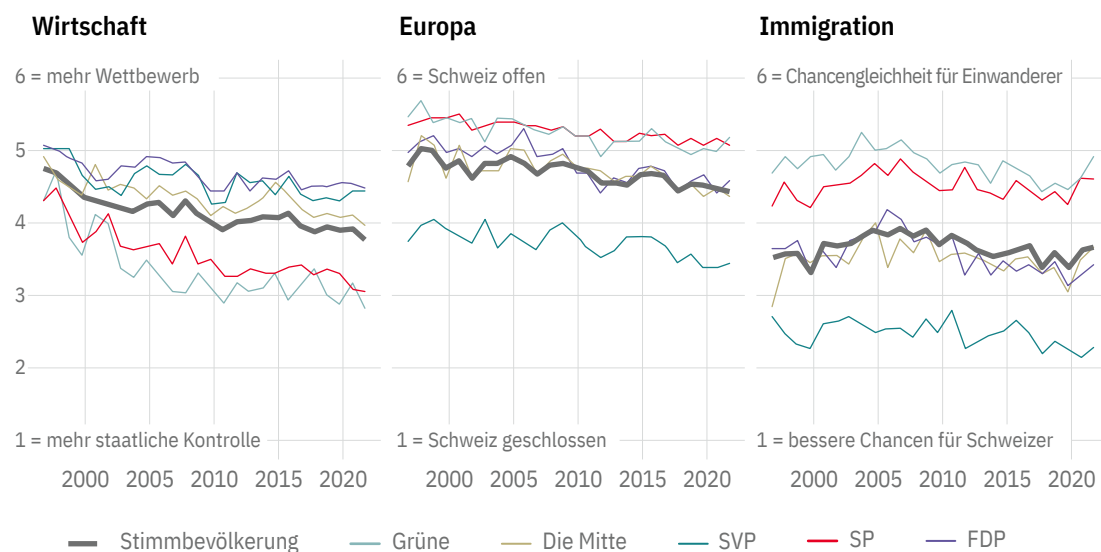
ein Jahr später sprachen sich 61 Prozent für die Pflegeinitiative aus, und 2022 stimmten 57 Prozent für die Initiative «Kinder ohne Tabak», die ein weitgehendes Werbeverbot für Tabakprodukte forderte.

Sympathien für staatliche Kontrollen nehmen zu

Diese neuartigen Initiativerfolge sind Indizien dafür, dass das Verhältnis von Bevölkerung, Wirtschaft und Staat in Bewegung ist. Gemäss einer aktuellen Auswertung von Nachabstimmungsbefragungen haben sich die politischen Grundwerte seit den späten 1990er-Jahren langsam, aber kontinuierlich verändert. So fordert etwa ein immer geringerer Bevölkerungsteil in der Wirtschaft «mehr Wettbewerb». Stattdessen wird der Ruf nach mehr staatlicher Kontrolle immer lauter (siehe Abbildung 1 auf S. 20).

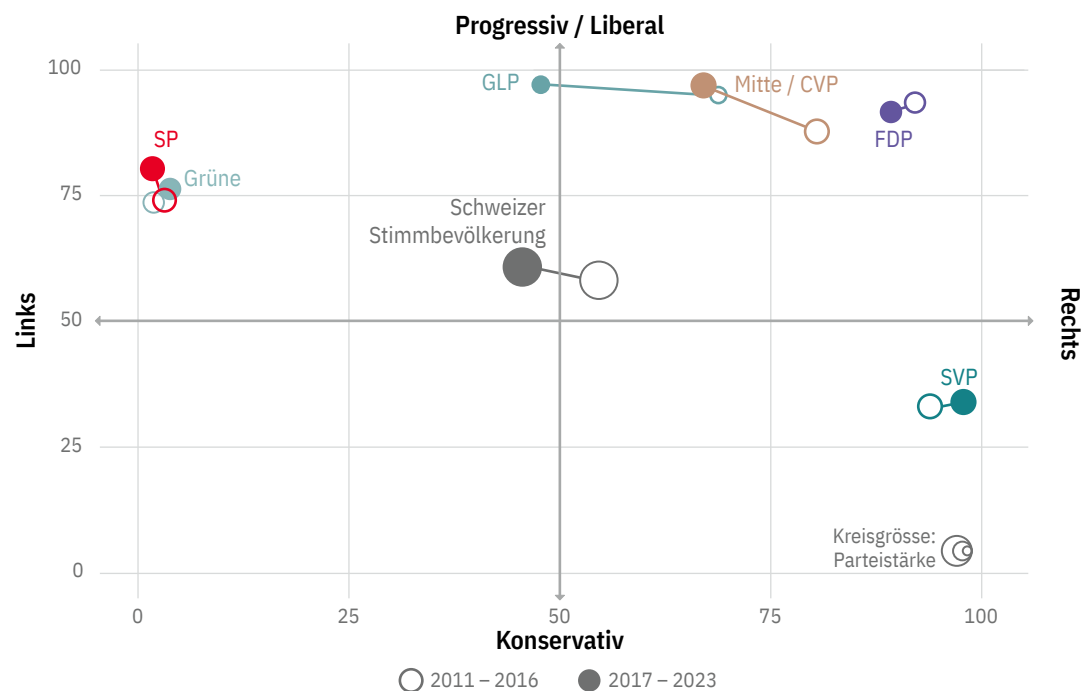
Das Vertrauen in eine sich selbst regulierende Wirtschaft erodiert. Dieser Wandel geht einher mit einer tendenziell zunehmenden Skepsis gegenüber Europa und Migration.

Bemerkenswert ist dabei vor allem, dass der Rückhalt für einen ausgebauten Sozialstaat markant zugenommen hat. Und dies, obwohl der Wähleranteil der linken Parteien in der Schweiz seit Jahrzehnten bei rund 30 Prozent verharret. Grundsätzlich ist das nicht überraschend. Denn tektonische Veränderungen im politischen Gefüge lassen sich nicht immer an den Wählerstärken der Parteien ablesen. Relevante Veränderungen geschehen dann, wenn sich die Meinungen quer durch die politischen Lager verändern. Und das trifft hier zu. Wie Abbildung 1 zeigt, hat sich die Haltung zur Rolle des Staates in der Wirtschaft bei den Anhängerschaften aller grösseren Parteien gewandelt. Der Rückhalt für wettbewerbliche Lösungsansätze erodiert besonders auf der linken, aber eben auch auf

Abb. 1: Der Zuspruch der Wahlbevölkerung zu Wettbewerb, EU und Migration nimmt ab (1995–2022)

Anmerkung: Die Abbildung zeigt, wie sich die Grundhaltungen der Stimmbevölkerung sowie der Parteianhänger in den drei Themenfeldern entwickelt haben. Eigene Berechnung auf Grundlage der Vox-Nachabstimmungsbefragungen von 1995 bis 2022.

Quelle: Eigene Darstellung des Autors / Die Volkswirtschaft

Abb. 2: Der Zeitgeist verschiebt sich nach links (2011–2023)

Anmerkung: Datengrundlage sind die Parteiparolen zu den eidgenössischen Volksabstimmungen seit 2011. Die Linksverschiebung der Schweizer Stimmbevölkerung wurde anhand der Ja-Anteile bei den jeweiligen Volksabstimmungen ermittelt. Zur Normierung der Ergebnisse fliessen Initiativen, die in der Regel eine tiefere Zustimmung erzielen, und Referenden mit je 50 Prozent in die Positionsberechnungen ein.

Quelle: Eigene Darstellung des Autors / Die Volkswirtschaft

der rechten Seite des Parteienspektrums – selbst bei der wirtschaftsnahen FDP.

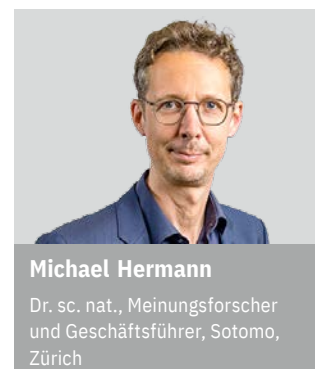
Im Unterschied zu den Wählern können Parteien ihr politisches Profil nicht ohne Weiteres ändern. Sie sind an ihr Programm und an die ihnen traditionell beigemessenen Werte gebunden. Dies gilt besonders bei Themen, wo sie sich mit klaren Positionen profilieren. Beim Verhältnis von Wirtschaft und Staat sprechen sich die linken Parteien SP und Grüne fast immer für mehr Staat aus, während FDP und SVP ebenso oft auf der Bremse stehen. Für die Dynamik sorgen also die Parteien dazwischen. Die beiden einzigen Parteien, die sich seit den frühen 2010er-Jahre markant im politischen Raum bewegt haben, sind die Grünliberalen (GLP) und Die Mitte (ehemals CVP und BDP). Beide Parteien haben sich seither nach links bewegt und sind damit der Stimmbevölkerung und dem Zeitgeist gefolgt (siehe Abbildung 2).

Die Wirtschaft ist nicht unschuldig

Wenn sich die Parteien des Mittespektrums Richtung links bewegen, wirkt sich dies auf die Entscheidungsfindung und die Mehrheitsbildung im Parlament aus – und zwar viel stärker als der moderate Rechtsrutsch bei den eidgenössischen Wahlen 2023.

Der gesteigerte Wunsch der Schweizer Bevölkerung nach staatlicher Intervention ist kein völlig neues Phänomen. Die liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik erodiert bereits seit den späten 1990er-Jahren, wie Abbildung 1 zeigt. Nach Ende des Kalten Kriegs kam es damals in der Schweiz zu einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Öffnung, welche den eingangs angesprochenen schweizerischen Gesellschaftsvertrag, der auf Zurückhaltung und Mitverantwortung beruht, infrage stellte. Internationale Verflechtungen und die Globalisierung haben zur Erosion schweizerischer Eigenheiten beigetragen. Die aus dem späten 19. Jahrhundert stammende Idee eines «Sonderfalls» Schweiz verlor an Leuchtkraft. Die fortschreitende Globalisierung und der internationale Wettbewerbsdruck haben offenbar auch das Bedürfnis nach Schutz und sozialer Sicherung erhöht.

Nicht unschuldig an der Erosion des impliziten Gesellschaftsvertrags ist allerdings auch die Wirtschaft selbst. Vom Swissair-Grounding über die UBS-Rettung in der Wirtschaftskrise der Nullerjahre bis zum Ende der Credit Suisse: Masslose Bonizahlungen und Konzernrettungen mit Steuergeldern haben die Forderung nach Masshalten sowie nach sozial- und wirtschaftspolitischer Zurückhaltung auf ganz eigene Weise infrage gestellt.



Welche Gräben halten die Schweiz zusammen?

Die Schweiz wird durch ihre vielen gesellschaftlichen Gräben zusammengehalten. Dazu zählen unter anderem der Stadt-Land-, der Religions- oder der Öffnungs-Traditions-Graben. Entscheidend ist, dass sich diese Gräben überschneiden und es nicht zu bloss zwei Lagern kommt.

Anja Heidelberger, Universität Bern, Sean Müller, Universität Lausanne

Dass viele gesellschaftliche Gräben den Zusammenhalt begünstigen, erscheint auf den ersten Blick paradox. Aber es zeigt sich: Die Gräben überschneiden sich und schwächen so ihre polarisierende Wirkung ab. Gäbe es hingegen nur eine einzige unüberwindbare Teilung in zwei Lager, wäre dies eine grosse Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Belgien beispielsweise ist Wallonien ärmer als Flandern – jeder Sprachkonflikt wird somit immer auch zu einem Wirtschaftskonflikt und umgekehrt. Abbildung 1 zeigt dies generell für zwei Konfliktlinien.

Wie stehen die Konfliktlinien zueinander?

In der Schweiz hingegen überschneiden sich die Konfliktlinien. Ein Beispiel: In tiefen Einkommensgruppen werden unterschiedliche Sprachen gesprochen und verschiedene religiöse Auffassungen gelebt. Diese Überschneidungen sind wissenschaftlich messbar mittels des Konzepts der Cross-Cuttingness.¹ Gemessen wird das Fehlen einer Korrelation zwischen zwei Dimensionen, also wie schwach sich zwei Merkmale gegenseitig beeinflussen: je geringer deren Korrelation, desto höher die Cross-Cutting-

ness (CC). Das heisst: Je weniger zum Beispiel von sprachlichen Merkmalen auf Reichtum geschlossen werden kann, desto höher ist die Cross-Cuttingness, und desto weniger klar abgegrenzt sind die Gräben. Wir nutzen dieses Konzept, um zu verstehen, welche Konfliktlinien sich in der Schweiz überschneiden und welche gleichförmig verlaufen und sich so gegenseitig bestärken. Sieben Konfliktlinien werden auf Schweizer Gemeindeebene untersucht: Religion, Wirtschaft, Sprache, Zentrum-Peripherie, Stadt-Land, Staat-Markt und Öffnung-Tradition.² Wie stark hängt jede dieser Konfliktlinien mit den anderen zusammen? Die Daten werden auf Gemeindeebene erhoben und nicht bei der (Wahl-)Bevölkerung, weil dies erlaubt, die Konfliktlinien ohne die Probleme von Umfragedaten zu messen.³

Zu den einzelnen Konfliktlinien wird Folgendes untersucht: Der Religionskonflikt beinhaltet entweder den Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten oder aber zwischen Personen mit Konfessions- oder Religionszugehörigkeit und solchen ohne.⁴ Der Wirtschaftskonflikt unterscheidet zwischen wirtschaftlich besser- und schlechtergestellten Personen, was wir auf Gemeindeebene durch das durchschnittliche steuerbare Einkommen pro Einwohnerin oder Einwohner einer Gemeinde messen.⁵ Der Sprachkonflikt beinhaltet

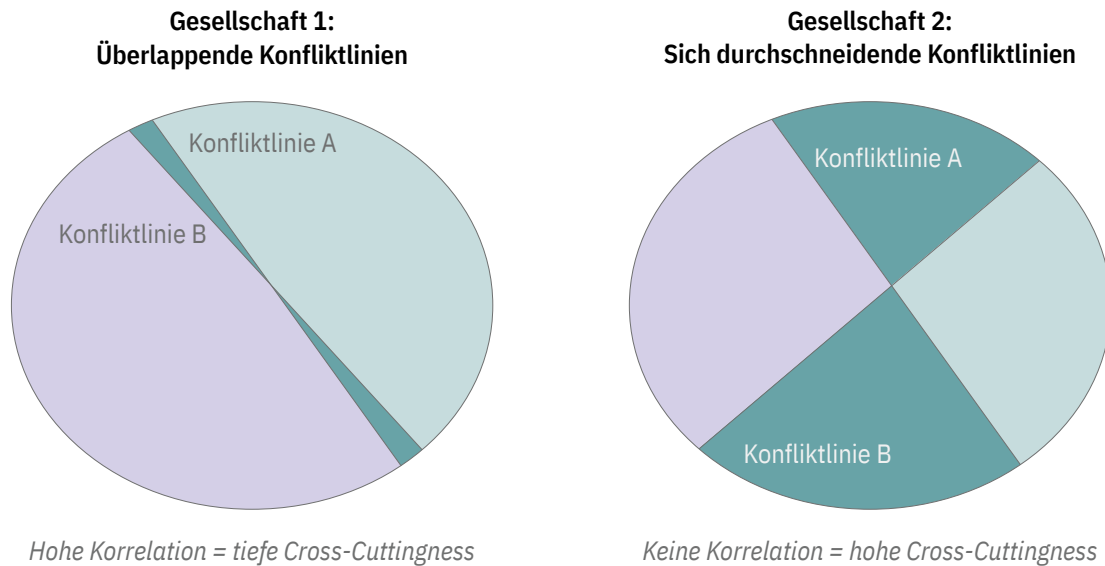
1 Z. B. Selway 2011.

2 Siehe z. B. Kriesi 2013, Linder et al. 2008.

3 Wenn möglich verwenden wir strukturelle Variablen, falls nötig greifen wir auf ideologische Variablen (in Form von Abstimmungsergebnissen) zurück.

4 Wir messen den Religionskonflikt durch den Anteil der Katholiken und Konfessionslosen in einer Gemeinde am Total der permanenten Wohnbevölkerung (BFS 2000).

5 Logarithmiert; BFS 2019.

Abb. 1: Schema: Überlappende versus sich überschneidende Konfliktlinien

Quelle: Eigene Darstellung der Autoren / Die Volkswirtschaft

Unterschiede zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Sprachregionen, wobei vor allem der Unterschied zur Mehrheitssprache zentral ist.⁶ Der Zentrum-Peripherie-Konflikt stellt den Unterschied zwischen Personen im Zentrum (v. a. der politischen Macht) und jenen weit davon entfernt dar, weshalb wir ihn durch die Fahrtzeit in Stunden von einer Gemeinde in die Bundesstadt Bern messen.⁷ Der Stadt-Land-Konflikt beinhaltet die Unterschiede zwischen in städtischen und ländlichen Gebieten wohnenden Personen, was wir durch die kommunale Dichte erheben.⁸ Der Staat-Markt-Konflikt stellt unterschiedliche Präferenzen von Arbeiterschaft und Kapital dar. Da dies als Gemeindeeigenschaft schwierig zu messen ist, ziehen wir hier die ideologische Differenz zwischen den Gemeinden anhand von Volksabstimmungen hinzu.⁹ Dieselbe Problematik ergibt sich für den Öffnungs-Traditions-Konflikt, der einen Gegensatz darstellt zwischen Personen, die eher eine Öffnung der Schweiz befürworten, und jenen, für die der Schutz der Schweizer Traditionen prioritär ist.¹⁰

Die Tabelle auf Seite 24 verdeutlicht, dass es sowohl gesellschaftliche Konfliktlinien gibt, die überlappend verlaufen, als auch solche, die sich gegenseitig durchschneiden. Besonders stark überlappend sind der aktuelle Religions- (Anteil Konfessionslose)

sowie der Öffnungs-Traditions-Konflikt: Beide korrelieren mit vergleichsweise vielen anderen Konfliktlinien. Zudem weisen sie auch ein tiefes Ausmass der Cross-Cuttingness zueinander aus ($CC=0,54$). Das heisst, dass jene Gemeinden, in denen relativ viele Konfessionslose wohnen, auch einen höheren Anteil an Personen aufweisen, die eher für eine politische Öffnung der Schweiz sind.

Traditionswerte sind in der deutschen Schweiz stärker ausgeprägt

Während die Religion aber heute nur in wenigen politischen Fragen einen zentralen Faktor darstellt, spielt der Öffnungs-Traditions-Konflikt in zahlreichen Abstimmungen eine wichtige Rolle, wie Nachbefragungen zu Abstimmungen regelmässig zeigen. Auch gibt es immer mehr Abstimmungen, bei denen diese Frage prominent erscheint. Gleichzeitig korreliert der Öffnungs-Traditions-Konflikt mit der Bevölkerungsdichte, also dem Mass für den Stadt-Land-Konflikt. Dieser weist eine klare territoriale Dimension auf und kann somit kartografisch gut dargestellt werden (siehe Abbildung 2 auf S. 24). Darüber hinaus korreliert der Öffnungs-Traditions-Konflikt mit den Sprachregionen und weist damit eine

6 Wir messen den Sprachkonflikt durch den Anteil Personen mit Deutsch als Hauptsprache in einer Gemeinde am Total der permanenten Wohnbevölkerung (BFS 2014).

7 Eigene Berechnungen mithilfe des R-Packages «OSRMR», 2023.

8 Einwohnerzahl pro km².

9 Wir verwenden hier den Mittelwert aus der Zustimmung zur Volksabstimmung über die teilweise Abschaffung der Verrechnungssteuer (Abstimmung vom September 2022) und zu jener über die Stempelsteuer (Abstimmung vom Februar 2022) sowie aus der Ablehnung der 99-Prozent-Initiative (Abstimmung vom September 2021; BFS 2021–22).

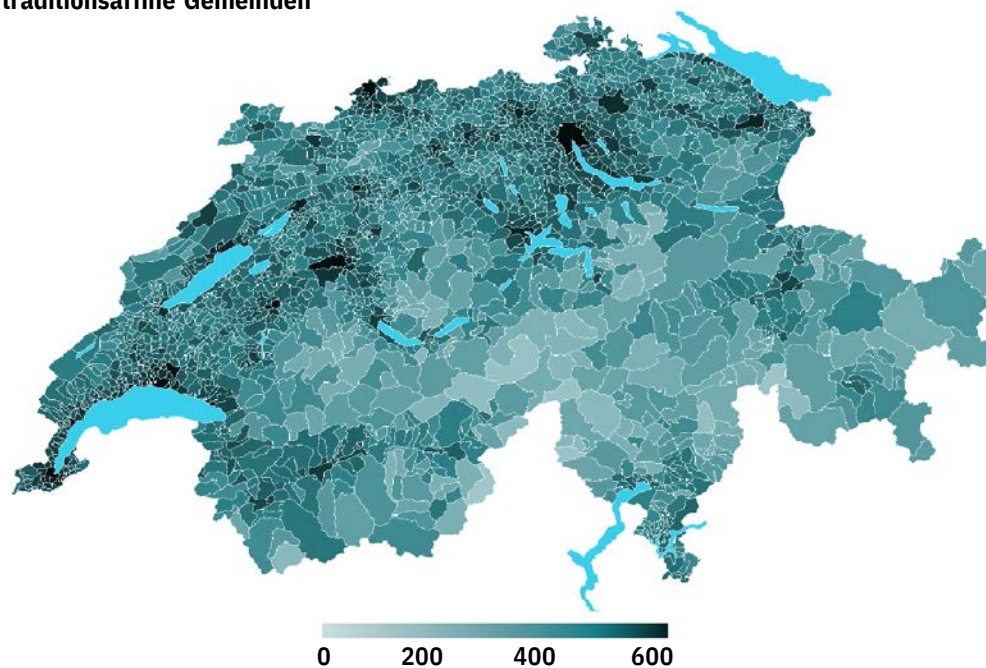
Wie stark unterscheiden sich die Gräben voneinander? Ausmass der Cross-Cuttingness

Variablen	Deutsch	Katholisch	Konfessionslose	Dichte (log)	Franken (log)	Staat-Markt	Öffnung-Tradition	Distanz von Bern
Deutsch	-	0.80	0.73	0.93	0.95	0.86	0.56	0.92
Katholisch	0.80	-	0.65	0.88	0.90	0.86	0.97	0.62
Konfessionslose	0.73	0.65	-	0.63	0.51	0.99	0.54	0.88
Dichte (log)	0.93	0.88	0.63	-	0.64	0.99	0.67	0.79
Franken (log)	0.95	0.90	0.51	0.64	-	0.52	0.60	0.97
Staat-Markt	0.86	0.86	0.99	0.99	0.52	-	0.93	0.66
Öffnung-Tradition	0.56	0.97	0.54	0.67	0.60	0.93	-	0.86
Distanz von Bern	0.92	0.62	0.88	0.79	0.97	0.66	0.86	-

Anmerkung: Cross-Cuttingness wird berechnet als $1 - \text{absoluter Wert (Korrelationskoeffizient)}$; besonders tiefe CC-Werte (bzw. besonders hohe Korrelationen) sind grau hinterlegt.

Quelle: Eigene Darstellung der Autoren / Die Volkswirtschaft

Abb. 2: Dicht besiedelte und öffnungsaffine versus weniger dicht besiedelte und traditionsaffine Gemeinden



Anmerkung: Interaktion des Stadt-Land- und des Öffnungs-Traditions-Konflikts. Je dunkler eine Gemeinde abgebildet ist, desto höher ist ihre Einwohnerdichte (logarithmiert) und desto höher war zugleich ihre Ablehnung der Begrenzungsinitiative 2020.

Quelle: Erstellt mit RSwissMaps (Zumbach 2019) / Die Volkswirtschaft

weitere regionale Dimension auf. So sind Traditionswerte in deutschsprachigen Gemeinden deutlich stärker ausgeprägt als in französischsprachigen.

Problematisch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wäre es folglich, wenn vor allem über Themen gestritten und abgestimmt würde, die diese Konfliktlinien aktivieren – umso mehr dann, wenn immer dieselbe Seite siegreich wäre. Es gibt aber verschiedene andere Konflikte, die mit den oben genannten Konfliktlinien deutlich weniger stark zusammenhängen, etwa der Staat-Markt-Konflikt (CC mit Öffnung-Tradition: 0,93).¹¹ Die Konfliktlinie Staat-Markt korreliert allerdings ihrerseits vergleichsweise stark mit dem Zentrum-Peripherie-Konflikt und mit der Einkommensstärke einer Gemeinde. Und sie weist ebenfalls eine regionale Komponente auf: Es sind vor allem französischsprachige Gemeinden, die für mehr staatliche Eingriffe votieren.

Als Fazit kann also die gängige These bestätigt werden, dass es in der Schweiz gerade dank der Vielzahl an gesellschaftlichen Konflikten zu keiner dominanten Spaltung gekommen ist. Auch die stärkste Korrelation – jene zwischen dem kommunalen Anteil an Konfessionslosen und dem durchschnittlichen Einkommen der Einwohnerinnen

und Einwohner einer Gemeinde – bleibt knapp unter 0,5. Das heisst, dass auch bei den grössten Unterschieden zwischen Gemeinden oder gar Regionen auf einer Dimension immer noch gewisse Gemeinsamkeiten auf einer anderen bestehen. Gerade weil die Gräben teilen, verbinden sie uns.

Literatur

BFS 2000–2022. Diverse Datensätze. Bundesamt für Statistik. Neuchâtel.

Kriesi, Hanspeter (2013). Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values. In *The Structure of Political Competition in Western Europe*, hg. Enyedi Zsolt und Kevin Deegan-Krause.

Linder, Wolf, Regula Zürcher und Christian Bolliger (2008). *Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz*. Baden: hier+jetzt.

Mueller, Sean und Anja Heidelberger (2022). Den Röschtigraben vermessen: Breite, Tiefe, Dauerhaftigkeit. In *Direkte Demokratie in der Schweiz. Neue Erkenntnisse aus der Abstimmungsfor-*schung, hg. Hans-Peter Schaub und Marc Bühlmann (S. 137–158). Seismo Verlag.

Selway, Joel S. (2011). The Measurement of Cross-cutting Cleavages and Other Multidimensional Cleavage Structures. *Political Analysis* 19:48–65.

Staempfli, Adrian und Adrian Strauss (2022). *Osrmr* – R-Package.

Zumbach, David (2019). *RSwissMaps* – R-Package.

10 Wir messen ihn durch die Zustimmung zur Begrenzungsinitiative anlässlich der Volksabstimmung vom September 2020 (BFS 2020).

11 In Individualdaten findet man nicht selten eine starke Korrelation zwischen den Präferenzen bezüglich Staat-Markt und Öffnung-Tradition. In den von uns untersuchten Gemeindedaten findet sich jedoch nur für einzelne Abstimmungsvorlagen eine stärkere Korrelation – für die meisten hingegen nicht.



Anja Heidelberger

Co-Direktorin, Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaften, Universität Bern



Sean Müller

SNF-Eccellenza-Professor, Institut für Politikwissenschaften, Universität Lausanne

Wie Institutionen den sozialen Zusammenhalt fördern

Covid-Krise, Stadt-Land-Graben, Teilzeitdebatte: Driftet die Schweiz auseinander? Vieles deutet darauf hin, dass die Schweizer Bevölkerung solche Themen diskutieren kann, ohne zu zerbrechen. Ein politökonomischer Blick auf Vertrauen und Kooperation.

Alois Stutzer, Benjamin Jansen, Universität Basel

Etlliche Probleme in der Gesellschaft können nur gelöst werden, wenn ihre Mitglieder bereit sind, zusammenzuarbeiten. Viele Menschen in der Schweiz sehen diese Zusammenarbeit und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt jedoch in Gefahr. Die breite Debatte in den letzten Jahren um eine angemessene Covid-Politik, der wieder erstarkende Fokus auf Interessenkonflikte zwischen Stadt- und Landbevölkerung und die zunehmende emotionale (fachsprachlich auch «affektive») Polarisierung machen ihnen Sorgen. Doch stimmt diese Wahrnehmung? Wenn ja: Wo sind die wunden Punkte? Und was lässt sich dagegen tun?

Wie analysiert man Zusammenhalt?

Wenn wir die Kooperationsbereitschaft als eine beeinflussbare Grösse erfassen wollen, dann benötigen wir einen Ansatz, der auf die institutionellen und wirtschaftlichen Bedingungen abzielt, die den Zusammenhalt fördern oder schwächen.

Gemäss Studien¹ sind Faktoren, die zu einer höheren Kooperation beitragen, etwa die soziale Inklusion, das Sozialkapital, das heisst ein starkes Netz informeller Beziehungen, oder die soziale Mobilität. Vor dem Hintergrund dieser Bedingungen sind ein Gefühl der Zugehörig-

keit oder ein ausgeprägtes Vertrauen in die Mitmenschen zugleich Ergebnis wie Hinweis auf eine kohäsive Gesellschaft.

Hohes Vertrauen in der Schweiz

In der Schweiz ist das Vertrauensniveau gegenüber Mitmenschen im internationalen Vergleich relativ hoch. Auf die Frage im European Social Survey², einer grossen sozialwissenschaftlichen Umfrage, ob man auf einer Skala von null bis zehn ganz allgemein gesprochen «nicht vorsichtig genug sein kann» (0) oder «den meisten Leuten vertraut werden kann» (10), ergibt sich für die Schweiz ein durchschnittliches Vertrauensniveau im Zeitraum zwischen 2002 und 2020 von 5,76. Der Wert liegt zwar unter dem Durchschnitt von 6,52 in skandinavischen Ländern, wo das generelle Vertrauen weltweit am höchsten ist, er ist aber höher als der Durchschnitt von 4,79 in unseren Nachbarländern. Zudem scheint das Vertrauensniveau in der Schweiz relativ stabil und in den letzten Jahren in der Tendenz sogar leicht steigend (siehe Abbildung auf S. 28).

Hoch ist in der Schweiz auch das Niveau sozialer Inklusion. Die Möglichkeit, dass viele Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, wird

¹ Siehe etwa OECD (2011).

² Siehe European Social Survey (2020).

³ Siehe z. B. Algan und Cahuc (2014).



Das Vertrauen in die Mitbürger ist in der Schweiz höher als in ihren Nachbarländern. Ein Bungee-Jumper im freien Fall.

gestützt durch das ausgebaute soziale Sicherheitsnetz, aber auch einen flexiblen Arbeitsmarkt, der Eigenverantwortung belohnt, die Arbeitslosigkeit tief hält und so zu einer im internationalen Vergleich geringen Ungleichheit bei der primären Einkommensverteilung (d. h. vor staatlicher Umverteilung) beiträgt. Letzteres steht auch im Einklang mit der empirischen Forschung, die wiederholt einen negativen Zusammenhang zwischen ökonomischer Ungleichheit und generellem Vertrauen gegenüber anderen Menschen gefunden hat.³

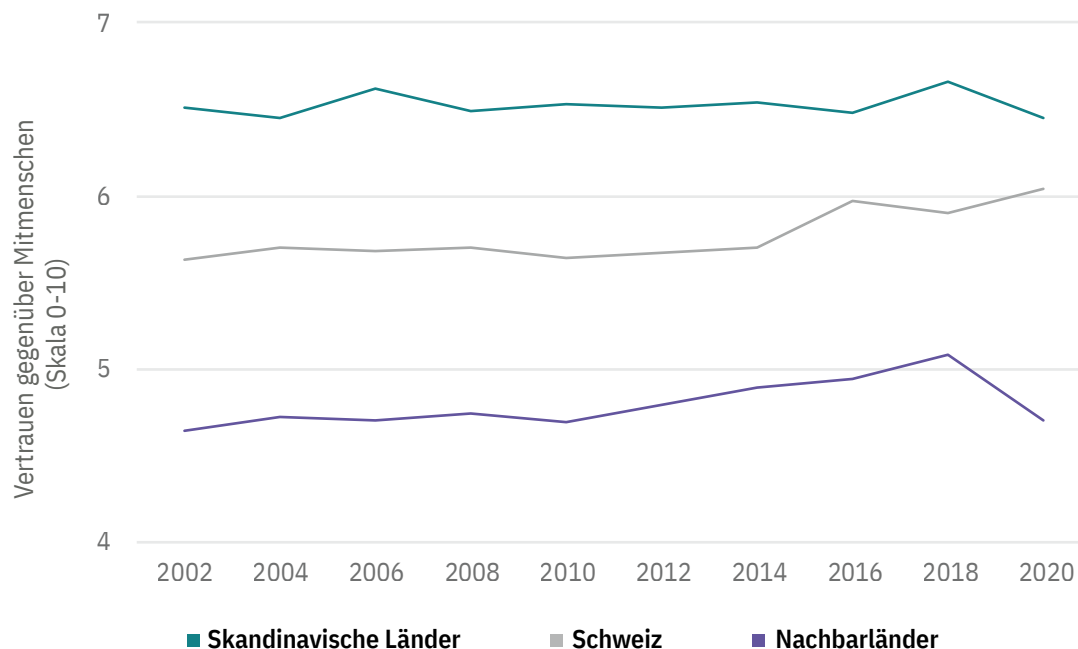
Mit der sozialen Inklusion eng verknüpft ist die soziale Aufwärtsmobilität, das heisst der soziale Aufstieg gegenüber der bildungsmässigen, beruflichen oder wirtschaftlichen Situation der Eltern. Die Möglichkeiten für diesen Aufstieg stärkt in der Schweiz beispielsweise das duale System mit Berufslehre und Berufsmatur, das viel Durchlässigkeit erlaubt. Weiter zeichnet sich die Schweiz aus durch einen ausgeprägten Milizgedanken in öffent-

lichen Organisationen und ein reiches Vereinsleben. Beides ist einer breiten Vernetzung über sozioökonomische Schichten hinweg förderlich.

Die Angst ums Kuchenstück

Trotzdem sorgen sich selbst in der Schweiz Menschen darum, den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten und nach den bisherigen Gewohnheiten leben zu können. Die Sorge um das eigene Kuchenstück führt in der Sozialpolitik schnell zur Frage, ob die Umverteilung die tatsächlich Bedürftigen erreicht. Dass eine wenig zielgenaue Sozialpolitik den Zusammenhalt gefährden kann, zeigt sich in der aktuellen Debatte über die Teilzeitarbeit, aber auch in jener zur Finanzierung der familienexternen Kinderbetreuung oder zur Wohnraumpolitik. Neue Ideen sind deshalb gesucht. In einer Gesellschaft mit einer starken Norm zur wirtschaftlichen Selbstverantwortung

Soziales Vertrauen in der Schweiz höher als in den Nachbarländern (2002–2020)



Anmerkungen: 0 = «Man kann nicht vorsichtig genug sein», 10 = «Man kann den meisten Leuten vertrauen». Die skandinavischen Länder umfassen mit gleichem Gewicht Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden. Die Nachbarländer umfassen mit gleichem Gewicht Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich. Fehlende Jahreswerte für einzelne Länder (Dänemark, Italien und Österreich) wurden inter- resp. extrapoliert.

Quelle: European Social Survey (2020) / Die Volkswirtschaft

könnte zum Beispiel überlegt werden, ob subventionierte Angebote in Zukunft stärker an Anforderungen an die Stunden in einer bezahlten Beschäftigung geknüpft werden sollen. Im Hinblick auf den Zusammenhalt ist zudem der Anstieg der Immobilienpreise im Auge zu behalten, da diese ein elementarer Treiber der Vermögensungleichheit sind.

Neben materiellen Bedenken besteht auch die Sorge, dass Gewissheiten über die Gepflogenheiten des Lebens oder generell die Kultur sich ändern. Herausforderungen ergeben sich dabei typischerweise durch die Zuwanderung, aber auch im Rahmen des gesellschaftlichen Diskurses zu Geschlechteridentität und Geschlechterrollen, welcher bisherige Normen hinterfragt.

Resiliente Problemlösungsprozesse

Materielle Unsicherheit und Identitätsängste bergen die Gefahr, dass Anbieter von einfachen Rezepten auftreten und dass Sündenböcke gesucht und ge-

funden werden. Doch wie einfach haben es Problembewirtschafter, die zur Stärkung der eigenen Stellung Gräben vertiefen? Oder umgekehrt: Was trägt dazu bei, dass mit den Sorgen konstruktiv umgegangen wird? Es sind beides Fragen zur Organisation der politischen Problemlösungsprozesse. In der Schweiz gibt es Institutionen wie den Föderalismus, die vergleichsweise flexibel mit den Grenzen der Probleme, was den Kreis der Betroffenen betrifft, umgehen können. Dabei lösen wir Probleme parallel auf verschiedenen Ebenen (Gemeinden, Kantone, Bund), sodass verschiedene Gruppen bei der Suche nach Kompromissen sich beim einen Mal mit gegenläufigen Interessen gegenüberstehen und sich bei einem anderen Mal wieder Seite an Seite finden.

Eine andere Institution, die es Problembewirtschaftern erschwert, Gräben zu schaffen, ist die direkte Demokratie. Sie erlaubt es den Bürgern, über Initiativen einzelne Themen in der politischen Arena zur Entscheidung zu bringen. Durch diese Entbündelung werden besonders umstrittene Fragen getrennt von Wahlen entschieden, wodurch

Kandidierende, die sich bei diesen Themen extrem positionieren, weniger Aufmerksamkeit erhalten.

Eine noch wenig bekannte vereinende Kraft liegt zudem im Schweizer Wahlsystem. Der Nationalrat wie auch die kantonalen Parlamente werden im Proporz gewählt. Die resultierende breite Vielfalt an Parteien erlaubt es, die Wählerinteressen besonders gut zu repräsentieren. Gleichzeitig werden in fast allen Kantonen die Mitglieder der Exekutive im Majorz gewählt. Dies bietet gerade den Parteien an den Polen einen Anreiz, moderate Kandidierende zu nominieren, wenn sie in der Regierung vertreten sein wollen.⁴ Und entsprechend wahrscheinlicher wird eine produktive Zusammenarbeit in diesem Gremium.

Der soziale Zusammenhalt kann als eine der grundlegendsten Voraussetzungen für das friedliche und produktive menschliche Zusammenleben und eine hohe individuelle Wohlfahrt – sowohl gemessen an den materiellen Lebensverhältnissen als auch an der individuellen Lebenszufriedenheit – angesehen werden. Solch sozialer Zusammenhalt setzt ein gewisses Mass an Vertrauen unter den Mitgliedern der Gesellschaft voraus.

Sozialer Zusammenhalt bedeutet dabei jedoch nicht die Absenz von Interessengegensätzen oder

Konflikten. Wichtig ist vielmehr, dass eine Gesellschaft latente Konflikte früh erkennt und angeht, indem die Menschen die Regeln für die Konfliktbewältigung akzeptieren. Doch auch diese Regeln unterliegen notwendigerweise der Veränderung, wenn sie effektiv bleiben sollen. Denn der technologische Wandel verändert unser Zusammenleben in allen Bereichen. Den sozialen Zusammenhalt kann die Schweiz deshalb umso besser erhalten, je erfolgreicher und breiter abgestützt sie ihre Problemlösungsprozesse weiterentwickelt.

Literatur

Algan, Yann und Pierre Cahuc (2014). Trust, Growth, and Well-Being: New Evidence and Policy Implications. In: P. Aghion und S. N. Durlauf (Hrsg.). Handbook of Economic Growth, Vol. 2. San Diego: Elsevier: 49–120.

Eichenberger, Reiner, Marco Portmann, Patricia Schafer und David Stadelmann (2021). Mehrheitswahlen in Mehrpersonenvahlkreisen: Ein Schweizer Erfolgsrezept? Perspektiven der Wirtschaftspolitik 22(4): 315–329.

European Social Survey (2020). European Social Survey Round 1–10 Data. Sikt – Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research, Norway – Data Archive and Distributor of ESS Data for ESS ERIC.

OECD (2011). Perspectives on Global Development 2012: Social Cohesion in a Shifting World. Paris: OECD.

4 Siehe Eichenberger et al. (2021).



Alois Stutzer

Professor für Politische Ökonomie, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Basel



Benjamin Jansen

Doktorand, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Basel

Die Konkordanzdemokratie in der Polarisierungsspirale

Die politischen Institutionen verlangen nach Kooperation und Kompromiss. Doch die Elite widersetzt sich ihren einst selbst auferlegten Spielregeln vermehrt.

Adrian Vatter, Rahel Freiburghaus, Universität Bern

«Wir stehen zur Konkordanz» (Thierry Burkart)¹ versus «Die Konkordanz ist am Ende» (Gerhard Pfister)²: Zwanzig Jahre nach der Nichtwiederwahl von Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold (damals CVP) zugunsten eines zweiten SVP-Sitzes und vier Jahre nach der «grünen Welle» steht die Konkordanzdemokratie am Scheideweg. In unzähligen «Elefantenrunden» wurde sie schon beerdigt, totgesagt oder als reines «Machtkartell»³ verschrien. Und trotzdem unterstützt eine Mehrheit der Bevölkerung den hiesigen Demokratietyp nach wie vor.

Zur Konkordanz gezwungene Elite

«Ich bin keine Konsenspolitikerin, ich bin eine Überzeugungstäterin», liess die britische Premierministerin Margaret Thatcher bei der Übernahme des Parteivorsitzes der Tories 1979 sinngemäss verlauten.⁴ Sie ging davon aus, dass ein unbeirrtes Entstehen für die eigenen ideologischen Überzeugungen mit einem kompromissorientierten Politikstil unvereinbar sei. Just jene Kultur des gütlichen Einvernehmens war es jedoch, die die multikulturellen, kleineren Demokratien wie Belgien, Österreich, Niederlande und Schweiz in der Nachkriegszeit prägte. Die politische Elite folgte ganz bestimmten «Spielregeln»; rang allen tiefgreifenden Differenzen zum Trotz nach pragmatischen Lösungen, um den sozialen Frieden zu erhalten und die Wohlfahrt zu befördern.

Freilich, dieses konkordante Eliteverhalten war keineswegs nur selbst gewählt. Vielmehr bettete es sich in verschiedene Kerninstitutionen ein, die für die Konkordanzdemokratie ebenso charakteristisch sind: eine übergrosse Regierungskoalition, das Proportionalitätsprinzip, regionale Autonomie in Gestalt eines starken Föderalismus und Vetorechte für Minderheiten. All diesen Kerninstitutionen sind ausgeprägte Konkordanzzwänge gemein: Sie verunmöglichen eine Politik nach dem einfachen Mehrheitsprinzip und verlangen den Einbezug möglichst vieler.

Nichts illustriert die «Hochblüte» der hiesigen Konkordanzdemokratie besser als die legendäre Bundesratswahl 1959. Die Einspruchsmöglichkeiten des fakultativen Gesetzesreferendums ebenso wie das (einigermassen) proportionale Abbild des Wählerwillens im Parlament geboten Einbindung. Ansonsten drohte stets Blockade. So einigten sich die Parteiobere nach einer bewusst herbeigeführten Vierervakanz auf den Schlüssel «2:2:2:1».

Die Zauberformel war ein Elitekompromiss, um den nach Einbindung verlangenden bisherigen Kerninstitutionen der direkten Demokratie und des Verhältniswahlrechts stattzugeben. Gleichzeitig begründete sie mit der ständigen Vierparteienkoalition einen neuen, zum eigentlichen Inbegriff der Konkordanz werdenden Pfeiler. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Schweiz also unter anderem deshalb ein Extrembeispiel einer Konkordanzdemokratie, weil die politische Elite nicht nur gewillt

1 Siehe Benjamin Rosch, Patrik Müller (2023). Wie Gott aus der Schweizer Politik verschwunden ist. «Watson», 30. Juli.

2 Siehe Christoph Lenz (2020). «Sonst ist die Konkordanz am Ende». «Tages-Anzeiger», 7. Januar.

3 Siehe Forster (2022).

4 «I am not a consensus politician. I am a conviction politician.» Siehe «A Tory Wind of Change.» «Time Magazine». 14. Mai 1979.



Bundesratsreise 2022 am Rheinflall in Neuhausen SH: Hält der Bundesrat zusammen?

war, nach den Anforderungen der institutionellen Konkordanzarchitektur zu spielen, sondern weil sie überdies immer neue Formen des immerwährenden Handelns und Zusammenwirkens erprobte. Neben die Zauberformel gesellten sich etwa auch das sich verstetigende Vernehmlassungsverfahren, allerlei «runde Tische» und vermehrt «konferenzähnliche» Zusammenkünfte von Bund und Kantonsregierungen.

Der Elitenkompromiss gerät in Verruf

Je mehr die Nachkriegsidylle mit ihrem beispiellosen Wohlstand den Unsicherheiten globaler Umwälzungen wie den Wirtschaftskrisen oder dem Fall des Eisernen Vorhangs wich, desto stärker geriet die hiesige Konkordanzdemokratie unter Druck. Exemplarisch dafür stehen die dramatischen Veränderungen in der Parteienlandschaft, die ihren Ausdruck im fortschreitenden Siegeszug der Schweizerischen Volkspartei (SVP) fanden. Dieser beispiellose Aufstieg gründete in der neuen Konfliktlinie um aussenpolitische Öffnung und Abschottung, die im Schatten des sich beschleunigenden europäischen Einigungsprozesses aufbrach.

Die SVP perfektionierte rechtspopulistische Stilelemente wie das bewusste Schüren von Angst vor «dem Fremden»; sie stellte sich ausdrücklich gegen den «Filz» einer die Bedürfnisse des «einfachen Volkes» vernachlässigenden, weil nur unter sich kooperierenden Elite. Auf Druck der pazifistischen, ökologischen und feministischen neuen sozialen Bewegungen, die für basisdemokratische Ideale eintraten, geriet der lagerübergreifende Elitenkompromiss auch auf der linken Seite zunehmend in Verruf (SP, Grüne).

Vielgestaltige Polarisierungsspirale

Die Folge von alldem war und ist eine im europäischen Vergleich enorm starke Polarisierung. Sie zeigt sich einerseits in einem dreipoligen Parteiensystem (links, Mitte, rechtsbürgerlich/rechtspopulistisch). Wie politikwissenschaftliche Studien zeigen⁵, liegen die Positionen der politischen Parteien nirgendwo sonst so weit auseinander wie hierzulande. So gleicht das Profil der SP Schweiz nicht etwa ihren europäischen Schwesterparteien wie beispielsweise der deutschen SPD, sondern der postsozialistischen Partei Die Linke. Und die SVP würde im Europäischen

⁵ Siehe Bochsler, Hänggli und Häusermann (2015).

Die Bundesratsparteien sind sich bei Volksabstimmungen immer weniger einig (1941–2023)



Anmerkung: Die Abbildung zeigt den Anteil Volksabstimmungen je Legislatur mit einheitlichen Parolen aller Bundesratsparteien.

Quelle: Vatter (2020), S. 540. Aktualisiert für den Zeitraum 2020–2023 gestützt auf Daten von Swissvotes (2023) / Die Volkswirtschaft

Parlament der Fraktion «Identität und Demokratie» angehören, in der sich rechtspopulistische und nationalkonservative Kräfte wie die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) sammeln.

Andererseits schlägt sich die Polarisierung auch in den Einstellungen der Wählenden nieder. Der Anteil jener, die sich in der politischen Mitte verorten, hat sich zwischen 1995 und 2019 halbiert. Heute rechnet sich nicht einmal jeder fünfte Wähler dem Zentrum zu.⁶ SP- und SVP-Anhängerschaften begegnen einander vermehrt mit Missgunst. Das heisst: Sie sind affektiv polarisiert.

Es ergibt sich eine eigene «Polarisierungsspirale»: In der Bundesversammlung pochen die Fraktionsleitungen auf eiserne Disziplin und sanktionieren Abweichler mit Geldbussen.⁷ Das durchschnittliche Nationalratsmitglied stimmt heute in sagenhaften 97 Prozent aller Abstimmungen streng auf Parteilinie.⁸

In unserem nicht parlamentarischen System müssen die Mehrheiten fallweise gesucht werden. Doch in den Dossiers, die die eigenen Kernthemen

berühren, wählen die Parteien lieber den Alleingang – insbesondere die SVP in der Migrationspolitik. Seit der Einführung der elektronischen Abstimmungsanlage verstärkte sich dieser Parteidruck auch im Ständerat, der lange Zeit als eigentlicher «Hort der Konkordanz» galt.⁹

Die «Alle gegen die SVP»-Koalition ist auf dem Vormarsch; gleichzeitig ist die «Konkordanzkoalition», in der die vier Bundesratsparteien im Parlament ad hoc zusammenspannen, zur Seltenheit geworden. Fassten SP, Mitte, FDP und SVP in den 1950er-Jahren noch in 83 Prozent aller Volksabstimmungen dieselbe Parole, ist dieser Konkordanzindikator in der 51. Legislatur (2019–2023) auf 8,3 Prozent geschrumpft (siehe Abbildung).¹⁰ Gegenüber der eigenen Wählerschaft verkaufen die Parteien isolierte Positionsbezüge als Erfolg, indem sie über die sozialen Medien quasi in Echtzeit namentliche Abstimmungslisten in Umlauf bringen. An der Urne belohnen die Wählenden ebendiese «ideologische Standhaftigkeit» der Polparteien,

⁶ Siehe Brupbacher und Cornehlis (2023).

⁷ Siehe Bailer und Büttikofer (2015).

⁸ Siehe Smartmonitor.ch (Stand: 8. November 2023).

⁹ Siehe Benesch, Büttler und Hofer (2018).

¹⁰ Siehe Vatter (2020), S. 540. Aktualisiert für den Zeitraum 2020–2023 gestützt auf Daten von Swissvotes (2023).

wohingegen die als erfolgreiche Mehrheitsmacher agierenden Mitteparteien elektoral kontinuierlich Verluste hinnehmen müssen.

Fehlendes Gleichgewicht

Heute stehen sich also zwei gegensätzliche Handlungslogiken gegenüber: Auf der einen Seite ist die politische Elite im Parlament, zeitweise aber auch im Bundesrat, welcher der Wille zur lagerübergreifenden, pragmatischen und kooperativen Konsenssuche abhanden kam. Auf der anderen Seite wirken jedoch die starken Beharrungskräfte der von hoher intertemporaler Stabilität gekennzeichneten Konkordanzinstitutionen. Dazu zählen der Föderalismus, das starke Minderheiten veto von Ständerat bzw. Ständemehr und die direkte Demokratie ebenso wie die immer noch breit abgestützten Mehrparteienregierungen; im Bund ebenso wie in den Kantonen. Im frühen 21. Jahrhundert ist die Schweiz daher eine aus der Balance geratene Konkordanzdemokratie, die zunehmend konkurrenzdemokratischem Druck unterworfen ist.

Offen bleibt, wie die hiesige Konkordanzdemokratie mit diesem offensichtlichen Spannungsverhältnis zwischen unkonkordantem Eliteverhalten und weiterhin starke Konkordanzzwänge entfaltenden Institutionen umgeht. Weil in der Direkt-

demokratie systembedingt dem Stimmvolk die Oppositionsrolle zukommt, sind die Hindernisse für einen Wechsel zu einem parlamentarischen System bekanntlich sehr hoch, wenn auch nicht unüberwindbar. Im europäischen Vergleich gibt es nämlich durchaus Anzeichen, dass eine für den Wähler klar zuzuordnende Regierungsverantwortung die Polarisierungsspirale zu brechen vermag. Dort haben regierende Parteien, die lautes Bellen über die Problemlösung stellen, eine Abwahl zu befürchten – ganz anders als in der Schweiz.

Literatur

- Bailer, Stefanie und Sarah Bütikofer (2015).** From Loose Alliances to Professional Political Players: How Swiss Party Groups Changed. In: *Swiss Political Science Review*, Vol. 21, Issue 4, S. 556–577.
- Benesch, Christine, Monika Bütler und Katharina E. Hofer (2018).** Transparency in Parliamentary Voting. *Journal of Public Economics*, Vol. 163, S. 60–76.
- Bochsler, Daniel, Regula Hänggli und Silja Häusermann (2015).** Introduction: Consensus Lost? Disenchanted Democracy in Switzerland. In: *Swiss Political Science Review*, Vol. 21, Issue 4, S. 475–490.
- Brupbacher, Marc und Svenson Cornehl (2023).** So polarisiert ist die Schweiz – ein grafischer Überblick. Auf [Tagesanzeiger.ch](https://www.tagesanzeiger.ch), 7. Oktober.
- Forster, Christoph (2022).** Die Grünen verschieben ihren Angriff auf das «Machtkartell» um ein Jahr. Auf [NZZ.ch](https://www.nzz.ch), 18. Oktober.
- Vatter, Adrian (2020).** Das politische System der Schweiz, 4. Auflage. Baden-Baden: Nomos.



Adrian Vatter

Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Schweizer Politik und Direktor am Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern



Rahel Freiburghaus

Postdoktorandin am Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern

Der Föderalismus hält die Schweiz zusammen

Standpunkt von Markus Dieth



Markus Dieth ist Regierungsrat des Kantons Aargau (Die Mitte) und Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), Bern

In diesem Jahr haben wir 175 Jahre Bundesstaat und 175 Jahre Föderalismus gefeiert. Vieles hat sich seit der Staatsgründung verändert, einiges aber auch nicht. Damals wie heute werden immer wieder möglichst einheitliche, zentralistische Vorgaben durch den Bund als effizientere, als bessere Lösungen für die Schweiz angepriesen. Damals wie heute gilt allerdings: Dem ist nicht a priori so. Kantonale Lösungen haben oft den Vorteil, dass sie breit abgestützt und auf die vielfältigen direkten Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sind.

Es ist dieser Föderalismus, der die Schweiz zusammenhält: Er garantiert Stabilität und steht für Innovation und wirtschaftliche Stärke. Der Föderalismus ist Herz, Seele und Erfolgsrezept der Willensnation Schweiz. Er erlaubt es, Vielfalt und Eigenheiten zu pflegen und gleichzeitig Solidarität mit den anderen Landesteilen zu leben.

Nur mit einem föderalistischen System war es vor 175 Jahren überhaupt möglich, dass sich geografisch, sprachlich und kulturell höchst unterschiedliche Einheiten zu einem Bund zusammenschlossen. Die Gräben waren damals noch tiefer als heute, aber der Föderalismus machte es möglich, das gegenseitige Misstrauen zu überwinden. Wir haben gelernt, mit

Gegensätzen in unserem Land zu leben. Und nicht nur das: Die Gegensätze wurden sogar zu unserer Stärke – das sollten wir nicht leichtfertig aufgeben.

Föderalismus will gelebt werden: Wir sollten auch in der heutigen Zeit vermehrt die positiven Eigenschaften von unterschiedlichen Auffassungen und Kompetenzen herausstreichen und uns bewusst werden, dass die Vielfalt unsere Einheit stärkt.

Als Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen stelle ich immer wieder fest: Föderalismus fördert die Rücksichtnahme und den gegenseitigen Respekt. Föderalismus steht für das Verständnis, dass jedes Gemeinwesen seinen Teil zum grossen Ganzen beiträgt. Jeder Kanton und jede Gemeinde kann individuelle, auf das jeweilige Gemeinwesen zugeschnittene Lösungen finden. Föderalismus steht für die Überzeugung, dass uns die daraus resultierende Vielfalt an massgeschneiderten Lösungen so erfolgreich macht.

Innovation und Kreativität entstehen nicht aus einem Einheitsbrei.

Die Schweiz gehört zu den wettbewerbsfähigsten Nationen der Welt, unser Land bietet eine sehr hohe Lebensqualität. Der Wettbewerb zwischen 26 Kantonen um attraktive staatliche Leistungen führt zu moderaten Steuerbelastungen und zahlt sich für die Bevölkerung und die Wirtschaft aus. Auch die kulturelle Vielfalt in unserem kleinen Land trägt massgeblich zur Lebensqualität bei: Innovation und Kreativität entstehen nicht aus einem Einheitsbrei. Vielfalt in der Einheit ist kein Widerspruch, denn Harmonie bedeutet ja auch nicht Gleichklang, sondern ein Zusammenklingen verschiedenster Tonfolgen.

Wir verbinden die Schweiz

Standpunkt von Christian Plüss



Christian Plüss ist Leiter Postauto und Mitglied der Konzernleitung Post, Bern

Als sich 1906 das erste Postauto von Bern auf den Weg nach Detligen machte, deutete wenig auf die Rolle hin, die den gelben Bussen bei der Erschliessung der Schweiz bald zukommen würde. Doch nach dem Ersten Weltkrieg verfestigte sich in Bern der Wille, die bislang isolierten Alpentäler zuerst mit spektakulären Brücken zu erschliessen und dann mithilfe der Postautos an den Rest der Schweiz anzubinden.

Dieser systematische Aufbau eines schweizweiten ÖV-Netzes veränderte das Leben der Menschen in den peripheren Regionen nachhaltig. Nicht wenige zog es in die plötzlich näher gerückten Städte. Gleichzeitig brachten Tourismus und Elektrizitätswirtschaft neue Verdienstmöglichkeiten in die abgelegenen Täler. Immer im Einsatz: die Postautos.

Daran hat sich bis heute wenig geändert. Postauto ist Service public in Reinkultur. Es ist Ausdruck des politischen Willens, niemanden abzuhängen. Auch dann nicht, wenn es topografisch schwierig wird und ökonomisch auf den ersten Blick wenig Sinn ergibt.

Diese einmalige Geschichte macht uns stolz. Den Blick auf die veränderten Kundenbedürfnisse vernebeln darf sie uns nicht. Die Vierpässefahrt im Postauto bleibt ein einmaliges Erlebnis. Aber die weitaus meisten unserer Fahrgäste sind heute in die kleinen und grossen Zentren der Schweiz Pendelnde, oder sie nutzen das Postauto für ihre unterschied-

lichsten Freizeitaktivitäten. Entsprechend erwarten sie zunehmend flexible und ökologische Angebote, die auf digitalen Kanälen plan- und buchbar sind. Diesen Anforderungen wird ein leeres Diesel-Postauto, das im Stundentakt an einem verregneten Mittwochmorgen in ein kaum bewohntes Bergtal fährt, nicht mehr gerecht.

Postauto ist Ausdruck des politischen Willens, niemanden abzuhängen.

Damit der öffentliche Verkehr die Schweiz auch in Zukunft zusammenhält, muss er sich weiterentwickeln. Erstes Gebot für Postauto ist dabei die Elektrifizierung der Flotte. Zum ersten Mal hat im letzten Sommer ein elektrisch betriebenes Postauto die Strecke von Saanen über den Jaunpass bedient. Die Technologie ist da, ein fossilfreier öffentlicher Verkehr ist auch im Berggebiet möglich. Jetzt braucht es rasche und gemeinsame Schritte von Transportunternehmen, Bund und Kantonen, damit die Dekarbonisierung des Strassen-ÖV zügig vorankommt.

Effizienter und ressourcenschonender wird der ÖV auch durch digitale Rufbus-Angebote. In Appenzell Innerrhoden zeigen wir schon heute, dass ein per App buchbares Rufbus-System einen starren Taktfahrplan sinnvoll ersetzen kann. Und wer weiss? Vielleicht werden solche Angebote dereinst autonom betrieben.

Ob im Viertelstundentakt auf den Pendlerstrecken der Agglomerationen oder im Freizeitverkehr am Wochenende: Postauto – und damit der ganze öffentliche Verkehr in der Schweiz – wird auch in Zukunft seinen Beitrag leisten für den Zusammenhalt der Schweiz.

«Ich selber gehöre keiner politischen Partei an»

Den Vorwurf, politisch links zu stehen, hörten alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, sagt SRG-Generaldirektor Gilles Marchand. Die SRG berichte politisch neutral. Zudem spricht er über das seltener werdende gemeinsame Fernsehen und darüber, wer wir wirklich sind.

Interview: Guido Barsuglia, Virginie Parotte, Die Volkswirtschaft

Herr Marchand, was verbindet die Schweiz mehr: der Gotthardtunnel oder Roger Federer?

Roger Federer. Er weckt bei uns allen Emotionen. Seine Persönlichkeit sowie seine Art, mit anderen Menschen zu interagieren, damit identifizieren sich Schweizerinnen und Schweizer gerne. Er ist ein Spiegelbild der Schweiz.

Findet sich in diesem Spiegelbild die schweizerische Identität?

Die Identität der Schweiz besteht zu einem grossen Teil daraus, Vielfalt zu akzeptieren. Die Schweiz ist sehr gut darin, zu sagen, was sie alles nicht ist: Wir sagen gern, dass wir keine Franzosen, aber auch keine Deutschen und keine Italiener sind. Die Protestanten betonen, dass sie keine Katholiken sind, und umgekehrt. Zudem sind wir weder hundert Prozent urban – noch ausschliesslich Bergler. Anders die Programme der SRG. Sie tragen dazu bei, zu sagen, wer wir wirklich sind.

Wie machen Sie das?

Wir erklären, was die anderen tun und wer die anderen sind. Es ist eine Art, zu sagen, wer und was wir selber sind. Darin liegt übrigens das Paradox unseres Service-public-Auftrags: die Vielfalt pflegen und gleichzeitig Menschen zusammenbringen.

Sie müssen also das Gleichgewicht zwischen Gemeinsamkeiten und Vielfalt finden?

Die richtige Definition unseres Service public umfasst genau diese Suche nach dem Gleichgewicht. In der Schweiz findet man dieses eigentlich immer, auch wenn es sich dafür jeweils erst einpendeln muss.

Wieso sollte sich das Tessin für die Sankt Galler Landwirtschaftsmesse Olma interessieren?

Die Menschen im Tessin müssen davon gehört haben. Das heisst nicht, dass sie die Messe jedes Jahr besuchen sollen. (lacht) Die Öffentlichkeit im Tessin interessiert sich für den Bundesrat, der bei der Eröffnung der Olma ein Säuli im Arm hält, oder für die Tessiner Aussteller, die dort ihre landwirtschaftlichen Produkte präsentieren. Einer unserer Aufträge besteht darin, über wichtige Ereignisse in den anderen Landesteilen zu berichten.

Gibt es ein Sendeformat, das die ganze Schweiz interessiert?

Die Hauptausgaben der Nachrichten, in der Deutschschweiz ist das die «Tagesschau» und in der Romandie «19:30». Dann die Sportübertragungen und Schweizer Serien, die wir koproduzieren und in die Landessprachen übersetzen. Punktuell produzieren wir gemeinsame Sendungen für alle vier Regionen wie kürzlich anlässlich des Eidgenössischen Volksmusikfests in Bellinzona. Was viele jedoch nicht wissen: Beiträge, die von den Redaktionen unserer Regionalstudios produziert werden, kommen in

Generaldirektor Gilles Marchand am SRG-Hauptsitz in Bern:
«Die Schweiz diskutiert sehr gerne ihren Service public, und
wir sind bereit, uns auf diese Diskussion einzulassen.»



einen gemeinsamen Pool und werden oft in den anderen Sprachregionen wiederverwendet, mit einem übersetzten und angepassten Kommentar.

Früher schaute man die «Tagesschau» jeweils im Kreis der Familie. Ist das heute immer noch so?

Das gemeinsame Erlebnis vor einem einzigen Bildschirm verliert an Bedeutung, ausser beim Sport. Heutzutage werden Fernsehsendungen oft allein geschaut und hinterher gemeinsam diskutiert. Die SRG erfüllt ihren Auftrag, wenn sie die demokratische und gesellschaftliche Debatte fördert.

Für dieses Ziel müssen Sie Ihre Zielgruppen kennen. Wer sind diese?

Gemäss unserem Auftrag richten wir uns an die gesamte Bevölkerung. Wir fokussieren nicht auf eine spezifische Zielgruppe, mit Ausnahme der jungen Leute, mit denen wir den Kontakt halten wollen. Jede Woche stehen wir in direktem Kontakt mit 83 Prozent der Schweizer Bevölkerung. Das zeigt, dass unsere Sendungen alle Gruppen erreichen.

Wer sind die verbleibenden 17 Prozent?

Das ändert je nach Zeitraum und Programm. Es sind natürlich nicht immer dieselben 17 Prozent betroffen. Wir bemühen uns, irgendwann alle anzusprechen.

Richten Sie Ihr Programm am Ausbildungsniveau Ihres Publikums aus oder danach, ob es eher in der Stadt oder auf dem Land lebt?

Wir wissen, dass bestimmte Sendungen anspruchsvoller sind als andere oder dass sie eher ein jüngeres oder ein traditionelleres Publikum ansprechen. Wir versuchen, mit unserem Angebot das gesamte Altersspektrum abzudecken. Wir achten aber auch auf die soziokulturellen Vorlieben unseres Publikums. Die Reisefreudigen interessieren sich mehr für internationale Fragen; ihr Medienverhalten unterscheidet sich von jenem anderer, die eher in der nationalen Realität verankert sind.

Wie sprechen Sie junge Menschen an?

Indem wir Narrative entwickeln, die sie interessieren. Und indem wir diese auf den Kanälen verbreiten, die sie nutzen: Tiktok, Instagram, Facebook, Youtube. Dank diesen ergänzenden Kanälen können wir mit

unseren Marken, Sendungen und Inhalten mit den Jungen in Kontakt treten. Dies, um sie später auf unsere Sender zu führen, wo sie unser restliches Angebot entdecken.

In der Schweiz haben 40 Prozent der über 15-Jährigen einen Migrationshintergrund; ein Viertel der Bevölkerung hat keinen Schweizer Pass. Ist die SRG eine Schweizermacherin?

Wir sind Vermittler. Wer unsere Sendungen schaut oder hört, kann den Puls des Landes fühlen. Unser breiter Service public deckt verschiedene Bereiche ab und hilft so, zu verstehen, wie die Schweiz funktioniert.

«Wir sind Vermittler. Wer unsere Sendungen schaut oder hört, kann den Puls des Landes fühlen.»

Kürzlich durchgeführte Umfragen in der Westschweiz und im Tessin ergaben ein nicht gerade positives Urteil über die SRG. In diesen Regionen nimmt die Nutzung ausländischer Medien zu. Wie reagiert die SRG darauf?

Ich weiss nicht, auf welche Umfrage Sie anspielen. Es gibt so viele! Ich beobachte jedoch, dass die Ausgangslage am Markt in den drei Regionen unterschiedlich ist. In der Deutschschweiz ist die Konkurrenz viel grösser, da es hier neben der SRG zahlreiche Deutschschweizer Privatsender gibt wie beispielsweise TV24 oder 3+. In der Westschweiz gibt es mehr Platz für ausländische Sender.

Die Deutschschweiz quersubventioniert das SRG-Angebot der anderen Sprachregionen. Sind sich alle regionalen SRG-Sender dessen bewusst?

Die anderen Regionen sind sich dessen sehr bewusst. Gemäss dem «Helvetia-Schlüssel» und angesichts ihrer Grösse erwirtschaftet die Deutschschweiz rund 70 Prozent der SRG-Einnahmen und behält rund 40 Prozent davon. Der Rest wird auf die anderen Regionen verteilt, hauptsächlich auf die italienischsprachige Schweiz. Dieses Ausgleichssystem verstärkt die Legitimität der SRG,



da es ein gleichwertiges Angebot in allen Sprachregionen ermöglicht.

Kritiker behaupten, die SRG verdränge die privaten Medien. Wo liegt das Gleichgewicht zwischen der SRG und privaten Anbietern, damit der Wettbewerb beide Seiten bereichert?

Bei den Werbeeinnahmen konkurrenzieren wir den Privatsektor kaum. Da wir im digitalen Bereich keine Einkünfte aus Werbung generieren dürfen, bleiben uns nur die Fernsehwerbung und ein wenig beim Radio. 15 Jahre lang wurde vor allem die Werbung kritisiert; heute trifft die Kritik in erster Linie die Verbreitungskanäle der Inhalte. Einige Herausgeber von Printmedien sind der Ansicht, wir hätten zu gut laufende – und zudem kostenlose – digitale Angebote. Doch dieses Angebot ist ja nicht gratis. Man muss Gebühren bezahlen, um Zugang zu erhalten.

Aber eben, diese Gebühren sind doch für alle obligatorisch ...

Es wurde noch nicht belegt, dass ein öffentlich-rechtliches Informationsangebot auf einer digitalen Plattform jemanden davon abhält, für ein privates Angebot zu zahlen. Ganz im Gegenteil. Eine Untersuchung der norwegischen Regulierungsbehörde zeigt: Je mehr qualitativ hochwertige Informationsangebote der norwegische Service public entwickelte, desto grösser war das Interesse an Informationen, und umso mehr Abonnements verkauften die privaten Medien. Es ist also zu kurz gegriffen, zu behaupten, die Situation der privaten Akteure würde sich zwangsläufig verbessern, wenn man die SRG verkleinert. Da spielen viele Parameter mit.

Könnte man nicht wenigstens die teuren Sportübertragungen den Privatsendern überlassen?

Der Sport bringt die Schweizer zusammen. Daher liegt es uns sehr am Herzen, die Sportsendungen allen Regionen zugänglich zu machen. Doch die Übertragungsrechte im Sport hängen von einem internationalen Markt mit extrem hohen Preisen ab. In der Schweiz ist es deshalb fast unmöglich, den Sport über Werbung oder Pay-per-View zu finanzieren. Neben der SRG können nur Swisscom und Sunrise die Übertragungsrechte erwerben. Wenn wir auf die Übertragung von Sportereignissen verzichten würden, wäre es für die kleineren Regionen sehr schwierig, weiterhin Zugang zu haben. Wieso sollten wir es Tessinern oder Genfern verwehren, mit unserer Nationalmannschaft mitzufiebern?

Was ist mit den Filmen?

Der Kauf eines Films oder einer Serie kostet zwischen 100 und 150 Franken pro Minute. Das Drehen eines Films oder einer Serie hingegen kostet in der Schweiz zwischen 12'000 und 20'000 Franken pro Minute. Daher kaufen wir Produktionen ein, überdies oft von hervorragender Qualität, um das Publikum zu binden und es dann dazu zu bringen, auch unsere Eigenproduktionen zu schauen. Diese meist europäischen Produktionen ergänzen die koproduzierten Schweizer Filme sehr gut.

Der Bundesrat setzt sich aus verschiedenen Parteien zusammen, gemäss Zauberformel.

Gibt es eine ähnliche Regel für die SRG?

Nein, überhaupt nicht. Die Leiter unserer Unternehmenseinheiten werden ausschliesslich aufgrund ihrer professionellen Kompetenzen ausgewählt. Ich selber gehöre keiner politischen Partei an.

«Der Sport bringt die Schweizer zusammen.»

Matthias Aebischer, früherer Fernsehjournalist, und Ueli Schmezer, ehemals Moderator der Sendung «Kassensturz», zwei Aushängeschilder von SRF, haben für die SP kandidiert. Ist die SRG politisch links zu verorten?

Diese Kritik wird schon lange vorgebracht und betrifft alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Europa, insbesondere die BBC oder France Télévisions. Die SRG ist politisch neutral, insbesondere bei der Information zu Wahlen und Abstimmungen. Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung der Universität Zürich zeigt beispielsweise, dass die Westschweizer RTS und SRF bei der Berichterstattung zu Initiativen und Referenden genau in der Mitte des politischen Spektrums stehen. Oder nehmen Sie den jüngsten Jahresbericht des Instituts Reuters. Dieser misst das Vertrauen in die Medien. Er belegt, dass die Öffentlichkeit RTS und SRF viel Vertrauen schenkt, obwohl das Vertrauen in die Medien im Allgemeinen schlecht ist.

««No Billag» wollte die SRG abschaffen. Die aktuelle Initiative strebt die Halbierung des SRG-Budgets an. Das käme einer Zerschlagung des Unternehmens gleich.»

2018 lehnte die Bevölkerung die «No Billag»-Initiative mit über 70 Prozent der Stimmen ab. Im Jahr 2026 stimmen wir voraussichtlich über die Initiative «200 Franken sind genug!» ab. Warum schon wieder eine Gebührenabstimmung?

«No Billag» wollte die SRG abschaffen. Die aktuelle Initiative strebt die Halbierung des SRG-Budgets an. Das käme einer Zerschlagung des Unternehmens gleich. Die Schweiz diskutiert sehr gerne ihren Service public, und wir sind bereit, uns auf diese Diskussion einzulassen. Ich finde es jedoch nicht sehr glücklich, den Service public zu einem Zeitpunkt weiter zu schwächen, da sich der Mediensektor in einer wirklich schwierigen, um nicht zu sagen katastrophalen Situation befindet: Alle Medienhäuser entlassen Mitarbeitende, wir erleben eine Flut an

Fake News und werden von einer Mainstreamkultur überrollt. Nur ein solides nationales Medienunternehmen, das in seinem Kulturraum verankert ist, kann dagegenhalten.

Zurzeit verfügt die SRG – das grösste Medienunternehmen der Schweiz – über ein Jahresbudget von 1,57 Milliarden Franken.

Der Bundesrat hat nun vorgeschlagen, die Gebühr auf 300 Franken zu senken, was für die SRG eine Budgetkürzung von 10 Prozent bedeutet. Ist das zu bewältigen?

Nach unseren Berechnungen entspricht das einer Kürzung von 18 Prozent. Gleichzeitig steht die SRG vor anderen grossen Herausforderungen wie dem massiven Einbruch der Werbeeinnahmen und dem wegfallenden Teuerungsausgleich. Man muss bei solchen Kürzungen immer nach dem kollektiven Interesse fragen. Dient diese Massnahme dazu, den privaten Wirtschaftssektor bei dessen Ent-

wicklung zu unterstützen? Oder ermöglicht sie eine Qualitätsverbesserung? Natürlich: Die Gebührenrechnung der Haushalte wird damit um 2.90 Franken pro Monat sinken. Im Gegenzug gehen aber Hunderte von Stellen verloren und werden Produktionen verschwinden. Die Bevölkerung muss sich diese Konsequenzen gut überlegen, wie schon bei der «No Billag»-Initiative.

Ist es somit eigentlich gut für Sie, die Bedeutung der SRG erneut zu diskutieren?

Information ist ein Gemeingut, das für die Bürgerinnen und Bürger ebenso wichtig ist wie eine Grundinfrastruktur. Wir brauchen ein funktionierendes Mediensystem, damit das Land funktionieren kann. Ich halte es für sehr gefährlich, die Qualität der öffentlichen Diskussion in einer direkten Demokratie wie der Schweiz einzuschränken. Daher ist es wirklich extrem wichtig, dass wir darüber sprechen.

Gilles Marchand

Der 62-Jährige ist seit 2017 Generaldirektor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG). Er war für die Tageszeitung «Tribune de Genève» und für Ringier Romandie tätig, bevor er 2001 zu Télévision Suisse Romande (TSR) kam. Gilles Marchand studierte Soziologie an der Universität Genf.

Das Medienunternehmen SRG produziert und verbreitet audiovisuelle Programme in den vier Sprachregionen der Schweiz. Der Hauptsitz befindet sich in Bern. Die SRG beschäftigt fast 6960 Mitarbeitende (5518 Vollzeitäquivalente).



Wenn die Kaufkraft sinkt, wird das Leben teurer:
Ein Kunde auf dem Markt für Weihnachtsbäume.

Weshalb ist die Kaufkraft heute ein Politikum?



Daniel Kaufmann ist Professor für Angewandte Makroökonomie an der Universität Neuenburg und Research Fellow bei der KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich.

Herr Kaufmann, was versteht man unter Kaufkraft?

Die sinnvollste Definition ist aus meiner Sicht: Wie viel kann eine Person mit ihrem frei verfügbaren Einkommen sparen oder konsumieren? Das Bundesamt für Statistik berechnet dieses Konzept unter dem Begriff «verfügbares Äquivalenzeinkommen».

Wie wird die Kaufkraft gemessen?

Zuerst zählt man alle Einkommen zusammen – darunter Löhne, Dividenden oder Renten. Danach zieht man obligatorische Ausgaben ab – wie etwa Steuern oder obligatorische Krankenkassenprämien. Die Differenz entspricht dem verfügbaren Einkommen in Franken. Schliesslich muss man die Einkommensentwicklung um die Teuerung bereinigen. Denn steigen die Preise, kann man mit demselben Frankenbetrag weniger kaufen.

Macht es Sinn, dass die Krankenkassenprämien nicht in der Inflationsmessung enthalten sind?

Ja, aus drei Gründen. Erstens werden die Preise für Medikamente und Gesundheitsdienstleistungen im Landesindex der Konsumentenpreise – abgekürzt LIK – berücksichtigt. Zweitens steigen die Prämien vor allem aufgrund einer Mengenausweitung an, nicht aufgrund von Preiserhöhungen. Wir würden somit die Teuerung überschätzen, wenn wir die Prämien direkt in den LIK aufnehmen würden. Drittens werden die

Krankenkassenprämien der obligatorischen Grundversicherung in der Statistik des verfügbaren Äquivalenzeinkommens bereits herausgerechnet. Wichtig ist: Der LIK misst die Preisentwicklung. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen misst die Kaufkraft.

Wird das Thema Kaufkraft zu Recht stark politisiert?

Es ist ein wichtiges Thema. Die Kaufkraft misst, wie stark die Bevölkerung vom Wirtschafts- und Politiksystem profitiert. Sie wird von einer Vielzahl von politischen Entscheidungen beeinflusst: zum Beispiel von der Teuerung – Stichwort Geldpolitik –, den Steuern – Stichwort Fiskalpolitik –, den Renten – Stichwort Sozialpolitik – oder den Krankenkassenprämien – Stichwort Gesundheitspolitik. Zudem gibt es auch grosse Unterschiede zwischen den Bevölkerungsschichten. In der Schweiz betrug das verfügbare monatliche Einkommen im Jahr 2020 im untersten Fünftel der Einkommensverteilung knapp 1700 Franken – im obersten Fünftel 8500 Franken. Geschätzt wird, dass zwischen 2000 und 2020 das teuerungsbereinigte verfügbare Einkommen pro Jahr um etwa 0,6 Prozent gestiegen ist. Im untersten Fünftel der Einkommensverteilung ging die Kaufkraft jedoch leicht zurück.

Löhne sind ein wichtiger Bestandteil der Kaufkraft. Wie entwickeln sich Reallöhne in Zeiten hoher beziehungsweise niedriger Inflation?

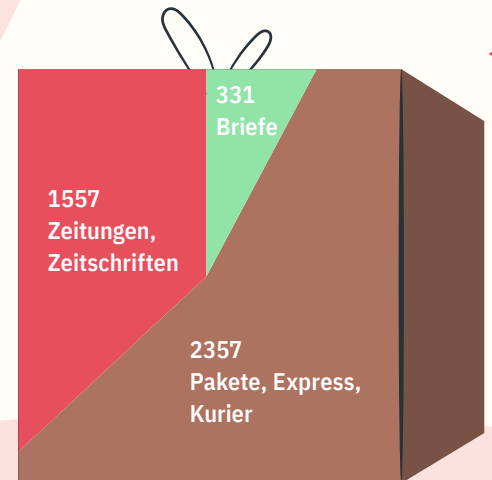
In den letzten fünfzig Jahren sind die Reallöhne im Durchschnitt um 0,5 Prozent pro Jahr gestiegen. Phasen mit überraschend hoher Inflation, wie nun in den Jahren 2022 und 2023, gingen jedoch oft mit Reallohnrückgängen einher. Die Daten zeigen auch, dass solche unerwarteten Inflationsschübe nachträglich selten vollständig kompensiert werden. Zu hohe Inflation ist also ein wichtiger Grund für Kaufkraftverluste – wenn auch nicht der einzige.

Interview: «Die Volkswirtschaft»

Weihnachten: Wer befördert all die Päckli und Briefe?

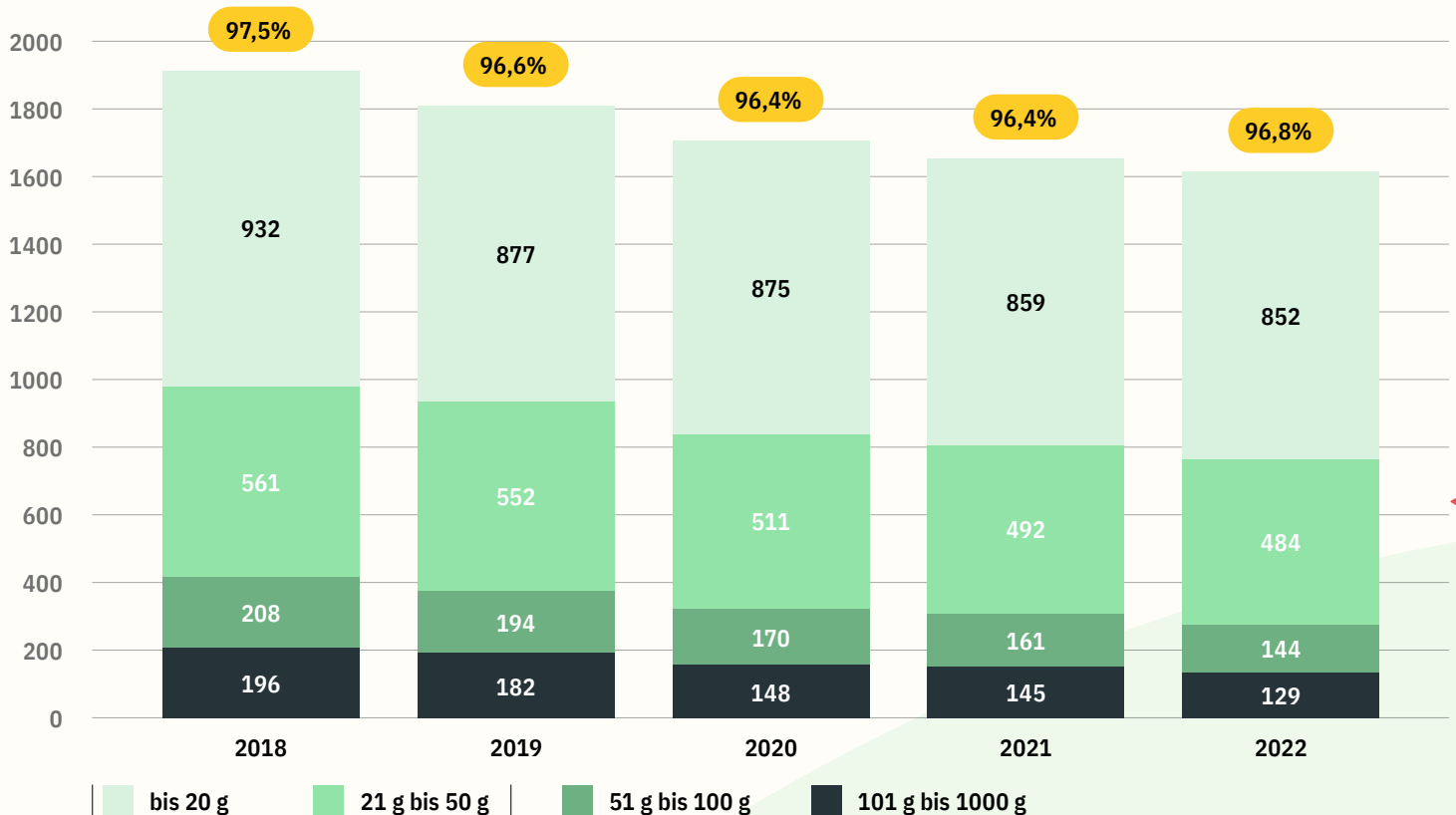
Über 218 Postdienstleister in der Schweiz kümmern sich um den Transport und die Zustellung von Briefen, Paketen, Zeitungen und Zeitschriften. Die Schweizerische Post ist nur einer davon. Wer sind die anderen, und wie hoch sind ihre Marktanteile?

Paketpost generiert den höchsten Umsatz auf dem schweizerischen Postmarkt (in Mio. Franken)



Zahl der Briefe sinkt kontinuierlich

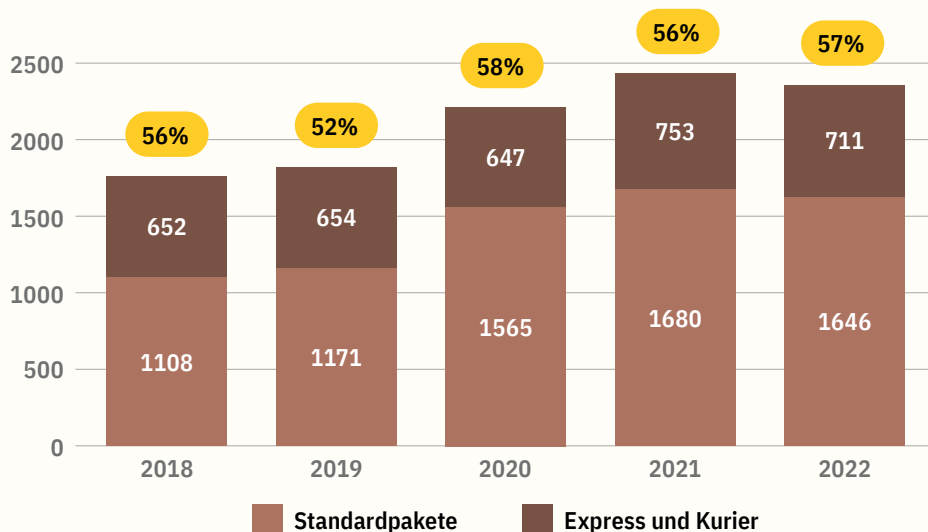
Aufteilung der inländischen Briefsendungen der Post nach Gewichtskategorien 2018–2022, in Millionen Sendungen



Dieser Bereich ist der Schweizerischen Post vorbehalten. Sie hat ein Monopol auf Briefe bis 50 Gramm.

Kurier-, Express- und Paketversand legen zu

Entwicklung des Umsatzes, 2018–2022, in Millionen Franken



Umsatzanteil der Schweizerischen Post (in beiden Grafiken).

Marktanteile

Mit einem Gesamtmarktanteil (Umsatz) von 96,4 Prozent im Jahr 2022 ist die Schweizerische Post weiterhin die Nummer eins im Briefmarkt, vor Quickmail aus St. Gallen, der wichtigsten Konkurrentin.

Bei nationalen Standardpaketen bis 20 kg halten die privaten Anbieterinnen 2022 jedoch bereits einen Marktanteil von 20 Prozent des Umsatzes. Die grössten der 218 Unternehmen in diesem Segment nach der Schweizerischen Post sind: DPD, DHL und Planzer.



Wo hat die Schweizerische Post noch ein Monopol?

Nach mehreren Marktöffnungsschritten im Paket- und Briefmarkt verfügt die Post seit 2009 noch über ein Restmonopol für Inland- sowie für Importbriefe bis 50 Gramm. Der Paketmarkt ist seit Anfang 2004 vollständig liberalisiert.

Die weibliche Perspektive auf den Arbeitsmarkt

Die Harvard-Ökonomin Claudia Goldin hat den diesjährigen Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten. Sie ist die erste Frau, die den Preis nicht mit anderen teilen muss. Goldin untersucht den Arbeitsmarkt auf geschlechterspezifische Unterschiede.

Gudrun Sander, Theresa Goop, Universität St. Gallen

Frauen haben einen immer grösseren Anteil am Erwerbsleben – auch in der Schweiz. Betrug die Erwerbsquote von 25- bis 39-jährigen Frauen 1991 noch 72 Prozent, so sind es 2022 schon 87 Prozent, Tendenz steigend. Doch diese Entwicklung ist nicht immer linear verlaufen: Vor der Industrialisierung war der Anteil Frauen an der Erwerbsarbeit bereits ähnlich hoch wie jener der Männer, ist dann aber allmählich gesunken.

Zu dieser Erkenntnis kommt die diesjährige Nobelpreisträgerin Claudia Goldin in einer ihrer zahlreichen Studien. Bis dahin waren solche Aussagen nicht möglich, weil Frauen in den Daten der nationalen statistischen Ämter in erster Linie als «Ehefrau» markiert waren.¹ Goldins Verdienst ist denn auch ihr Beitrag zur Schaffung neuer Datensätze, die zuvor in der Wirtschaftswissenschaft unsichtbar waren. Dazu gehören insbesondere Daten, die das Arbeitsverhalten von Frauen analysieren.² So hat sie zum Beispiel aufgezeigt, wie und warum sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern über die Jahrzehnte verändert haben.

Auch andere wichtige Zusammenhänge konnte Goldin mit neuen Forschungsfragen und der Auswertung von umfassenden und neuen Datensätzen aufzeigen. Zum Beispiel die Auswirkungen der Antibabypille auf die Beteiligung von Frauen im Arbeitsmarkt: Dabei fand sie, dass Frauen durch die Einführung der Pille nicht nur eine sichere Ver-

hütungsmethode hatten, sondern ebenso die Kontrolle über ihre berufliche Entwicklung gewonnen hatten. Als ab 1970 auch unverheiratete Frauen in den USA Zugang zur Pille bekamen, begannen sie in grosser Anzahl zu studieren. Waren 1970 noch 10 Prozent der medizinischen Abschlüsse sowie 5 Prozent der juristischen und MBA-Abschlüsse von Frauen, betrug dieser Anteil 1980 bereits rund ein Drittel.³ Frauen konnten mit der Pille Mutterschaft und Heirat hinauszögern und in ihre Karriere investieren.

Hartnäckige Rollenbilder

Goldins Forschung trägt damit zu einem umfassenderen Verständnis der Arbeitsmarktdynamik bei und zeigt, wie wichtig Daten sind, um diese Dynamik zu verstehen. So mahnen etwa in der Schweiz Forscherinnen seit Jahrzehnten an, dass Informationen zu der überwiegend von Frauen ausgeführten unbezahlten Care-Arbeit fehlen oder bei Analysen zu wenig berücksichtigt werden.⁴ Solche Daten könnten beispielsweise aufzeigen, wie sich die meist von Frauen geleistete Betreuung der Kinder auf die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern auswirkt. Geschlechtsspezifische Rollenerwartungen und Vorurteile tragen zudem dazu bei, dass das Arbeitspotenzial der Frauen auch in der Schweiz nicht optimal ausgeschöpft wird.

1 Siehe Goldin (1994).

2 Siehe Goldin (1990).

3 Siehe Goldin und Katz (2002).

4 Siehe beispielsweise die durch die fehlenden Daten erschwerte Entwicklung der «Care-Ökonomie», die in der Schweiz von Ökonomin Mascha Madörin geprägt wird.

Vorurteile mindern die Einstellungschancen von Frauen: Sobald das Vorspielen für eine Stelle hinter einem Vorhang stattfand, stieg der Frauenanteil im Orchester, wie eine Studie von Goldin zeigt.



In Zeiten des Fachkräftemangels ist dies ökonomisch fatal. Denn das Vorurteil, dass vor allem Mütter Care-Arbeit leisten sollten, die damit verbundenen ungenügenden externen Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie die steuerlichen Fehlanreize⁵ schränken die Wahlfreiheit der Frauen am Arbeitsmarkt ein. Das hat Folgen im Sinne von verpassten Karriereschritten, tieferen Löhnen und kleineren Renten.

Claudia Goldin hat durch ihre beeindruckende historische Perspektive beleuchtet, wie die Entwicklung der Frau in der Arbeitswelt voranschreitet. Sie beschreibt sie als eine fortlaufende «Evolution», die in einer «stillen Revolution» mündete. Von passiven Akteurinnen entwickelten sich Frauen zu aktiven Mitentscheiderinnen im Haushalt.⁶ Goldins chronologische Darstellung rückt weibliche Arbeitskräfte in den Fokus und ist damit ein einzigartiger Beitrag in der Wirtschaftswissenschaft.

Diese «stille Revolution», wie Goldin sie bezeichnet, ist auch in der Schweiz noch immer im Gange. So haben sich die Familienmodelle seit 1970 stark verändert: Damals waren noch drei Viertel der Familien mit kleinen Kindern in einer traditionellen Rollenverteilung organisiert, in welcher der Vater Vollzeit arbeitete, die Mutter nicht erwerbstätig und ausschliesslich für die Betreu-

ungs- und Hausarbeit zuständig war. Heute ist dieser Anteil je nach Alter der Kinder auf 12 bis 19 Prozent geschrumpft.⁷ Umgekehrt haben seit 2010 die Familienmodelle «Vater Vollzeit/Mutter 50–89%», «beide Teilzeit» und «beide Vollzeit» um mehr als 12 Prozent zugenommen.⁸ Und dieser Trend geht weiter. Doch damit sind noch nicht automatisch eine Gleichverteilung von Macht- und Führungspositionen und eine entsprechende Lohn-gleichheit am Arbeitsmarkt verbunden.

Der Gender-Pay-Gap

Wie Goldin nämlich in ihren neuesten Forschungsergebnissen zeigt, belohnt der Arbeitsmarkt vor allem überlange Arbeitszeiten und Präsenzen – etwas, das Mütter häufig nicht leisten können, ausser sie haben einen Partner, der ihnen die Haus- und Betreuungsarbeit abnimmt. Der bestehende Gender-Pay-Gap würde sich verkleinern oder sogar schliessen, wenn Überzeit und Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit nicht überproportional vergütet würde. Goldin argumentiert deshalb, dass Überstunden und Anwesenheit zu bestimmten Zeiten, die in einigen Branchen erforderlich sind, um die Karriereleiter zu erklimmen, die grössten Hindernisse darstellen, um die Gehaltslücke zu schliessen.⁹ Betrachtet man in der Schweiz zum Beispiel den Anteil Frauen in Führungspositionen, fällt auf, dass besonders in der Finanzbranche der Weg an die Spitze für Frauen sehr steinig ist. Die berühmte gläserne Decke ist bei den Banken um 60 Prozent dicker als in der Industrie oder in der Pharmabranche (siehe Kasten).¹⁰

Goldin zeigt in ihrer Forschung eindrucksvoll auf, wie tief verwurzelte Vorurteile die Einstellungschancen von Frauen beeinträchtigen können. So beispielsweise weil von jungen Frauen im gebärfähigen Alter angenommen wird, dass sie Kinder bekommen könnten und dann weniger zuverlässig und karriereorientiert sind als gleichaltrige Männer. In einer Studie hat Goldin den Effekt von «Blind Auditions» in einem amerikanischen Orchester getestet: Sobald das Vorspielen für eine Stelle hinter einem Vorhang stattfand und somit das Geschlecht nicht mehr erkennbar war, stieg der Frauenanteil im Orchester.¹¹

Der Gender Intelligence Report 2023

Das Kompetenzzentrum für Diversity und Inklusion (CCDI) ist Teil der Forschungsstelle für Internationales Management an der Universität St. Gallen. Jährlich veröffentlicht das CCDI gemeinsam mit dem Unternehmensverband für Geschlechtergleichstellung Advance den Gender Intelligence Report. Dabei werden auch verschiedene Branchen miteinander verglichen, und es zeigen sich dabei grosse Unterschiede. So kommen zum Beispiel Frauen in der Industrie oder in der Pharmabranche leichter an die Spitze als bei Banken oder Unternehmensberatungen. Die Industrie hat zwar immer noch einen sehr kleinen Anteil an Frauen, aber ein grosser Teil

dieser wenigen Frauen schafft es in höhere Führungspositionen. Das gut zwanzigköpfige Team des CCDI forscht im Bereich Führung, Diversity, Equity und Inclusion. Es führt Lohnanalysen und branchenspezifische Benchmarkstudien durch und bietet Organisationen gezielte Unterstützung, Beratung sowie Trainings rund um das Thema Inklusion, Chancengerechtigkeit, Unconscious Bias und Antirassismus an. Im Juni 2023 wurde zudem die grösste Datensammlung zu den Ergebnissen der Lohnvergleichsanalysen in Schweizer Unternehmen im Auftrag des Schweizerischen Arbeitgeberverbands veröffentlicht.

Inklusive Arbeitskulturen

Goldins Forschung verdeutlicht die Notwendigkeit, solche Vorurteile aktiv zu bekämpfen, um eine gerechtere und inklusivere Arbeitsumgebung zu schaffen. Damit auch in der Schweiz Frauen ihr Potenzial auf dem Arbeitsmarkt entfalten können und sich der «Gender Pay Gap» schliesst, braucht es einerseits institutionelle Änderungen in den Unternehmen und in der Politik. Dazu gehören etwa flexiblere Arbeitsmodelle, bezahlbare Kinderbetreuung und Anpassungen beim Steuersystem, beispielsweise eine Individualbesteuerung. Andererseits sind wir alle gefordert, unsere unbewussten Vorurteile zu reflektieren und auch Frauen als potenzielle Karrierefrauen und Männer als Väter zu sehen.¹² Und zu guter Letzt ist wohl eine Anpassung der Arbeitskultur und der erwarteten Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit der Arbeitnehmenden notwendig. Denn wie Claudia Goldin festhält, sind die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede am Arbeitsmarkt heute massgeblich der zeitlichen Verfügbarkeit und der Tatsache, Kinder zu haben, geschuldet.

Literatur

- Advance – Gender Equality in Business (2022).** Gender Intelligence Report 2022.
- Advance – Gender Equality in Business (2023).** Gender Intelligence Report 2023.
- Bütler, M. (2006).** Arbeiten lohnt sich nicht – ein zweites Kind noch weniger.
- Bundesamt für Statistik (2021a).** Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (Sake).
- Bundesamt für Statistik (2021b).** Familien in der Schweiz. Statistischer Bericht 2021. Neuenburg, 11. Mai.
- Goldin, C. (1990).** Understanding the Gender Gap: An Economic History of American Women. National Bureau of Economic Research.
- Goldin, C. (1994).** The U-shaped Female Labor Force Function in Economic Development and Economic History.
- Goldin, C. und C. Rouse (2000).** Orchestrating Impartiality: The Impact of «Blind» Auditions on Female Musicians. *American Economic Review*, 90 (4): 715–741.
- Goldin, C. und L. Katz (2002).** The Power of the Pill: Oral Contraceptives and Women's Career and Marriage Decisions. *Journal of political Economy*, 110(4), 730–770.
- Goldin, C. (2006).** The Quiet Revolution That Transformed Women's Employment, Education, and Family. *American Economic Review*, 96 (2): 1–21.
- Goldin, C. (2014).** A Grand Gender Convergence: Its Last Chapter. *American Economic Review*, 104 (4): 1091–1119.

- 5 Siehe Bütler (2006).
- 6 Siehe Goldin (2006).
- 7 Siehe Bundesamt für Statistik (2021a).
- 8 Siehe Bundesamt für Statistik (2021b).
- 9 Siehe Goldin (2014).
- 10 Gemeint ist hier der Glass Ceiling Index, das heisst die Hürde für den Aufstieg in das mittlere und obere/oberste Kadern. Siehe Advance (2022).
- 11 Siehe Goldin und Rouse (2000).
- 12 Siehe Advance (2023).



Gudrun Sander

Professorin für Betriebswirtschaftslehre mit besonderer Berücksichtigung des Diversity Management sowie Co-Direktorin Competence Centre for Diversity & Inclusion, Forschungsstelle für Internationales Management, Universität St. Gallen



Theresa Goop

Doktorandin und Leiterin Lohnanalysen am Competence Centre for Diversity & Inclusion, Forschungsstelle für Internationales Management, Universität St. Gallen

Wie die Schweiz vom Abbau der Industriezölle profitiert

2024 schafft die Schweiz Zölle auf Importe von Industriegütern ab. Wirtschaft und Konsumenten werden dadurch um rund 600 Millionen Franken jährlich entlastet. Hinzu kommen administrative Erleichterungen.

Thomas A. Zimmermann, Seco

Zölle haben hierzulande eine lange Tradition¹: Bereits zu Zeiten des Römischen Reiches wurde in weiten Teilen der heutigen Schweiz die «Quadragesima Galliarum», die Vierzigstel-Steuer (= 2,5%) der gallischen Provinzen, erhoben. Auch später hatten die Zollerträge eine hohe fiskalische Bedeutung für Landesherren, Städte und Kantone. Nachdem die Kompetenz, Zölle zu erheben, im Zusammenhang mit der Gründung des Bundesstaates von den Kantonen auf den Bund übergegangen war, machten die Zölle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeitweise bis zu drei Viertel der Bundeseinnahmen aus.

Zölle im Wandel

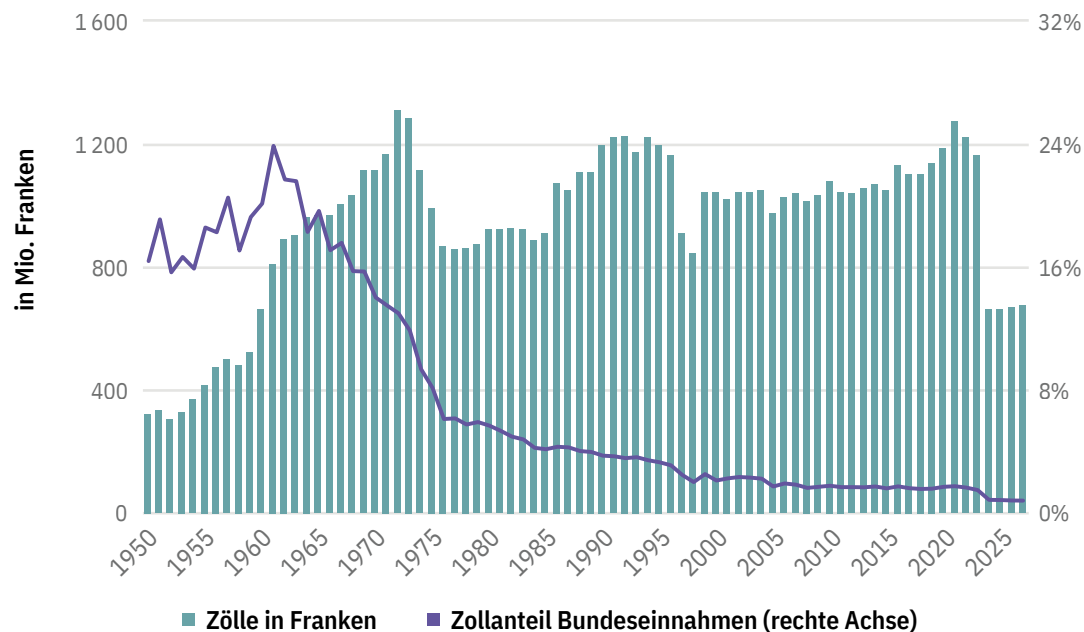
Ab den 1960er-Jahren ging die Bedeutung der Zolleinnahmen für den Bund nach und nach zurück. Die Hauptgründe sind der Beitritt der Schweiz zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen Gatt (heute WTO) im Jahr 1966 und insbesondere der Abschluss von Freihandelsabkommen mit der EU 1972 sowie weiteren Partnern in den nachfolgenden Jahrzehnten. Parallel dazu stieg der Finanzierungsbeitrag durch andere Steuern. Der Zollanteil an den laufenden Bundeseinnahmen sank dadurch von fast 24 Prozent im Jahr 1961 auf rund 1,5 Prozent (siehe Abbildung 1).

Auch aussenwirtschaftlich hat sich der Blick auf die Zölle geändert. Als mittelgrosse, rohstoffarme Volkswirtschaft mit einer starken verarbeitenden Industrie profitierte die Schweiz besonders von der Globalisierung der Wertschöpfungsketten. Die den Zöllen teilweise zugeordnete Schutzfunktion verkehrte sich dadurch zunehmend ins Gegenteil: Sie wurden zur Belastung für die Unternehmen bei der Beschaffung von Vorleistungen und reduzierten dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die Textilindustrie ist ein Lehrbuchbeispiel dafür: Ursprünglich durch hohe Zölle geschützt, hat sie einen Strukturwandel durchlaufen, der sie zu einer spezialisierten, innovativen und global ausgerichteten Branche machte. Bereits 2015 setzte der Bund – auf Antrag der Textilindustrie – die Zölle auf zahlreiche Vorleistungen wie Rohstoffe und Halbfabrikate in diesem Sektor aus.

Ebenso belasten die Zölle die Konsumenten und tragen so zur «Hochpreisinsel Schweiz» bei. Das geschieht auf zwei Arten: einerseits direkt durch die fiskalische Last, andererseits indem Anbieter den Schweizer Markt abschotten und die hiesige Kaufkraft abschöpfen können. Letzteres funktioniert so, dass Hersteller von Markenprodukten sogenannte Parallelimporte² in die Schweiz erschweren, indem sie sich weigern, die für eine zollbegünstigte Einfuhr unter einem Freihandelsabkommen (z. B. FHA Schweiz – EU) notwendigen Ursprungsnachweise auszustellen.

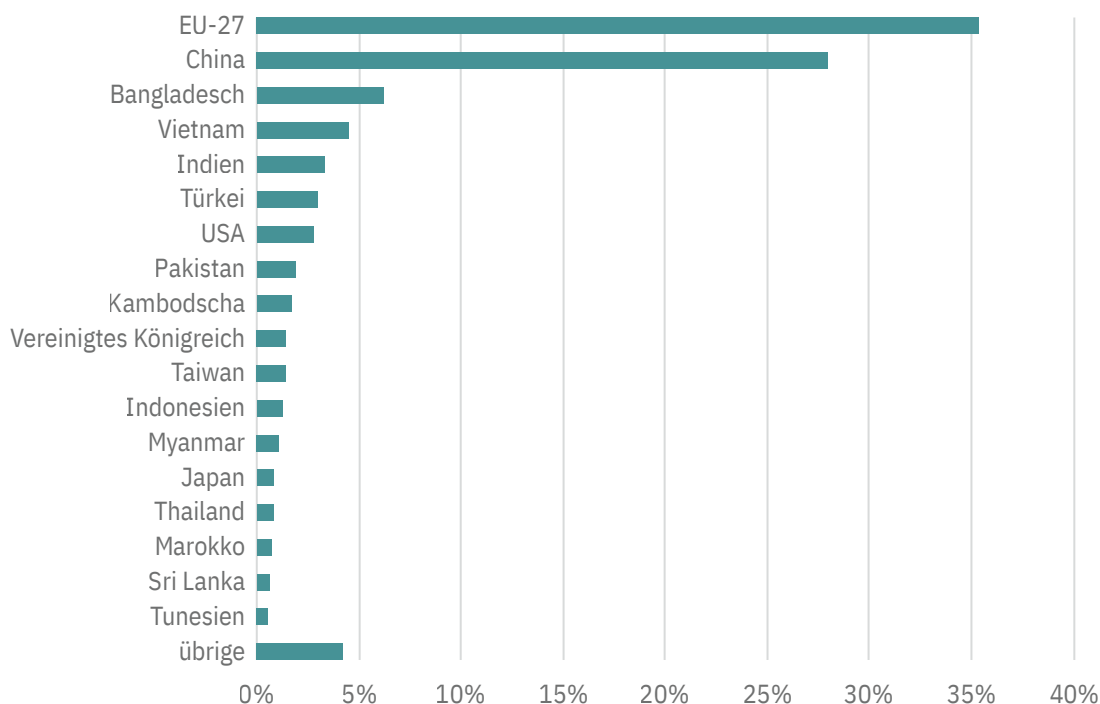
1 Einen ausführlichen Artikel des Autors zur Thematik in englischer Sprache gibt es auch hier: Zimmermann, Thomas A. (2023). A Case of Unilateral Trade Liberalisation: The Autonomous Abolition of Industrial Tariffs by Switzerland in 2024; in: Aussenwirtschaft, Vol. 73, No. 1.

2 Unter Parallelimporten wird der Import von im Ausland produzierten Waren (z. B. Automobilen) ausserhalb der vom Hersteller vorgesehenen Vertriebskanäle verstanden.

Abb. 1: Zölle verlieren an Bedeutung (1950–2027)

Anmerkung: Die Werte für die Jahre 2023 bis 2027 entsprechen Budget und Finanzplan. Sie beinhalten ab 2024 nur noch Zolleinnahmen auf Agrarimporte.

Quelle: 1990–2027: Datenportal der EFV, Datenreihen «1.1.7 Zölle» und «1. Laufende Einnahmen»; 1950–1989: Historische Statistik der Schweiz (HSSO), Datenreihe U.18 «Einnahmen des Bundes nach Sachgruppen 1950–1989 in Mio. CHF» / Die Volkswirtschaft

Abb. 2: Verteilung der Brutto-Zolleinsparungen nach Herkunftsländern der Importe

Anmerkung: Zahlen berechnet auf Basis der Zolleinnahmen 2022.

Quelle: Seco / Die Volkswirtschaft



Container am Rheinhafen in Basel: Importzölle auf Industrieprodukte fallen ab Januar 2024 weg. Zölle auf Agrarimporte bleiben bestehen.

Vor rund zehn Jahren begannen deshalb – gestützt auf parlamentarische Vorstösse – Arbeiten beim Bund, welche einen Abbau möglicher Handelshemmnisse bezweckten. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gab mehrere vertiefende Studien in Auftrag, die sich verschiedenen Importerleichterungen widmeten, darunter auch einem möglichen Industriezollabbau.³

In der Folge schickte der Bundesrat im Dezember 2018 einen Vorschlag zum Abbau der Industriezölle und zu einer Vereinfachung des Zolltarifs in die Vernehmlassung. Angesichts der mehrheitlich positiven Aufnahme des Vorhabens verabschiedete der Bundesrat im November 2019 die entsprechende Botschaft⁴ zuhanden des Parlaments. Dort wurde das Projekt zu Beginn allerdings sehr kritisch aufgenommen. Nach diversen Debatten und Zitterpartien wurde das Vorhaben schlussendlich von beiden Räten in der Herbstsession 2021 gutgeheissen.

Abbau der Industriezölle auf null

Die Reform hat zwei Hauptelemente: den Abbau aller Industriezölle sowie die Vereinfachung des Zolltarifs.

Der Zollabbau erfolgt, indem der Bund die Zölle auf alle Industrieprodukte auf null herabsetzt.⁵

Hierdurch kann die Wirtschaft jährlich rund 682 Millionen Franken brutto an Zöllen einsparen; die Nettoentlastung fällt – nach Berücksichtigung von Rückerstattungen – mit etwa 600 Millionen Franken etwas geringer aus (siehe Abbildung 2 auf S. 51). Die Zölle auf Agrarimporte, welche im Jahr 2022 Zolleinnahmen in Höhe von rund 694 Millionen Franken generierten, sind hingegen vom Zollabbau ausgenommen und werden auch künftig der Bundeskasse zufließen.

Zu berücksichtigen ist weiter, dass nur die «angewandten» Zölle auf null gesetzt werden. Die «gebundenen» Zölle bleiben unverändert (siehe Kasten). Indem sich der Zollabbau auf die angewandten Zölle beschränkt, ist es der Schweiz völkerrechtlich freigestellt, künftig wieder Zölle bis zum Niveau der gebundenen Zölle einzuführen. Dadurch bleibt auch für die Handelspartner der Schweiz ein Anreiz erhalten, Freihandelsbeziehungen mit ihr einzugehen. Denn nur auf diesem Wege können sie die Nullzollbehandlung völkerrechtlich absichern.

Das zweite Hauptelement ist eine Vereinfachung des Schweizer Zolltarifs: Künftig wird im Industriegüterbereich – von wenigen Ausnahmen⁶ abgesehen – auf nationale Unterteilungen verzichtet und die Anzahl Zolltarifnummern dadurch von 9114 auf 7511

³ Siehe Studien zum Thema «Freihandel» auf Seco.admin.ch sowie Schwerpunkt dazu in «Die Volkswirtschaft» (2018), Nr. 4.

⁴ Botschaft zur Änderung des Zolltarifgesetzes (Aufhebung der Industriezölle) BBl 2019 8479.

⁵ Der Zollabbau betrifft – abgesehen von wenigen Gütern, die als Agrargüter gelten – sämtliche Zolltarifnummern in den Kapiteln 25 bis 97 des auf dem sogenannten Harmonisierten System basierenden schweizerischen Zolltarifs.

⁶ Bspw. exportkontrollpflichtige Güter.

gesenkt.⁷ Dadurch reduzieren sich der Einreihungsaufwand und Fehlerrisiken bei den Unternehmen.

Ebenso werden die derzeit 779 bestehenden Zoll-erleichterungen aufgehoben, die bei der Einfuhr von Produkten für einen bestimmten Verwendungszweck gewährt wurden. So können heute etwa Schutzmasken auf Antrag zu tieferen Zollsätzen eingeführt werden, wenn sie der Pandemievorsorge dienen. Mit dem Abbau aller Industriezölle entfallen diese Sonderbehandlungen und die damit verbundene Bürokratie.

Ausserdem sind bei der Einfuhr von Waren, die in der Schweiz verbleiben, künftig keine Ursprungsnachweise mehr notwendig. Denn der Zollabbau gilt für alle Industriegüter ungeachtet ihrer Herkunft.

Entlastung per 1. Januar 2024

Im Februar 2022 hat der Bundesrat beschlossen, die Reform per 1. Januar 2024 umzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt entfällt also die Zollbelastung auf Ein-

fuhren von Industriegütern in die Schweiz, und die Vereinfachungen treten in Kraft.

Das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) und das Seco engagieren sich in vielfältigen Arbeiten zur Umsetzung dieser Reform. Hierzu werden Verordnungen und Datenbanken angepasst. Weiter will der Bund mit einem Monitoring eruieren, in welchem Umfang die eingesparten Zölle auch an die Konsumenten weitergegeben werden. Ausserdem wird die seit mindestens 1839 bestehende Zollexpertenkommission (heute: Fachkommission für Zolltarifraten) per Ende 2023 aufgehoben. Ihre wenigen nach dem Industriezollabbau noch verbleibenden Aufgaben werden der Kommission für Wirtschaftspolitik übertragen. Schliesslich stellen Seco und BAZG umfangreiche Informationen für die Unternehmen bereit – im Internet, mit Vorträgen oder Webinaren, an denen bis November 2023 mehr als 1700 Unternehmen teilgenommen haben. Dies unterstreicht die Bedeutung, welche auch von der Wirtschaft dieser Reform beigemessen wird.

⁷ Die Zolllarifnummern basieren auf dem «Harmonisierten System», der international gebräuchlichen Warenomenclatur, die von der Weltzollorganisation in Brüssel unterhalten wird und auch dem Schweizer Zolllarif zugrunde liegt. Darin wird jeder Warengruppe eine sechsstellige Nummer zugewiesen. National sind weitere Unterteilungen möglich.

Angewandte und gebundene Zölle

In der Handelspolitik wird zwischen angewandten Zöllen und gebundenen Zöllen unterschieden. Die angewandten Zölle sind die Zollsätze, die bei der Wareneinfuhr effektiv zu bezahlen sind. Sie können den sogenannten Gebrauchtstarifen – in der Schweiz dem «Tares» – entnommen werden. Die gebundenen Zölle sind das Ergebnis multilateraler Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Sie stellen eine völkerrechtliche Verpflichtung dar und geben die maximale Höhe des Zolls an, den ein Land bei der Einfuhr eines Produkts erheben

darf. Angewandte und gebundene Zölle sind nicht zwingend identisch: Die angewandten Zölle dürfen tiefer oder gleich hoch sein, aber nie höher als die gebundenen Zölle. Bei vielen Ländern sind die angewandten Zölle tiefer als die in der WTO gebundenen Zölle, weil dies im wirtschaftlichen Interesse dieser Länder liegt. Diese Staaten könnten die angewandten Zölle somit wieder bis zum Niveau der gebundenen Zölle erhöhen. Das gilt auch für die Schweiz, welche nur die angewandten Zölle auf Industriegüter abbaut, nicht die gebundenen Zölle.



Thomas A. Zimmermann

Botschafter und Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, Leiter Aussenwirtschaftliche Fachdienste im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) sowie Research Associate am SIAW-HSG, Universität St. Gallen

Die Schweiz ist eine Sparnation

Die Bevölkerung in der Schweiz spart mehr als alle ihre europäischen Nachbarn. Zudem wird hierzulande immer mehr gespart. Dabei zeigt sich: Besserverdienende haben eine höhere Sparquote.

Selina Lehner, Roland Hofmann, ZHAW

Was bedeutet Sparen? Ökonomisch gesehen, ist Sparen eine «Abwägung gegenwärtiger und zukünftiger Konsumbedürfnisse» und bietet eine Möglichkeit, die individuellen Bedürfnisse und die gesellschaftliche Wohlfahrt über die Zeit zu optimieren.¹ In der Realität ist Sparen oftmals auch das, was auf dem Konto übrig bleibt.

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird zwischen «Zwangssparen» und «freiwilligem Sparen» unterschieden. Unter Zwangssparen wird vorwiegend die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche verstanden, welche staatlich geregelt sind. Über die Jahre gesehen, ist in der Schweiz eine leichte Abnahme des Zwangssparens zu erkennen (siehe Abbildung 1 auf S. 56).²

Das freiwillige Sparen umfasst diejenigen Ersparnisse, welche die Haushalte im Grundsatz ohne äussere Zwänge bilden. Darin enthalten sind beispielsweise auch Einzahlungen in die Säule 3a. Das freiwillige Sparen dient dem Vermögensaufbau, dem Schuldenabbau oder einem zeitverzögerten Konsum. In der Schweiz hat sich der Wert freiwilligen Sparens von 8,5 Prozent im Jahr 1995 auf 16,3 Prozent im Jahr 2022 erhöht. Die Abnahme des Zwangssparens wird durch das freiwillige Sparen überkompensiert (Substitutions- und Ergänzungseffekt).

In der Theorie werden oft vier Faktoren genannt, welche die freiwillige Sparquote beeinflussen³: erstens das Realzinsniveau, dessen eindimensionale Wirkung auf die Sparquote aber verneint wird.⁴ Zweitens die demografische Entwicklung, deren Einfluss weitestgehend bejaht wird, da die Spar-

quote auf Haushaltsebene je nach Altersklasse variiert. Drittens das Haushaltseinkommen sowie die Erwartungen an die zukünftige Einkommensentwicklung und viertens die Nettovermögensbestände, welche nachfolgend detaillierter analysiert werden.

Sparquote auf Haushaltsebene unterscheidet sich stark

Über die letzten 25 Jahre zeigte sich: Nimmt das (zwangsspar- und inflationsbereinigte) aggregierte Bruttoeinkommen zu, nimmt auch die aggregierte freiwillige Sparquote zu (siehe Abbildung 2 auf S. 56). Während das Einkommen fast linear zunimmt, zeigt die Sparquote gewisse Schwankungen (die erhöhte Sparquote während der Pandemie zum Beispiel widerspiegelt die eingeschränkten Konsummöglichkeiten).

Die Abhängigkeit zwischen Einkommen und Sparquote besteht nicht nur aggregiert gesamtwirtschaftlich, sondern zeigt sich auch auf der individuellen Haushaltsebene. Die einkommensschwachen Haushalte verzehren eher Vermögen beziehungsweise verschulden sich. Haben die Haushalte im untersten Einkommensfünftel in den Jahren 2006 bis 2008 durchschnittlich einen Betrag von 660 Franken pro Monat «entspart», belief sich diese Summe in den Jahren 2015 bis 2017 auf 686 Franken.⁵ Das entspricht einer negativen Sparquote von 21,9 Prozent. Die einkommensstarken Haushalte können dagegen vermehrt sparen: Die Haushalte im obersten Einkommensfünftel sparten von 2006 bis 2008 durch-

1 Fricke, 2005.

2 Bundesamt für Statistik, 2023a; die Abnahme ist vor allem auf das starke Wachstum der anderen Komponenten des verfügbaren Einkommens zurückzuführen. Weitere Faktoren beeinflussen das Zwangssparen aber ebenfalls.

3 u. a. Klär und Slacalek, 2006.

4 Isaak, Jäger, Schmidt, Föllmi & Seiler, 2021.

5 Bundesamt für Statistik, 2023b.



Die Sparquote im obersten Einkommensfünftel beträgt 23,4 Prozent. Ein Mann mit Weinglas und Rolex am Pferderennen in St. Moritz.

schnittlich 3415 Franken pro Monat, wobei sich dieser Betrag in den Jahren 2015 bis 2017 auf 4479 Franken erhöhte. Das entspricht einer Sparquote von 23,4 Prozent. Mit zunehmender Einkommensklasse nimmt entsprechend die Sparquote zu. Die einkommensstarken Haushalte konnten somit überproportional viel sparen.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet, verzerrt die Einkommensungleichheit das Abbild der Sparquote: Steigen die Einkommen der einkommensstarken Haushalte im Verhältnis stärker an als diejenigen der einkommensschwachen, so führt dies auf volkswirtschaftlicher Ebene zu einer höheren Sparquote.

Der Vermögensquotient, das heisst das Verhältnis zwischen dem Reinvermögen⁶ und dem verfügbaren Haushaltseinkommen, hat in den letzten Jahren zugenommen: Während im Jahr 2000 der Vermögensquotient 8,39 betrug, lag er 2022 bereits bei 12,07. Das heisst, die Schweizerinnen und Schweizer besitzen mehr Vermögen, und sie sparen auch mehr. Das Vermögen ist weiter aufgebaut worden.

Dieser Vermögensaufbau basiert jedoch nur begrenzt auf der Sparquote. Die beiden Ökonomen Enea Baselgia und Isabel Martinez zeigen auf, dass grössere Kapitalgewinne, besonders beim Immobilienvermögen, zum Vermögensaufbau führten.⁷

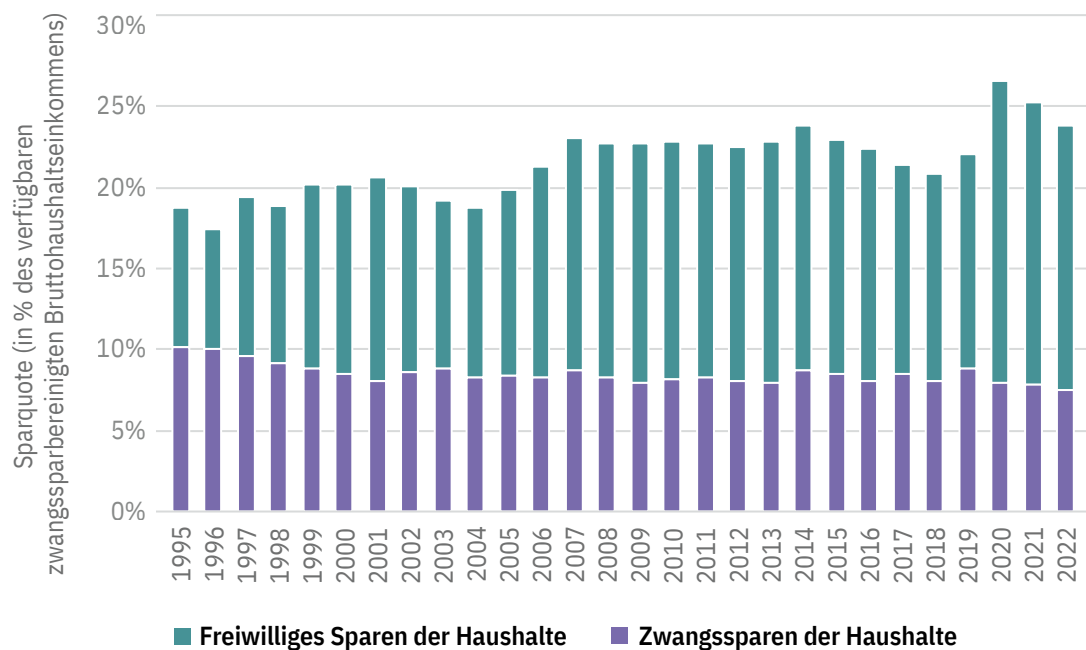
Die Schere öffnet sich weiter

Die gesamtwirtschaftliche Aussage zur Vermögensentwicklung trifft wiederum nur auf einen Teil der Schweizer Bevölkerung zu: Das Vermögen ist ungleich verteilt – und dies in stärkerem Masse als das Einkommen.⁸ Laut der Datenbank World Inequality Database besaßen 1995 die reichsten 10 Prozent der Schweiz 57 Prozent des Vermögens. Im Jahr 2021 belief sich dieser Wert auf 63 Prozent. Die «ärmere» Hälfte der Schweizer Bevölkerung besaß dagegen nur 5 Prozent (1995) beziehungsweise 4 Prozent (2021) des Gesamtvermögens. Die Schere zwischen Arm und

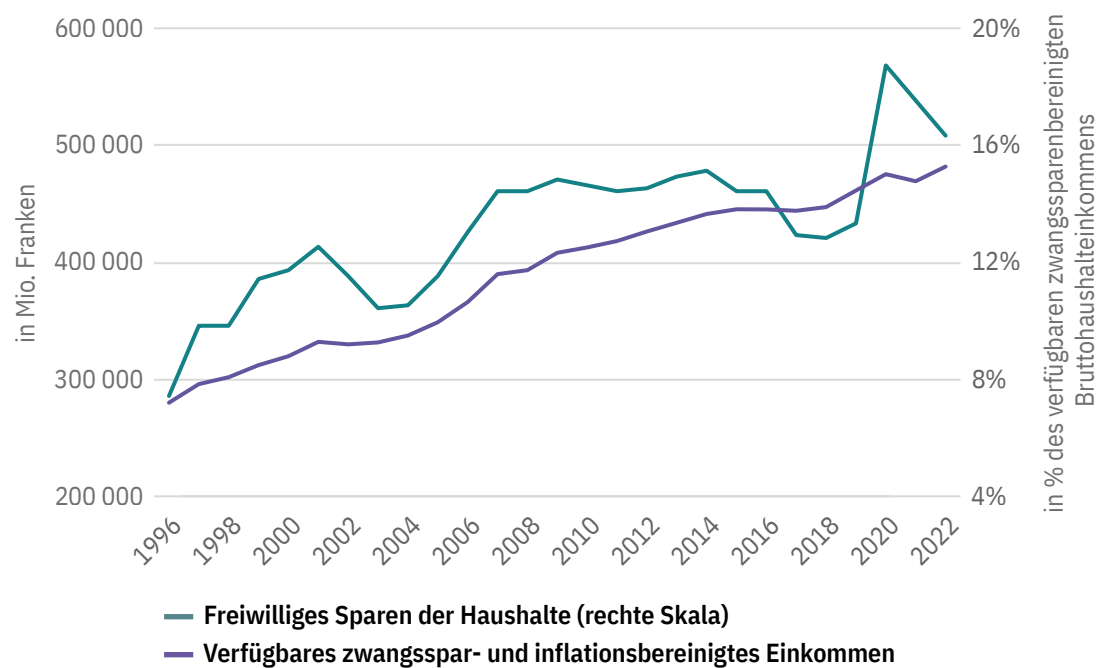
⁶ Schweizerische Nationalbank, 2023.

⁷ Baselgia und Martinez, 2022.

⁸ Föllmi und Martinez, 2017.

Abb. 1: Die Sparquote von Schweizer Haushalten nimmt zu (1995–2022)

Quelle: Bundesamt für Statistik (2023a) / Die Volkswirtschaft

Abb. 2: Bruttohaushaltseinkommen und Sparquote steigen kontinuierlich an (1996–2022)

Quelle: Bundesamt für Statistik (2023a) / Die Volkswirtschaft

Reich öffnet sich weiter, und das Vermögen konzentriert sich in immer weniger Händen (unter anderem aufgrund des Immobilienbesitzes).

Der Schweiz geht es gesamtwirtschaftlich gesehen gut: Sowohl Einkommen und Sparquoten als auch Vermögen haben die letzten Jahre zugenommen. Sie bleibt im europäischen Vergleich die Spitzenreiterin.⁹ Auf Haushaltsebene jedoch sind deutliche finanzielle Unterschiede erkennbar, wie beispielsweise unterschiedliche Sparquoten nach Einkommen oder Alter.¹⁰ So zeigen die aggregierten Sparquoten nur einen Durchschnitt der Spartätigkeiten der Haushalte, was zu einem verzerrten Eindruck führen kann.

Wir danken Isabel Martinez, Melanie Häner sowie Elena Marton für wertvolle Anregungen und für den kritischen Austausch.

Literatur

Baselgia, E. und Martinez, I. (2022). Wealth-Income Ratios in Free Market Capitalism: Switzerland, 1900–2020. CESifo Working Paper No. 9976.

Bundesamt für Statistik (2023a). Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Datenbank.

Bundesamt für Statistik (2023b). Haushaltsbudgeterhebung der Schweizer Bevölkerung. Datenbank.

Föllmi, R. und Martinez, I. (2017). Die Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Schweiz. Public Paper Nr. 6. Zürich: UBS International Center of Economics in Society.

Fricke, D. (2005). Sparen. In: Schubert, K. (eds) Handwörterbuch des ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Isaak, N., Jäger, Ph., Schmidt, T., Föllmi, R. und Seiler, P. (2021). Babyboomer bringen Realzins zum Sinken. Die Volkswirtschaft, 22. Juli 2021.

Klär, E. und Slacalek, J. (2006). Entwicklung der Sparquote in Deutschland: Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage. DIW Wochenbericht, 73, issue 40, p. 537–543.

Lehner, S., Hohgardt, H. und Umbricht, B. (2023). Mehr Einkommen, weniger finanzielle Sorgen? Erkenntnisse zum finanziellen Wohlbefinden in der Schweiz. Winterthur: ZHAW School of Management and Law.

OECD (2023). Household Savings.

Schweizerische Nationalbank (2023). Vermögensbilanz der Schweizer Haushalte. Datenbank.

World Inequality Database (2023).

⁹ OECD, 2023.

¹⁰ Bundesamt für Statistik, 2023b; Lehner, Hohgardt und Umbricht (2023).



Selina Lehner

Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin, ZHAW School of Management and Law, Winterthur



Roland Hofmann

Dr. phil., Dozent für Banking und Finance sowie Studienleiter MAS Financial Consulting, ZHAW School of Management and Law, Winterthur

Wohneigentum: Ist der Peak bei den Preisen erreicht?

Grosse Nachfrage, kleines Angebot: So konnte man bisher das anhaltende Preiswachstum für privates Wohneigentum erklären – trotz steigenden Hypothekarzinsen. Doch nun gibt es Anzeichen für eine Trendwende.

Donato Scognamiglio, IAZI

Wenn die Schweizerische Nationalbank (SNB) eine «geldpolitische Lagebeurteilung» ankündigte, konnten Finanzjournalisten seit Sommer 2022 davon ausgehen, dass dabei vermutlich eine Erhöhung des Leitzinses Saron kommuniziert wird. Bis jetzt. Denn am 21. September hat die SNB erstmals darauf verzichtet, weiter an der Zinsschraube zu drehen. Der Leitzins bleibt vorerst bei 1,75 Prozent. Die fünf Zinsschritte seit Juni 2022 haben die Inflation in der Schweiz wieder unter die 2-Prozent-Preisstabilitätsmarke der SNB gedrückt. Auf den Immobilienmarkt dürfte sich dieser Marschhalt grösstenteils positiv auswirken.

Viele Eigenheimträume sind geplatzt

Die jeweiligen Zinserhöhungen haben sich teilweise direkt auf das Budget von Wohneigentümern ausgewirkt. Wer vor etwa zwei Jahren von der Hausbank eine langfristige Hypothek um rund 1 Prozent zugesprochen erhielt, darf noch eine Weile ruhig schlafen. Anders sieht es für Hypothekarbezügler aus, die ihren Kredit demnächst erneuern müssen. Für sie sind die Zinskosten heute bis zu drei Mal höher. Und für manche Interessenten, die eine neue Hypothek abschliessen wollten, liessen die strengen Tragbarkeitsrichtlinien den Traum vom Eigenheim platzen.

Eigentlich hätte dies die Nachfrage nach Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen abschwächen und die Preise unter Druck setzen können. Doch Letztere sind bisher munter weitergestiegen. Der «SWX IAZI Private Real Estate Price Index» weist seit April letzten Jahres positive Wachstumsraten von bis zu 1,9 Prozent aus (siehe Abbildung auf S. 60). Im Unterschied zu vielen anderen Ländern führten die steigenden Zinsen in der Schweiz also noch nicht zu sinkenden Preisen für privates Wohneigentum. Doch das könnte sich jetzt ändern.

Die neueste Immobilienstudie¹ der Raiffeisenbank vom 3. Quartal 2023 hat die Anzahl aktiver Suchabonnemente auf Immobilienplattformen analysiert. Die so gemessene Nachfrage nach Wohneigentum hat sich infolge der Zinswende und des nachlassenden Covid-Booms binnen zwei Jahren praktisch halbiert.² Trotzdem reichte das nicht, um die Transaktionspreisdynamik zu brechen.

Gemäss einem Bericht der «Sonntagszeitung»³ haben Makler nun aber allein im September dieses Jahres Nachfragerückgänge von bis zu 30 Prozent verzeichnet. Viele Eigentümer zögern aber noch mit dem Verkauf, weshalb der Nachfragerückgang noch nicht in den Transaktionspreisen sichtbar ist, welche die Basis bilden für die Berechnung der Immobilienindizes.

Der Grund, weshalb viele Liegenschaftsbesitzer mit dem Verkauf noch zuwarten, ist psychologisch: Sie sind an einen kontinuierlichen Wertzuwachs

¹ Siehe Raiffeisen (2023). Immobilien Schweiz – 3Q 2023. Feuer im Dach.

² Scognamiglio, Donato (2021). Homeoffice befeuert Häuserboom. Die Volkswirtschaft, 22. Juli.

³ Siehe Meyer, Maren (2023). Preise für Häuser, Wohnungen und Büros kommen ins Rutschen. «Sonntagszeitung», 23. September.



Viele Hausbesitzer zögern noch mit dem Hausverkauf – trotz Anzeichen für sinkende Preise.

gewöhnt und deshalb noch nicht bereit, beim Verkaufspreis Abstriche zu machen. Seit der Covid-Pandemie hat die Nachfrage in vielen Regionen das Angebot überstiegen, was die Preise in die Höhe getrieben hat. Die schwächelnde Nachfrage verbunden mit einem grösseren Angebot in gewissen Regionen könnte nun bedeuten, dass sich der Trend umkehrt.

Mieten steigen weiter an

Auch für Mieterinnen bedeuten die steigenden Leitzinsen höhere Wohnkosten: Weil sich die Hypotheken mit der Zinswende verteuert haben, ist der hypothekarische Referenzzinssatz dieses Jahr erstmals seit der Einführung im Jahr 2008 gestiegen.

Vorausgesetzt, die Mieterschaft hat ihre Senkungsansprüche beim Vermieter bisher geltend gemacht, können die Vermieterinnen nun die Mieten erhöhen. Zudem dürfen die Vermieterinnen weitere Kostensteigerungen sowie 40 Prozent der Inflation an die Mietenden weitergeben.

Der Anstieg der Miete kann dadurch bis zu 7 Prozent betragen. Allein 3 Prozentpunkte dieses Anstiegs ergeben sich aus der Erhöhung des Referenzzinssatzes; weitere 3,5 Prozentpunkte

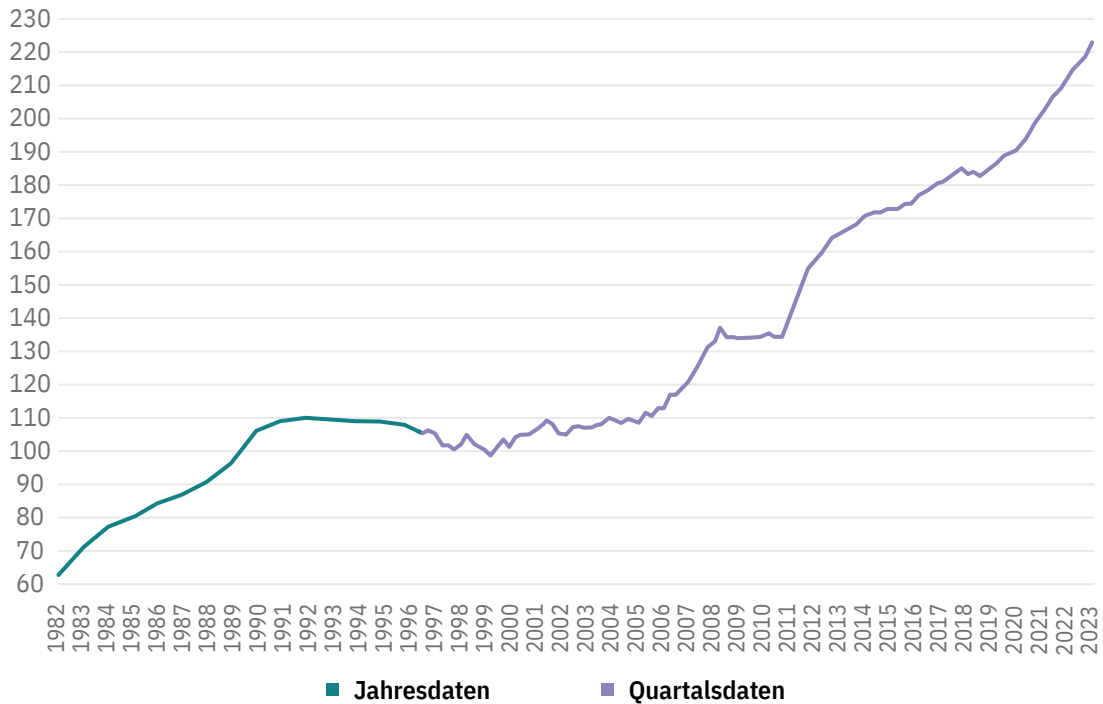
resultieren aus der Überwälzung der Inflation und aus drei Jahren allgemeiner Kostenpauschale von 0,5 Prozentpunkten pro Jahr. Wir gehen davon aus, dass der Referenzzinssatz weiter steigt und sich die Mieten bis Ende 2024 insgesamt um rund 15 bis 20 Prozent erhöhen werden.

Aus Investorensicht rentieren Wohnrenditeliegenschaften weiterhin. Seit Juli letzten Jahres betragen die Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr zwischen 0,4 und 1,9 Prozent.

Während der Negativzinsphase war «Beton-gold», wie Anlagen in Immobilien scherzhaft auch genannt werden, ein beliebtes Anlageziel: Im Gegensatz zu Obligationen oder Spareinlagen versprochen sie einen sicheren Ertrag. Das gilt heute nicht mehr. Zurzeit beträgt die mittlere Netto-Cashflow-Rendite gemäss dem «IAZI Swiss Property Benchmark» 2,9 Prozent. Das bedeutet, dass sie gegenwärtig die Finanzierungskosten nicht mehr übersteigt.

Das Geschäftsmodell vieler Immobilieninvestoren gerät also unter Druck. Denn wer Einnahmen von 2,9 Prozent erzielt, aber gleichzeitig der Bank und den Aktionären insgesamt 3 Prozent zahlen muss, ist finanziell gefordert. Insbesondere Gesellschaften mit einer hohen Verschuldung und einer Saron-Finanzierung müssen derzeit über die Bücher. Es ist davon auszugehen, dass im

Preisindex für privates Wohneigentum in der Schweiz (1982–2023)



IAZI, Private Real Estate Price Index / Die Volkswirtschaft

nächsten Jahr gewisse Investoren ihre Anlagen abwerten müssen.

Trotzdem: Es gibt auch Faktoren, welche stützend auf den Wert der Liegenschaften wirken. Denn Inflation und steigende Zinsen bedeuten, dass auch die budgetierten Cashflows in den Bewertungen angepasst werden können. Der Grund: Steigende Zinsen und zunehmende Inflation führen bekannt-

lich auch zu höheren Mieten – vorausgesetzt, die Mieter sind in der Lage, diese zu zahlen.

Unter dem Strich bleiben Renditeliegenschaften daher wohl eine interessante Anlage, insbesondere aufgrund der zu erwartenden Mietzinssteigerungen und der sehr hohen Nachfrage nach Bauland. Einen eigentlichen Anlagenotstand mit Negativzinsen gibt es aber nicht mehr.



Donato Scognamiglio

Verwaltungsratspräsident, IAZI, Zürich, Dozent für Real Estate und Finance sowie Titularprofessor, Universität Bern

Geplantes Transparenzregister: Viele Betroffene, geringe Kosten

Der Bundesrat plant, ein Transparenzregister für juristische Personen einzuführen mit Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen, Stiftungen oder Trusts. Welche Kosten würde dies für die Betroffenen verursachen? Eine Schätzung gibt Aufschluss.

Tabea Kaderli, Bass

Mit dem neuen Gesetz über die Transparenz juristischer Personen (TJPG) sollen die Prävention sowie die Strafverfolgung im Bereich der Finanzkriminalität gestärkt werden – und damit auch die Reputation des Finanzplatzes Schweiz. Zudem lassen sich damit internationale Standards umsetzen.

Die Gesetzesvorlage enthält verschiedene Neuerungen. Im Folgenden liegt der Fokus auf der Regelung für das sogenannte Transparenzregister der wirtschaftlich berechtigten Personen von juristischen Personen in der Schweiz. Wirtschaftlich berechtigt ist, wer eine Unternehmung kontrolliert. Entweder hält diese (natürliche) Person allein oder gemeinsam mit einem Dritten eine Beteiligung von mindestens 25 Prozent am Kapital oder an den Stimmen, oder sie übt die Kontrolle auf andere Weise aus.

Wer ist betroffen?

Welche Folgen hat ein Transparenzregister für Akteure, die von der Regulierung direkt betroffen sind? Aufwände fallen an, weil alle dem Gesetz unterstellten Rechtseinheiten ihre wirtschaftlich Berechtigten identifizieren, dokumentieren und dem Register melden müssen. Gewisse Ausnahmen und ein vereinfachtes Meldeverfahren sind vorgesehen. Die Informationen sollen für Behörden und Finanzintermediäre zugänglich sein, nicht aber für die Öffentlichkeit. Das

Büro Bass hat im Rahmen einer Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) die Kosten geschätzt und die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eingeordnet.

Die Pflichten im Rahmen des Transparenzregisters betreffen drei Gruppen. Erstens die Rechtseinheiten, welche ihre wirtschaftlich berechtigten Personen identifizieren und melden müssen. Das sind Aktiengesellschaften, GmbHs, Genossenschaften, kollektive Anlagevehikel, Vereine und Stiftungen sowie ausländische Zweigniederlassungen und weitere juristische Personen ausländischen Rechts. Insgesamt handelt es sich in der Schweiz um rund 500'000 Rechtseinheiten. Verpflichtet sind zweitens die wirtschaftlich Berechtigten und weitere involvierte Dritte, welche eine Mitwirkungspflicht haben. Dies betrifft neben den Gesellschaftern einer Firma auch Treuhänder und Personen, die Glieder in der «Besitzkette» eines Unternehmens sind. Die Anzahl Personen, die von der Mitwirkungspflicht betroffen sind, wird auf rund eine Million geschätzt.

Drittens sind die Finanzintermediäre in der Pflicht. Sie können im Rahmen ihrer Sorgfaltspflichten das Transparenzregister verwenden. Mit den Kundinnen und Kunden bereinigen sie dann allfällige Unstimmigkeiten zwischen ihren eigenen Informationen und jenen im Transparenzregister – und müssen, falls eine Bereinigung nicht möglich ist, eine Meldung an das Register vornehmen. Die anfallenden Kosten pro Finanzintermediär (insgesamt ca. 750) sind von der Anzahl seiner Geschäftsbeziehungen abhängig.



Firmen, Stiftungen und Trusts: Wird das Transparenzregister eingeführt, müssen sie die wirtschaftlich Berechtigten angeben. Gläserne Fassade in Zürich-Oerlikon.

Während bei den ersten beiden Gruppen nur Kosten anfallen, kann bei den Finanzintermediären auch ein kleiner Nutzen erwartet werden, nämlich ein Effizienzgewinn im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten im Rahmen des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung (Geldwäschereigesetz GwG). Des Weiteren dürfte das Transparenzregister die interne Risikoüberwachung bei den Finanzintermediären verein-

fachen. Eine relativ grosse Unsicherheit besteht in Bezug auf Unstimmigkeiten bezüglich Informationen, die von den Finanzintermediären bereinigt werden müssen.

Kosten fallen hauptsächlich im Einführungsjahr an

Dass Büro Bass schätzt, dass die unterstellten Unternehmen im Jahr der Einführung der Regelung mit Kosten in Form von Personalaufwand in Höhe von rund 13 Millionen Franken rechnen müssen (siehe Tabelle). Da sich diese Kosten auf rund 500'000 unterstellte Rechtseinheiten verteilen, sind sie für das einzelne Unternehmen gering. Die Kosten der Mitwirkungspflicht werden auf 7,5 bis 8 Millionen Franken geschätzt, wiederum verteilt auf eine grosse Anzahl Betroffene. Bei den Finanzintermediären ist die Bandbreite der Schätzung aufgrund der erwähnten Unsicherheiten gross: Sie reicht von Einsparungen in Höhe von rund 3 und Kosten von etwas über 7 Millionen Franken.

Methodik und Datengrundlagen

Grundlage für die Analyse der Auswirkungen bildete ein Modell, das die Elemente des Transparenzregisters und die daraus folgenden Handlungspflichten für die unterstellten Rechtseinheiten kategorisiert. Die Kosten- und Nutzenkomponenten wurden, basierend auf Studien zu Transparenzregistern in anderen Ländern und Untersuchungen zu anderen Registern in der Schweiz, qualitativ

eingeschätzt und quantifiziert. Danach erfolgten die Monetarisierung der Aufwände und die Kosten-Nutzen-Analyse. Für das Einführungsjahr und die Folgejahre wurden ein Szenario mit eher tiefen und eines mit eher hohen Regulierungskosten geschätzt. Im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen wurde eine qualitative Einschätzung vorgenommen.

Transparenzregister: Geschätzte Kosten im Einführungsjahr je Gruppe und Szenario in Mio. Franken

		Szenario 1: tiefe Regulierungskosten	Szenario 2: hohe Regulierungskosten
Kosten	Unterstellte Rechtseinheiten	13,31	13,85
	Wirtschaftlich Berechtigte, weitere involvierte Dritte	7,62	8,09
	Finanzintermediäre	5,30	13,90
Nutzen	Finanzintermediäre	-8,62	-6,47
Total Kosten, in Mio. Franken		18	29
In % des BIP 2021		0,002%	0,004%

Quelle: Berechnungen Bass / Die Volkswirtschaft

Insgesamt werden Regulierungskosten in Höhe von 18 bis 29 Millionen Franken im Jahr der Einführung und von 1,85 bis 14 Millionen in den Folgejahren geschätzt.

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen sind hauptsächlich im Hinblick auf die internationale Akzeptanz, die Reputation des Finanzplatzes und die Rechtssicherheit zu erwarten. Diese sind positiv. Keinen unmittelbaren Einfluss dürfte das Gesetz über die Transparenz juristischer Personen auf die Standortattraktivität haben. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es sich um eine Regelung

handelt, die für sehr viele Akteure zu einem kleinen Zusatzaufwand führt. Dieser fällt aber auf Ebene des einzelnen Unternehmens kaum ins Gewicht und ist in seiner Gesamtheit gemessen am BIP ebenfalls sehr klein.

Literatur

Kaderli, T., Iseli, S., und Künzi, K. (2023). Regulierungsfolgenabschätzung zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung der wirtschaftlich berechtigten Personen von juristischen Personen in der Schweiz [Im Auftrag des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen SIF]. Bern: Büro BASS.



Tabea Kaderli

Projektleiterin, Büro für
arbeits- und sozialpolitische
Studien (Bass), Bern

Soll die Schweiz staatliche Beihilfen überwachen?

Staatliche Beihilfen verfolgen Ziele im öffentlichen Interesse. Zugleich beeinträchtigen sie aber den Wettbewerb. Soll die Schweiz deshalb staatliche Beihilfen überwachen, wie das heute schon in der EU der Fall ist?

Roger Gschwend, Philippe Sulger, Seco

Staatliche Beihilfen ist ein Begriff aus dem EU-Recht. Im Grundsatz gilt: «Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, sind mit dem Europäischen Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedsstaaten beeinträchtigen» (siehe Art. 107, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Es geht also nicht nur um Subventionen: Jede selektive Bevorteilung von Unternehmen, sei es durch Darlehen, Garantien oder Steuervergünstigungen, kann eine staatliche Beihilfe darstellen.

Staatliche Beihilfen können aber aus bestimmten Gründen gerechtfertigt werden. Diese Gründe sind zahlreich und in der EU detailliert geregelt. Beispielsweise sind die Abfederung von wirtschaftlichen Verwerfungen im Zuge einer Pandemie, die Förderung von umweltfreundlichen Technologien oder die Unterstützung von Dienstleistungen im Service public grundsätzlich erlaubt.

In der EU überwacht die EU-Kommission staatliche Beihilfen. Sie wiegt dabei die erwünschten mit den negativen Effekten auf Wettbewerb und Handel ab. Sie sorgt dafür, dass die Regeln in der gesamten EU gleich angewendet werden: Im EU-Binnenmarkt sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen gelten. Damit die Öffentlichkeit Einblick in die Ver-

wendung staatlicher Mittel für Beihilfen erlangen und Betroffene (bspw. Wettbewerber der begünstigten Unternehmen) gegebenenfalls Beschwerde einreichen können, werden diese veröffentlicht.

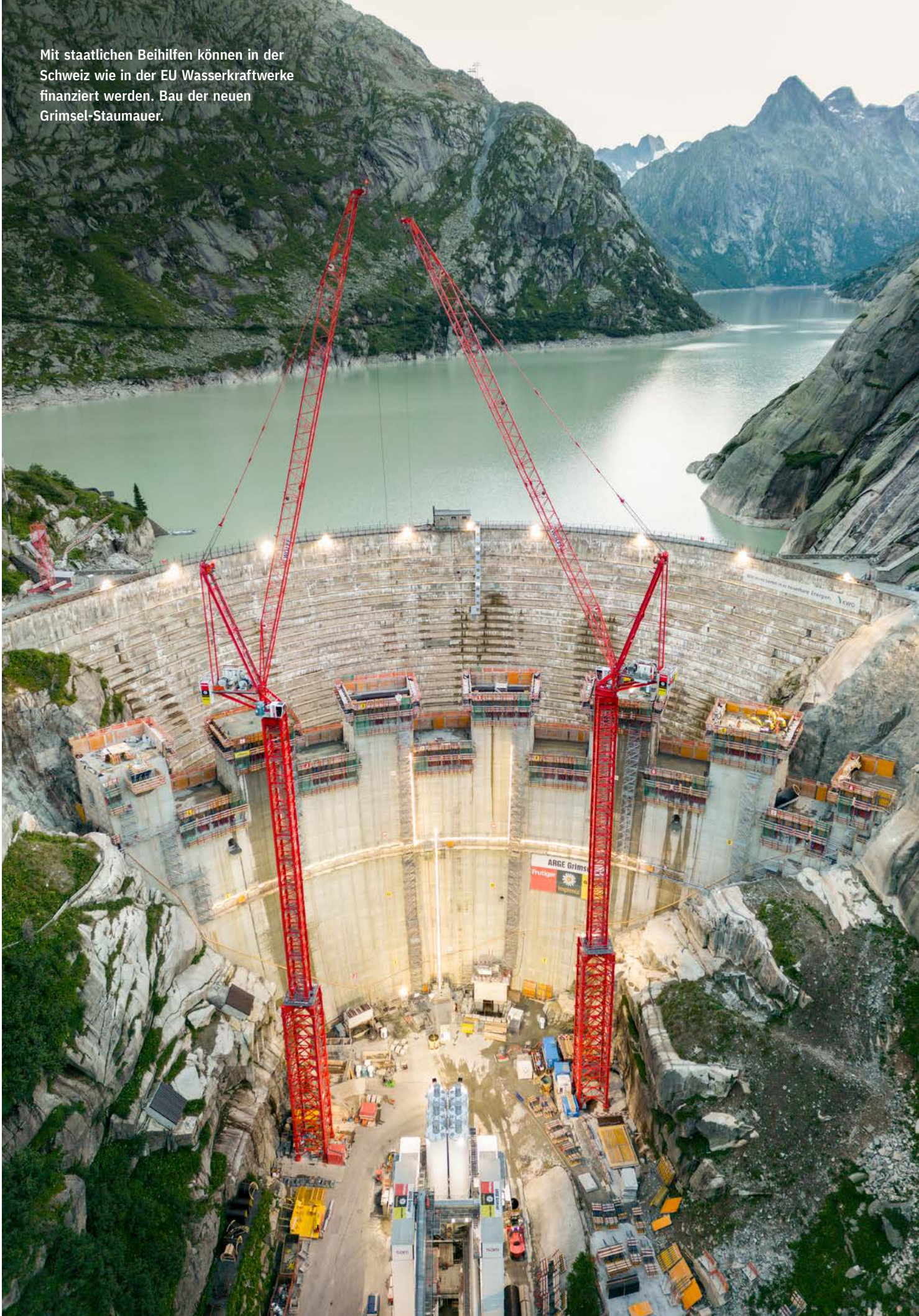
Keine systematische Überwachung

Mit dem Institutionellen Abkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU hätte sich die Schweiz verpflichtet, in gewissen Wirtschaftssektoren die Beihilfenvorschriften der EU zu übernehmen. Mit dem Abkommen wären gleiche Wettbewerbsbedingungen für jene Unternehmen geschaffen worden, die im Binnenmarkt der EU im Wettbewerb zueinander stehen. Dies zunächst im Geltungsbereich des Luftverkehrsabkommens und später des geplanten Stromabkommens sowie weiterer Marktzugangsabkommen. Die Schweiz hat dieses Abkommen nicht unterzeichnet.

Wettbewerbsverzerrungen durch den Staat sind auch in der Schweiz nach Möglichkeit zu vermeiden. Deshalb wären einheitliche Rahmenbedingungen für die Gewährung staatlicher Beihilfen aus wirtschaftspolitischer Sicht auch im Interesse der Schweiz. Mehr Transparenz könnte zudem eine wirksamere Verwendung öffentlicher Ausgaben begünstigen.

Die Schweiz kennt ähnliche marktwirtschaftliche Rechtsgrundsätze wie die EU: Staatliche

Mit staatlichen Beihilfen können in der Schweiz wie in der EU Wasserkraftwerke finanziert werden. Bau der neuen Grimsel-Staumauer.



Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit bedürfen einer gesetzlichen Grundlage und sind verhältnismässig auszugestalten. Eine systematische Beihilfeüberwachung, wie in der EU, wäre für die Schweiz allerdings neu. Zwar muss sich auch die Schweiz an die Subventionsregeln der WTO oder des Freihandelsabkommens mit der EU halten. Diese sind jedoch auf den Warenverkehr beschränkt und sehen keine systematischen Kontrollen vor. Nur im Bereich des Luftverkehrs überwacht die Wettbewerbskommission (Weko) staatliche Beihilfen, und zwar im Geltungsbereich des Luftverkehrsabkommens Schweiz – EU. Die Weko kann im Gegensatz zur EU-Kommission jedoch nur rechtlich unverbindliche Stellungnahmen abgeben.

Auswirkungen einer Beihilfenüberwachung

Die Übernahme der EU-Beihilfebestimmungen hätte Auswirkungen auf die Ausgestaltung von staatlichen Beihilfen in der Schweiz. Gemäss ersten Abklärungen einer technischen Arbeitsgruppe mit Vertretern des Bundes und der Kantone wäre deren Übernahme in vielen Bereichen zwar ohne grössere Eingriffe in die Schweizer Rechtsordnung umsetzbar. Das gilt beispielsweise für die Innovationsförderung auf Bundesebene, Investitionsbeiträge an Energieunternehmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit oder auch die staatliche Beteiligung an Energieunternehmen. Problematisch wären hingegen unter anderem selektive Steuervergünstigungen für Neuansiedlungen oder Staatsgarantien für Kantonalkassen.

Die Zulässigkeit staatlicher Beihilfen ist aber in jedem Einzelfall vertieft zu beurteilen. Das gilt insbesondere für die steuerpolitischen Massnahmen der Kantone. Beihilferechtlich sind diese in der EU besonders komplex geregelt.

Politisch motivierte Ausnahmeregeln

Mit einer Übernahme der Beihilfevorschriften der EU würde sich die Schweiz ein Stück weit auch zu den politischen Motiven der EU bekennen, die den Ausnahmeregeln zugrunde liegen. Diese Aus-

nahmen entwickeln sich laufend weiter. So wurden die Beihilfebestimmungen dieses Jahr vor dem Hintergrund aktueller industriepolitischer Herausforderungen in der EU präzisiert (Stichwort «Net Zero Industry»). Anders als die EU betreibt die Schweiz keine Industriepolitik: Ihre Wettbewerbsfähigkeit beruht gerade darauf, dass sie weitgehend darauf verzichtet, bestimmte Wirtschaftssektoren zu fördern. Allerdings dürften die Entwicklungen in der EU faktisch auch ohne vertragliche Vereinbarungen Auswirkungen auf die Schweiz haben. So können staatliche Beihilfen an Unternehmen in der EU ihre Konkurrenz in der Schweiz benachteiligen. Umgekehrt können Schweizer Unternehmen als Zulieferer oder Abnehmer aber auch indirekt von solchen staatlichen Beihilfen profitieren.

Bei einer Übernahme von EU-Beihilferecht wären Übergangsregeln für bestehende staatliche Beihilfen auszuhandeln. Essenzielle Interessen der Schweiz müssten im Hinblick auf heute noch nicht vorhersehbare Entwicklungen gewahrt werden können. Auch deshalb strebt der Bundesrat ein sektorielles Vorgehen an. So könnte die Schweiz Erfahrungen sammeln, bevor die Beihilfeüberwachung allenfalls auf weitere Sektoren ausgedehnt würde.

Einige Kantone würden mehr Transparenz bezüglich Beihilfen begrüssen. Um eine systematische Beihilfeüberwachung zu ermöglichen, müsste aber eine Überwachungsbehörde auf Stufe Bund geschaffen oder eine bestehende Behörde mit dieser Aufgabe betraut werden. Das Verfahren würde für alle Beteiligten Mehraufwand bedeuten. Insbesondere unproblematische staatliche Beihilfen sollten aber weiterhin rasch gewährt werden können. Deshalb müsste das Verfahren so schlank wie möglich ausgestaltet werden.

Anders als in der EU wäre es in der Schweiz bei den meisten staatlichen Beihilfen aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich, diese vorgängig durch eine Überwachungsbehörde des Bundes rechtsverbindlich genehmigen zu lassen. Zu sehr würde dadurch in die Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen sowie in die Gewaltenteilung eingegriffen. Trotzdem müssten der Überwachungsbehörde staatliche Beihilfen über einem gewissen Schwellenwert vorgängig gemeldet

werden, um Rechtssicherheit schaffen zu können. Die Überwachungsbehörde könnte eine Stellungnahme abgeben. Würde die zuständige Stelle eine Beihilfe gewähren, die dieser Stellungnahme zuwiderliefe, so könnte die Überwachungsbehörde ein Schweizer Gericht anrufen. Nicht möglich wäre dies für staatliche Beihilfen der Bundesversammlung oder des Bundesrats. Bei deren Beihilfeentscheiden könnte die vorgängige Stellungnahme der Überwachungsbehörde in den Vorarbeiten zu der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Denn auch wenn Bundesgesetze von den Gerichten nicht überprüft werden können, sind die Bundesversammlung und der Bundesrat an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen gebunden.

Überwachung im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz

Zusammenfassend gilt: Anders als in der EU werden in der Schweiz staatliche Beihilfen heute nicht systematisch auf ihre Vereinbarkeit mit den völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Vorgaben überprüft. Gleiche Wettbewerbsbedingungen – also ein einheitlicher rechtlicher Rahmen und

mehr Transparenz – sind aber auch im wirtschaftspolitischen Interesse der Schweiz. Die meisten staatlichen Beihilfen in der Schweiz könnten bei einer Überwachung nach dem Vorbild der EU wohl ohne grössere Anpassungen aufrechterhalten werden. Wichtig wäre für die Schweiz, Übergangsregeln vorzusehen und die Überwachung Sektor um Sektor ausweiten zu können. Unter diesen Bedingungen wäre die Einführung einer Beihilfeüberwachung nach dem Vorbild der EU nach unserer Einschätzung durchaus auch im Interesse der Schweiz.

Literatur

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. Informationen und Dokumente zum institutionellen Abkommen.

Europäische Kommission. State Aid Legislation.

Herwartz, C. und M. Koch (2022). «Putins Einnahmen begrenzen»: Das ist von der Leyens Fünf-Punkte-Plan für die Gaskrise. Handelsblatt, 6. September.

Oesch, M. und N. Burghartz (2018). Die fehlende Disziplinierung staatlicher Beihilfen in der Schweiz. Die Volkswirtschaft, 24. April.

Radulescu, D. und P. Sulger (2021). Covid-19 setzt auch staatliche Beihilfen ins Rampenlicht – es besteht die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen. NZZ, 27. Januar.

Staatssekretariat für Wirtschaft. Staatliche Beihilfen.



Roger Gschwend

Ressortleiter Internationales Wirtschaftsrecht, Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), Bern



Philippe Sulger

Stellvertretender Ressortleiter Wachstum und Wettbewerbspolitik, Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), Bern

Mehr Artikel auf dievolkswirtschaft.ch

Meistgelesen



Ist die Schweizer Schuldenpolitik zu streng?

Marius Brühlhart, Universität Lausanne



Tieflöhne: Ein politisches Dauerthema

Maxime Dénervaud, Daniel Baumberger, Seco



Wie die Dürre in Afrika die Schweizer Wirtschaft trifft

Reto Knutti, ETH Zürich



Meinungen



«Steigt der Benzinpreis zu stark, gibt es soziale Spannungen»

Interview mit Bundesrat Albert Rösti



Der Mensch kann sich anpassen

Björn Lomborg, Copenhagen Consensus Center



«Die Schuldenbremse ist in unserer DNA»

Interview mit Sabine D'Amelio-Favez, EFV

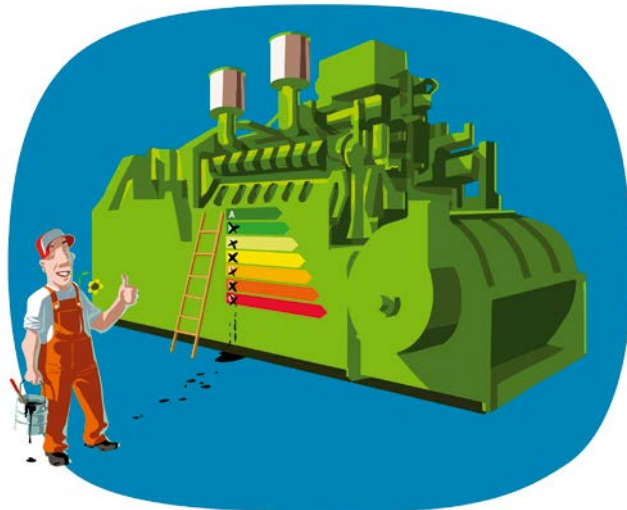


Nächster Schwerpunkt

22. Februar 2024 (Digital)

Effizientes Wirtschaften ist nachhaltig

Worum geht es in der Ökonomie? – Es geht um den effizienten Einsatz knapper Ressourcen. Genau gleich funktioniert nachhaltiges Wirtschaften. Die Februar-Ausgabe zeigt dies für die Bereiche Energie und Handel.



Hier kostenloses
Digitalabo einrichten:

Möchten Sie informiert werden, sobald ein neuer Schwerpunkt erscheint? Abonnieren Sie die kostenlose Digitalausgabe auf dievolkswirtschaft.ch/abo oder via QR-Code.



Nächste Printausgabe: März 2024

Impressum

Herausgeberin

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Bern

Redaktion

Chefredaktion: Guido Barsuglia, Nicole Tesar
Redaktion: Marie-Jane Berchten, Bettina Hahnloser,
Matthias Hausherr, Monika Lüthi, Virginie Parotte

Redaktionsausschuss

Eric Scheidegger (Leitung), Uschi Anthamatten, Antje Baertschi, Guido Barsuglia,
Patric Ilg, Eric Jakob, Cesare Ravara, Markus Spöndli, Nicole Tesar

Layout/Druck

Jordi AG, jordibelp.ch

Illustration Cover

michaelmeister.com

Abonnemente

dievolkswirtschaft.ch/abo

Kontakt/Leserservice

Holzikofenweg 36, 3003 Bern, +41 58 462 29 39
dievolkswirtschaft@seco.admin.ch

Weitere Informationen auf dievolkswirtschaft.ch/impressum

ISSN 1011-386X



Diese Ausgabe und
mehr digital
dievolkswirtschaft.ch

